

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsstelligen Annoncen oder deren Raum 40 Pfg. für politische und gesellschaftliche Besprechungen und Besprechungs-Anzeigen 25 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (seitgedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochenenden bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch-Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 2.50 M., monatlich 1.10 M., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat.  
 Wingenommen in die Post-Belegungs-Verhältnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 3 Mark, für das übrige Ausland 5 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 16. Juni 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

### Herrn v. Trotha's Erlaß.

Nachdem Genosse Ledebour an der Hand der „Windhoeker Nachrichten“ bewiesen hat, daß General v. Trotha wirklich Prämien auf die Einlieferung von Hottentottenführern — gleich ob tot oder lebendig — aussetzte, kann man getrost einige Betrachtungen an das Verhalten des Generals knüpfen.

Vor allem hängt solchen Ausschreibungen das Bekennnis der eigenen Schwäche, das Eingeständnis, daß man mit normalen Mitteln nicht Herr der Situation werden kann, an. Und ein derartiges Bekennnis hätte der General v. Trotha sich eigentlich sparen können, denn er verfügt jetzt, da der Widerstand der Hereros so ziemlich gebrochen ist und nur mehr die Hottentotten in Betracht kommen, über eine mehrfache Uebermacht. Das deutsche Expeditionskorps dürfte nunmehr mindestens viermal so stark sein als seine Gegner, die noch dazu über keine Geschütze verfügen. Unter solchen Umständen könnte man die Unterwerfung der Hereros doch mit einwandfreien Mitteln erreichen und Schleichwege, die an Gift und Dolch erinnern, vermeiden. Der ritterliche Soldat soll auch einen gewandten Feind mit den Waffen zu besiegen und ihn nicht durch indirektes Anwerben von Verrätern und Mördern im feindlichen Lager unschädlich zu machen suchen. Die Preise, die Trotha ausgesetzt hat, können ja nur für die Hottentotten berechnet sein, denn die deutschen Soldaten werden hoffentlich keine Geldbelohnungen brauchen, damit sie die Führer des Feindes nach Kräften verfolgen. Man bedenke, wie es sich in der Geschichte des Deutschen Reiches ausnahm, wenn einmal darin ungefähr zu lesen wäre: „Da der preussische Generalleutnant v. Trotha den Aufstand nicht so schnell wie gewünscht niederschlagen konnte, setzte er auf die Auslieferung der Führer, gleich ob tot oder lebendig, Preise aus. Angelockt durch die Prämie von 5000 M. fanden sich unter den Hottentotten zwei Verräter, die Hendrik Witboi überlieferten, ermordeten und seinen Leichnam den Deutschen übergaben.“ Vor einer solchen Aufzeichnung bewahre ein gültiges Gesicht das Reich. Und auch vor einer solchen Tat. Ganz Europa würde auf Deutschland mit den Fingern deuten und speziell die Engländer, denen im Deutschen Reich so viele Vortwürfe wegen ihres Verhaltens im Burenkriege gemacht wurden, kämen mit dem schwersten Gesicht. Mit Zug und Recht könnten sie sagen, daß sie sich zur indirekten Anwerbung von Mördern im Lager des Gegners doch nicht „aufgeschwungen“ haben.

Zur Beurteilung des Erlasses wäre es auch noch interessant zu erfahren, ob speziell Witboi's Kriegsführung nicht mehr so human ist wie früher. Hat sie sich nicht geändert, so ist die Erklärung Trotha's noch mehr zu verurteilen. Leutwein besprach in einem 1898 in der militärischen Gesellschaft zu Berlin gehaltenen Vortrag auch die Kämpfe, die er mit Witboi hatte. Ueber die Unterwerfung Witboi's sagte Leutwein: „Die Witboi gestellten Bedingungen waren durchaus milde. Einerseits hatte ich denselben als achtungswürdigen und anständigen Gegner kennen gelernt, dessen Freundschaft zu gewinnen lohnend erschien und andererseits war das Bauen einer goldenen Brücke vorliegend so notwendig wie wohl selten.“

Leutwein rühmte auch die großen Verdienste, die Witboi sich von da an um die Sache der Deutschen erwarb. „Wie“, sprach Leutwein, „Witboi sein Wort seitdem gehalten hat, ist den Herren wohlbekannt und darf ich hier nur die Antwort erwähnen, die ich Seiner Majestät vor einiger Zeit auf die Frage nach dem Kapitän gegeben habe: „Er ist jetzt Euer Majestät getreuester Untertan.““ Sie werden im Verlaufe meines Vortrages noch sehen, daß derselbe in schwierigen Lagen stets treu zu uns gestanden hat.“

Und gegen eben diesen Witboi wird jetzt von deutscher Seite in der bewußten Manier verfahren. Das ganze „Verbrechen“, das man ihm vorwerfen kann, besteht darin, daß er der seinem Stamm drohenden Entwaffnung durch bewaffneten Widerstand zuvorkam. Er und seine Leute setzten für ihre Freiheit genau so wie zum Beispiel die Deutschen in den Befreiungskämpfen für die ihrige oder die Boeren für ihre Unabhängigkeit gestritten haben. Daß die Unterdrücker im konkreten Fall Deutsche sind, ändert daran gar nichts. Die Hottentotten führen einen Freiheitskampf, und alle Versuche, sie zu Rebellen stempeln zu wollen, sind vergeblich. Kein vernünftiger Mensch wird verlangen, daß ein unterjochtes Volk für immer darauf verzichtet, seine Freiheit wieder zu erobern. Ein mit Gewalt erzwungener Eid ist bekanntlich nichtig. Kann dann ein mit den Waffen erzwungener Vertrag gültig sein?? Das ist eben der Fluch der rohen Gewalt, daß sie neue Gewalt heraufbeschwört, die die Erfolge der ersten Gewalt wieder zu zerstören sucht.

Der Erlaß Trotha's ist auch von symptomatischer Bedeutung. Er ist tatsächlich nur ein Glied in einer Reihe von charakteristischen Tatsachen. Die Anschauungen in der Armee werden immer „schneidiger“, d. h. sie geraten immer mehr mit dem in Widerspruch, was man Humanität nennt. Verschiedene mündliche Äußerungen und leider auch nicht wenige Taten beweisen es. Wir nennen z. B. die Namen Rüd. Wilsdorf, Häffner, wir erinnern an den alten harmlosen Rentier, der in Devant les Ponts bei Rey von

einem Posten einen Schuß in die Lunge erhielt und dem trotz seinem Stöhnen und Jammern von dem Soldaten keine Hilfe wurde, wir weisen endlich auf die Absicht des Generals Trotha, die Hereros einfach auszurotten, hin. Warum man eine solche „Schneidigkeit“ anerkennend, ist nicht einzusehen, denn im Kriege ist sie nicht viel wert. Man kann ein tapferer Soldat und doch sehr human sein. Die Japaner sind ein Verweis dafür; man kann ihnen nichts vorwerfen, was über die Grenze der Kriegsnotwendigkeit hinausgeht. Und wenn man recht zuseht, so fordert die „Schneidigkeit“ gar keinen besonderen Mut. Ist es denn eine große Tat, wenn ein mit einem Säbel oder gar mit einem Gewehr Bewaffneter einen Unbewaffneten tötet? Ist es wirklich tapfer, wenn ein Vorgesetzter einem davonlaufenden Untergebenen den Dolch in den Körper stößt? Ist es bewundernswert, wenn eine mit allem europäischen Raffinement ausgerüstete Truppe einen nur schlecht bewaffneten afrikanischen Eingeborenstamm ausrottet?

Trotha's Erlaß ist übrigens nicht einmal klug. Gelangt er wirklich zur Kenntnis der kämpfenden Hottentotten, so wird er ihren Führern einen großen Nimbus verleihen und von diesen sehr leicht zur Behebung des Widerstandes benutzt werden können. Sie können mit Zug und Recht sagen: „Da seht Ihr, daß es mit der Sache der Deutschen doch nicht so gut steht, denn sonst würden sie nicht zu solchen Mitteln greifen.“

Sehr interessant ist das Faktum, daß der Kolonialdirektor Stiibel über die am 1. Mai veröffentlichte Proklamation am 25. Mai noch gar keine amtliche Auskunft geben konnte. Er hatte nur durch die Privatnachrichten aus Kapstadt von dem Erlaß Kenntnis erhalten. Und so etwas in Zeitalter des Telegraphen. Welches Hallo würde die deutsche „nationale“ Presse über einen französischen oder englischen Kolonialminister anschlagen, der eine solche Unkenntnis zeigen würde. Wenn aber derartiges im Deutschen Reich geschieht, dann schmeigt die Kritik der „Patrioten“, die, eben weil sie kein Wort des Lobels gegen die Regierung finden, in Wahrheit die gefährlichsten Feinde des Reiches sind.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 15. Juni.

#### Blögensee-Inspirationen.

Auf Grund eines Artikels der „Leipziger Volkszeitung“ haben einige freisinnige Blätter jetzt plötzlich die Möglichkeit entdeckt, den Blögensee-Prozess gegen den „Vorwärts“ auszubenten. Das „Berl. Tageblatt“ empfindet anscheinend Neuse über seine frühere sachliche und anständige Haltung in dieser Frage. Es schreibt in enger Anlehnung an den von ihr nicht genannten Inspirator:

„Nach dem Verlaufe der Verhandlungen konnte an der moralischen Niederlage unserer Justizverwaltung kaum noch ein leiser Zweifel aufkommen. Und in dieser Situation, der moralisch denkbar günstigsten für die Angeklagten sowohl wie für die Verteidigung, gibt die von Sieg zu Sieg vordringende Verteidigung das Signal: „Das Ganze halt!“ Wegreife das, wer kann und mag.“

War es nicht einfache Pflicht, den Prozess zu Ende zu führen und den gefällten Spruch einfach über sich ergehen zu lassen? Wer, wie der „Vorwärts“, erklärt, den ganzen Handel nur um der Sache willen eingeleitet hat, der mußte auch alle Konsequenzen auf sich nehmen. Viel der Richterpruch, woran kaum zu zweifeln war, gegen die Angeklagten aus — um so mußten sie alle sich darbietenden Rechtsmittel erschöpfen und schließlich sich in das Unvermeidliche mit Würde fügen. Aber ein sehr bedenkliches Handelsangebot sozusagen bei der Staatsanwaltschaft machen, vorher noch einen Versuch beim Justizminister zur Verhinderung einer Art von Kabinettsjustiz wagen, reumütig ein Geständnis ablegen, daß man die betreffenden Anstaltsbeamten und Ärzte nicht habe beleidigen wollen, und schließlich, um der sicher bevorstehenden Verurteilung zu entgehen, die Prozesskosten freiwillig auf sich zu nehmen, das sind lauter Beweise für eine an moralische Feigheit grenzende Charakterchwäche. In dem Bewußtsein ihres Rechtsunns waren die Angeklagten verpflichtet, die ungerechte Strafe selbst zu erdulden, anstatt sich mit einer Geldbuße loszukaufen.“

Dieses Interesse an der Aufklärung über die Zustände in Blögensee ist recht rührend bei Leuten, die an der sachlichen Grundlage des Prozesses anfangs recht wenig Interesse gezeigt haben. Die Artikel des „Vorwärts“ über die Zustände in Blögensee und anderen Strafanstalten sind gerade von den jetzt eifrigsten Kritikern des „Vorwärts“ totgeschwiegen worden.

Ein Kapitalstück der neuen Erleuchtung ist die Behauptung, die Verteidigung hätte den Justizminister zu einer Art Kabinettsjustiz veranlassen wollen. Das „Tageblatt“ sollte doch den Versuch machen, ein wenig nachzudenken, anstatt einfach nachzuschreiben, was trotz seiner Dummheit schwerlich aus Dummheit geboren ist. Bekanntlich war Klage erhoben wegen Beleidigung von Beamten der Justizverwaltung — Blögensee gehört in das Ressort des Justizministers — und der Justizminister als Chef der Verwaltung war auch Chef der Strafantragsteller; ohne seine Zustimmung konnte daher für die Beamten seines Ressorts das Verfahren weder eingeleitet noch eingestellt werden!

Die „Vossische Zeitung“ hat sich gar inspirieren lassen, daß wir „unechte Siegesfreude“ ausstießen. In Wahrheit ist es uns in keiner Weise eingefallen, den Abbruch des Prozesses zu Siegeslärm gegenüber der Justizverwaltung auszumachen. Wir haben ganz einfach konstatiert, daß der Prozess bestätigt hat, was wir von Anfang an durch unsere Artikel über den Strafvollzug beabsichtigt haben und was unsere angeklagten Redakteure seit dem ersten Tage des

Prozesses vor Gericht erklärt haben. So sagte unser Kollege Kallist am ersten Tage:

„Ich betone nochmals, daß im „Vorwärts“ keine Angriffe gegen die Herren Nebenkläger gerichtet sind, sondern dieselben sind in Schutz genommen gegen die Instruktion, die sie zwingt, so zu handeln, wie sie gehandelt haben. Wenn wir, wie der Herr Vorsitzende andeutet, den Herren die Artikel vorgelegt hätten, so hätten sie ja gegen die Behörde, der sie unterstellt sind, Stellung nehmen müssen, denn sie sind selbst nur untergeordnete Beamte in der Gefängnisverwaltung. Die Beamten sind selbst Opfer eines Systems, die nicht die Möglichkeit haben, sich dagegen zu schützen.“

Unter diesen Umständen durften unsere Redaktionskollegen, da die Zurückziehung des Strafantrages in Aussicht gestellt wurde, mit ruhigem Gewissen dieselben Erklärungen wiederholen. Es ist allzu grotesk, wenn freisinnige Blätter jetzt von „Feigheit“ reden, freisinnige Blätter, die vor jeder ernstlichen Kritik staatlicher Einrichtungen jämmerlich schauern.

Daß selbst der beste Wille der freisinnigen Blätter nicht ausgereicht hat, diese Enttäuschung über unsere „moralische Feigheit“ und über die Korruptionierung der Justiz durch unsere Versuche zur Stabilisierung einer Kabinettsjustiz aus den eignen Fingern zu saugen, ist ein Beweis dafür, daß sie selbst zu originaler Schwägigkeit nicht mehr befähigt sind.

Die „Vossische Zeitung“ hat, nebenbei bemerkt, eine perverse Meinung, die Frage des Strafvollzuges, die im Blögensee-Prozess aufgeworfen worden ist, auf die Frage der besonderen Qualifikation der in Blögensee angestellten Ärzte, vornehmlich des Dr. Pfeifer, abzuwenden. Wir haben an dieser Frage gar kein Interesse. Wie die „Vossische Zeitung“ die in den Aktenstücken und in der Gerichtsverhandlung festgestellten Tatsachen in bezug auf Personen werten will, ist die Sache ihrer Auffassung. Wir unterlassen es, trotz aller Proklamationen, auf diese persönliche Frage der Qualifikation einzugehen. Die Deffektivität ist durch die Gutachten der Sachverständigen hinreichend unterrichtet.

Der jetzige Angriff des „Berl. Tagebl.“ zeigt sich in seiner totalen Lächerlichkeit, wenn wir an die Ausführungen erinnern, die das Blatt am Tage des Prozessabschlusses gemacht hat:

„Mit diesem Nachweise (Grosche geisteskrank) waren aber der Anlage die Kräfte gebrochen. Es hätte sich nur noch um belanglose formelle Beleidigungen handeln können. So zogen es die Kläger vor, ein Ende des grausamen Spiels zu machen, das ja zweifellos mit dem Urteil der vierten Strafkammer nicht zu Ende gewesen wäre, sondern sicher zu einer Wiederholung geführt hätte. Der Prozess ist niedergeschlagen, die Angeklagten gehen frei aus. Und doch gibt es einen Verurteilten, das und das ist der Strafvollzug in Blögensee. Dieser Ausgang ist für die preussische Gefängnisverwaltung sehr schmerzhaft, aber er kann nützlich werden, wenn er endlich dazu mithilft, eine Reform des Strafvollzugs im modernen Sinne herbeizuführen.“

Jetzt: Feigheit und Charakterchwäche, nicht weiter zu prognostizieren und sich nicht zwecklos von der Strafkammer des Herrn Oppermann verurteilen zu lassen. Damals: Der Anlage sind die Kräfte gebrochen, der Strafvollzug ist der Verurteilte, „es hätte sich nur noch um belanglose formelle Beleidigungen handeln können!“

#### Eine unübertreffliche Leistung!

Die „Berichtskorrespondenz“, welche am Tage des Abschlusses des Blögensee-Prozesses die auch von uns wiedergegebenen Mitteilungen über die Vorgänge gemacht hat, die zur Beendigung des Prozesses führten, schreibt:

„Bei Betrachtung der Ergebnisse des Blögensee-Prozesses hatte der Mitangeklagte in diesem Prozesse, Schriftsteller Karl Schneider, folgendes geschrieben: „Die Einstellung des Verfahrens hat allgemein überreißt. Zwar wurde in einem Teile der Presse der Versuch unternommen, eine möglichst ungewungen klingende Erklärung zu geben für das, was so sehr auffällig erschien, dennoch aber gibt es nach wie vor recht viele Leute, die diesem offiziellen Erklärungsversuch keinen rechten Glauben schenken. Von uns Angeklagten vermag keiner diese von einem Gerichtsberichterstatter gemachten Angaben über die Vorgeschichte der Einstellung des Verfahrens durch eigene genaue Angaben richtig zu stellen. Soviel kam und muß aber gesagt werden, daß Herr Rechtsanwalt Dr. Löwenstein von keinem der Angeklagten Auftrag hatte, wegen Zurücknahme des Strafantrages Fühlung mit den Behörden und Nebenklägern zu nehmen. Das beweist allerdings noch keineswegs, daß er aus völlig freiem Antrieb gehandelt hat. Die Möglichkeit, daß er erst auf eine von anderer Seite an ihn herangetretene Anregung hin die einleitenden Schritte in der Richtung des Ausgleiches tat, erscheint nicht ausgeschlossen. Ein Vorwurf würde ihm aber hieraus nicht zu machen sein.“ — Dem gegenüber ist als durchaus authentisch aufrecht zu erhalten, daß Rechtsanwalt Dr. Löwenstein aus völlig freiem Antriebe, also weder beeinflusst von den Angeklagten und seinen Mitverteidigern, noch auch von irgend einer Behörde oder den Nebenklägern beim Justizminister die einleitenden Schritte wegen der Zurücknahme des Strafantrages getan, daß er aber demnach mit dem Vertreter der Oberstaatsanwaltschaft im ausdrücklichen Auftrage aller Verteidiger und Angeklagten, einschließlich des Herrn Schneider, die Verhandlungen über Zurücknahme des Strafantrages geführt hat. Die von Herrn Schneider ausgesprochene Vermutung, daß Rechtsanwalt Dr. L. auf eine von irgend einer Seite an ihn herangetretene Anregung hin die einleitenden Schritte in der Richtung des Ausgleiches getan habe, entbehrt jeder tatsächlichen Grundlage.“ Wir können die Richtigkeit dieser Darstellung bestätigen.“

#### Verbandstag des Bergarbeiter-Verbandes.

Die gestern geschlossene Generalversammlung des Deutschen Bergarbeiter-Verbandes hat einen erfreulichen Verlauf genommen. Sie hat wichtige Beschlüsse gefaßt, die der weiteren Entwicklung der Organisation förderlich sein und ihre Stellung gegenüber dem Unternehmertum wesentlich stärken werden.

Sie hat insbesondere eine erfreuliche Einmütigkeit innerhalb des Verbandes gezeigt. Daß das nicht etwa auf Gleichgültigkeit zurückzuführen ist, sondern daß vielmehr gerade in diesem Verbande ein reges geistiges Leben herrscht und die Angelegenheiten der Organisationen die Masse der Mitglieder bewegt, zeigt die ungewöhnlich große, mehrere hundert betragende Zahl von Anträgen, die der Generalversammlung aus den Reihen der Mitglieder vorlagen.

Zu der Frage der Vergesetzgebung hat die Vertretung der mehr als 100 000 organisierten Bergarbeiter keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie mit der sozialdemokratischen Kritik an der Karikatur eines Arbeiterschutzes, die der preussische Landtag geschaffen hat, durchaus übereinstimmen. Die Bergarbeiter haben ausgesprochen, daß, ganz abgesehen von der Dürftigkeit der Regierungsversprechungen, auch diese nicht einmal eingelöst worden sind.

Wenn Erwartungen bestanden haben, daß es zu Differenzen und lebhaften Auseinandersetzungen über die Tattat der Verbandsvertreter beim Streit kommen werde: Diese Erwartungen sind nicht erfüllt worden. Von vereinzelten kleinen Ausstellungen abgesehen, herrschte volles Einverständnis darüber, daß die Verbandsvertreter in der Streitleitung nicht nur nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt, sondern auch das getan, was die Situation erforderte. Sie haben den Streit so geführt, wie es nach den gegebenen Verhältnissen notwendig war. Erfreulich war es, daß einer der Delegierten aus dem Revier, das nach dem Streikabbruch als das aufgereagteste erschien, die Erklärung abgab, er sei aus einem Saufus ein Paulus geworden und daß nach ihm der Vorliegende Sache, ohne Widerspruch zu finden, feststellen konnte, daß dies noch bei manchem der Fall sei und daß allgemein bessere Einsicht eingetreten sei. Auch die Erklärung des als Gast anwesenden Vorsitzenden der österreichischen Bergarbeiter-Organisation, daß auch die österreichischen Bergarbeiter die Tattat des Verbandes im Streit vollkommen billigen, ist wertvoll. Diese Übereinstimmung der Bergarbeiter ist um so erfreulicher, als die übereifrige Kritik, die nach dem Abbruch des Streiks mit großem Kraftaufwande geführt wurde, wohl geeignet war, die ruhige Ueberlegung auch bei den unmittelbar Beteiligten über den Haufen zu rennen.

Deshalb konstatieren wir mit Genugtuung die gegen nur zwei Stimmen erfolgte Annahme der vom Referenten vorgelegten Resolution. Diese Resolution läßt übrigens auch keinen Zweifel darüber, daß die Arbeiter auf dem Wege des bloßen gewerkschaftlichen Kampfes und durch das Mittel der bloßen gewerkschaftlichen Organisation die Befreiung aus den Fesseln des kapitalistischen Ausbeutertums nicht erreichen können.

Ebenso befriedigt sind wir von dem Verlaufe der Verhandlung der Waisefrage. Die Diskussion hat ergeben, daß sich die Bergarbeiter des Wertes der Waise und des Kampfes für höhere Ziele bewusst sind, daß sie keineswegs in Gefahr sind, in gewerkschaftliche Genügsamkeit zu verfallen, ihr Ziel in ein wenig Lohnerhöhung zu sehen und den Kampf der Arbeiterklasse vom Standpunkt des Rechenmeisters aufzufassen. Die deutschen Bergarbeiter lassen sich ihre Ideale nicht um einen Quark abtaufen. Ihr Ideal ist die Befreiung der Arbeiterklasse aus den Fesseln der Lohnnechtigkeit, und sie sind gewillt, dafür zu kämpfen und dafür Opfer zu bringen.

### Keine Marokko-Konferenz!

Aus Fez wird gemeldet: Der britische Gesandte Lowther stattete am Donnerstag dem Minister des auswärtigen Abdellkrim ben Sliman einen Besuch ab und überreichte ihm die Antwort Großbritanniens auf die Einladung zur Teilnahme an einer Konferenz. Die Antwort enthält eine Ablehnung.

Graf Tattenbach hat in Fez die Annahmeerklärung Deutschlands überreicht. Oesterreich-Ungarn und Italien haben den Vorschlag des Sultans betreffend Einberufung einer Marokko-Konferenz angenommen, und zwar Italien ohne Vorbehalt, Oesterreich-Ungarn, wie schon mitgeteilt, unter der Bedingung, daß alle interessierten Mächte dem Vorschlage zustimmen. Auch die Vereinigten Staaten haben unter demselben Vorbehalt zugestimmt.

Mit Englands Ablehnung ist die Konferenz als gescheitert anzusehen. England hat offenbar auf Wunsch der französischen Regierung den Konferenzplan durchkreuzt, um so Frankreich jedes Entschlusses für oder wider die Konferenz zu überheben.

Es bleibt nun nichts übrig, als daß die Regierungen Deutschlands und Frankreichs sich untereinander zu verständigen versuchen.

Ferner wird aus Fez gemeldet: In seiner doppelten Eigenschaft als englischer Gesandter und dänischer Geschäftsträger machte Lowther dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten Abdellkrim ben Sliman am 12. Juni Vorhaltungen und verlangte die Festnahme und Bestrafung der Mörder Maddens, des dänischen und österreichisch-ungarischen Bizekonsuls in Mazagan, sowie Maßnahmen, welche die Sicherheit der fremden Untertanen in Mazagan gewährleisten. Die Frage einer Entschädigung soll später erörtert werden. Lowther wird mit dem Sultan persönlich die Angelegenheit besprechen. — Die Vertreter von französischen Banken und industriellen Unternehmungen sind nach der Küste wieder abgereist, da ihre Mission erfolglos geblieben war.

Paris, 15. Juni. In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß Ministerpräsident Rouvier sich nun doch entschließen dürfte, die Leitung des Ministeriums des Äußeren zu behalten. Hierzu schreibt der „Figaro“: Aus der gestrigen Unterredung, welche Rouvier mit dem deutschen Vizekonsul Baron Radolin hatte, hat man hier einen besseren Eindruck gewonnen, und in Berlin scheinen die Erklärungen, die Rouvier in der ersten Unterredung mit dem Baron Radolin abgab, freundliche Aufnahme gefunden zu haben.

## Deutsches Reich.

### Konservative Aufreizung der Postbeamten zu umstürzlerischen Gesinnungen!

In der „Deutschen Tageszeitung“ ist heute zu lesen: Sozialdemokratie in der Reichspostverwaltung. Gegen die Behauptung des Abg. v. Bodelschwing im Landtag, daß ziemlich sämtliche kleine Postbeamte Berlins der Sozialdemokratie angehörten, hatte der Berliner Bezirksverein der Postbeamten Einspruch erhoben. Pastor v. Bodelschwing hält aber jetzt im Stöckerischen „Reich“ seine Behauptung im großen und ganzen aufrecht. Er schreibt: „Wenn von dem 6000 Mitglieder zählenden Bezirksverein 1000 Mitglieder in den Germania-Clubs diese Erklärung abgegeben haben, so ist zwar klar, daß diese 1000 nicht die einzigen sind, die treu zu Kaiser und Reich stehen, dennoch bleibt für meinen Gewährsmann, der ein treuer

Freund der Reinen, unter der Wohnungsnot leidenden Postenfamilien ist, Raum genug, um nachzuweisen, daß er nicht ganz unrecht hat.“

Auch nach unseren Erkundigungen an wohlunterrichteten Stellen hat leider Herr Pastor v. Bodelschwing mit seiner Behauptung nicht ganz unrecht. Die Tatsache wird auch dadurch nicht erschüttert, daß der Landtags-Abgeordnete Geh. Oberpostrat Dr. König die niederen Postbeamten im Abgeordnetenhaus gegen die Bodelschwing'schen Anschuldigungen in Schutz nahm. Die Beamten befinden sich — namentlich soweit sie genötigt sind, in Großstädten zu leben — tatsächlich in einer gedrückten Lage. Sie sind deshalb vielfach Mitläufer der Sozialdemokratie geworden, würden aber der Umstürzlerpartei ihre Unterstützung in dem Augenblicke wieder entziehen, wo sie sehen, daß die Verwaltung ihnen hilfreich unter die Arme greift. Bei den bedeutenden Ueberflüssen, welche das Reich aus der Post- und Telegraphenverwaltung erzielt, wäre es ein Leichtes, den berechtigten Beschwerden abzuhelfen.

Wir sagen der „Deutschen Tageszeitung“ tiefgefühlten Dank für die offene Aussprache. Die Postbeamten erfahren daraus mit absoluter Gewißheit, daß sie Verbesserung ihrer jämmerlichen Lage erwarten dürfen, wenn sie durch Eintreten für die „Umstürzlerpartei“ der Verwaltung ihre Mißstimmung deutlich bekunden. Je mehr die Postbeamten sozialdemokratisch wählen, je besser ihre Aussichten auf Abheilung ihrer Beschwerden!

Uebrigens ist die Erkenntnis der „Deutschen Tageszeitung“ auf alle Beamten und alle Arbeiter zu erweitern: Wer nicht mit der Umstürzlerpartei geht, dessen Ruf und dessen Beschwerden bleiben unbeachtet. Die „Deutsche Tageszeitung“ weist Beamten und Arbeitern den rechten Weg!

### Christliche „Brust“-Töne.

Wer läßt, muß ein gutes Gedächtnis haben, und Herr Brust, der christliche Advokat des Vergessenen von Zentrum und Gnaden, hat kein gutes Gedächtnis. Er erzählte neulich den Gläubigen der „Germania“ und der „Märkischen Volkszeitung“ ein wunderbares Märchen, wie das Zentrum dazu gekommen sei, einer Vorlage zuzustimmen, deren Hauptbestimmungen kurz vorher der Zentrumsvorredner Trimborn als Ungeheuerlichkeit bezeichnet, die mit parlamentarischen Ausdrücken gar nicht richtig charakterisiert werden könnte.

Herr Brust hat gefabelt, das Zentrum habe am ersten Tage der zweiten Lesung der Vergesetz-Novelle im Abgeordnetenhaus eingesehen, daß jede Hoffnung auf Zustandekommen eines annehmbaren Gesetzes gescheitert sei, es sei dann in den Reichstag mit seinen Anträgen gegangen und nun seien infolge dieser Reichstagsaktion Rationalisten und Freikonservativen in heillosem Schied völlig „ungekippt“.

Wir haben darauf höchst nüchtern bemerkt, daß die Erzählung des Herrn Brust dem in Deutschen Reich und auch sonst in der Welt geltenden Kalender widerspricht, und wir hoffen auch heute noch, daß das Zentrum nicht das Maß von Unsehbarkeit beansprucht, um sich sogar über den Kalender hinwegzusetzen. Die einfachen Daten der einzelnen Verhandlungssituationen ergaben, daß das Zentrum schon völlig „ungekippt“ war, bevor es die Anträge im Reichstag einbrachte, da es bereits am zweiten Tage der zweiten Lesung der Vergesetz-Novelle für den entscheidenden nationalliberalen Antrag Dippe gestimmt hatte. Herr Brust erklärt auch jetzt seine Dairierung für einen Irrtum, und begründet nur, warum man für den Antrag Dippe gestimmt hätte, wie folgt: „Um diese völlig unhaltbaren Bestimmungen (den § 801 in der Kommissionsfassung) fernzuhalten, falls, was ja zu bestrafen war, gegen das Zentrum das Gesetz schließlich zustande kommen sollte, stimmten wir bei der Einzelabstimmung für den Abänderungsantrag Dippe.“

Herr Brust erzählt wiederum Märchen oder er besitzt ein Maß von politischer Urteilslosigkeit, daß man fast wünschen möchte, es gebe in der Zentrumsfraktion ein Reglement nach der Art des vom Abgeordnetenhaus beschlossenen § 801, wonach Zentrumsabgeordnete, die ihre Pflichten nicht wahrzunehmen verstehen, auf einige Jahre suspendiert werden dürfen. Nach den Erklärungen der Konservativen war es nämlich gar nicht mehr zu befürchten, daß gegen das Zentrum ein Gesetz schließlich zustande kommen könnte. Das Zentrum hat vielmehr den Verrat verübt, weil eben ohne seine Hilfe das Gesetz gescheitert wäre. Insbesondere war auch der Antrag Dippe von den Konservativen abgelehnt worden, und er gelangte in der zweiten Lesung zur Annahme, weil das Zentrum sich plötzlich für diesen Antrag zustimmend erhob. Ohne diese tierische Zustimmung wäre der Antrag Dippe gefallen und damit das ganze Gesetz vereitelt worden, da die Regierung sich außerstande erklärt hatte, die Kommissionsfassung zu akzeptieren.

Es bleibt also dabei, daß das Zentrum ungekippt war, bevor es an den Reichstag ging, daß mithin die ganze Gesichtsgliederung des Herrn Brust auf einen Schwindel beruht! Es bleibt ebenso dabei, daß das Zentrum, um die Regierung aus einer unangenehmen Situation zu retten und um das in seiner Partei herrschende Unternehmertum vor den Gefahren eines durchgreifenden, vom Reichstage zustande zu bringenden Arbeiterschutzes zu bewahren, Gesetzesbestimmungen akzeptiert hat, die unmittelbar vorher als völlig unannehmbar und als ungeheuerlich erklärt worden waren. Es bleibt endlich dabei, daß in der dritten Lesung der Antrag Dippe nur formell geändert worden ist. Herr Brust freilich behauptet, daß der Antrag Dippe „tief einschneidende Änderungen“ erfahren habe zwischen der zweiten und dritten Lesung. Das Suspensionsrecht sei nämlich erst nach wiederholter Auflösung des Ausschusses und die Auflösung nach fruchtloser Verwarnung nicht auf drei, sondern bloß auf ein Jahr beschränkt worden. Dabei interpretiert der geistreiche Herr Brust übrigens das Wort „fruchtlose“ Verwarnung als „mehrmalige“ Verwarnung. Jeder christliche Arbeiter wird natürlich über diese „tief einschneidenden Änderungen“ ein Hochgeklächter anstimmen. Die von Herrn Trimborn in solcher Schärfe gekennzeichnete unerhörte Bestimmung, Arbeiterschüsse suspendieren zu dürfen d. h. organische gesetzliche Körperschaften für einige Zeit auslösen zu können, das ist das tief einschneidende, die ganze Auffassung des Dreiklassenparlamentes von dem Rechte der Arbeiter charakterisierende Prinzip, an dem gar nichts geändert wird, ob nun die Suspension sofort angebrochen wird oder auf drei oder auf ein Jahr. Anstatt zu verlangen, die Mitglieder der Arbeiterschüsse seien dagegen zu sichern, daß sie durch willkürliche Entlassungen gemindert und somit ihrer Funktionen entzogen werden können, hat das Zentrum seine Hand dazu gereicht, daß die von ihm weit mehr als von der Sozialdemokratie, die solchen Ausschüssen ziemlich kühl gegenübersteht, propagierte Einführung von Arbeiterschüssen zu einer ganz unerkämbaren Ausnahmebestimmung gegen die Arbeiter geworden ist.

Schließlich wagt Herr Brust es auch „aufrecht“ zu erhalten, daß die Strafbestimmungen gegenüber der Regierungsvorlage nicht verschlechtert worden seien. Wir behaupten sogar, und alle Fachmänner werden darin mit uns übereinstimmen, daß das Gesetz in dieser Hinsicht nicht nur schlechter ist als die Regierungsvorlage, sondern sogar als der heutige Zustand. Das Strafmaximum für das Fördern unreiner Kohlen, der Straf also für das Rullen, in der Höhe von 5 M., übersteigt weit die Strafe, die bisher durch das Rullen den Arbeitern zugesagt wurde. Ob man hohe Geldstrafen verhängt oder unreine Kohle mault, ist an sich so ziemlich dasselbe, und die Reform wird zur Verschlechterung, wenn die Strafmaßstrafe so hoch angelegt wird.

Daß im übrigen die Geldstrafen bestehen bleiben, welche die Regierung einschließlich des Rullens auf 10 Mark im Monat festsetzte, macht diesem ehemaligen Bergarbeiter gar keine Sorge. „Wenn erbitterte Klagen von Vergleuten über sonstige Strafen anher dem Rullen laut geworden sind“, so schreibt er, „dann sind das meines Erachtens eben auch keine allgemeinen, sondern nur vereinzelte Klagen gewesen.“ Herr Brust hat sich damit vollkommen die Auffassung der Rechtskapitalisten angeeignet, die ja auch nur immer höchstens einzelne Mißstände zugeben wollen. Auf dem allgemeinen Bergarbeiter-Delegiertentag, Ende März dieses Jahres, waren es gerade die christlichen Arbeiter, die mit besonderer Schärfe über

die hohen ungerechten Strafen Beschwerde führten. So verwies z. B. ein christlicher Arbeiter aus Gelsenkirchen darauf hin, daß auf seiner Reise Strafen von 10 bis 15 M. monatlich festgesetzt seien und die Fälle, wo ungerechtfertigte Bestrafungen vorgekommen, zahlreich seien.

Will Herr Brust aber durchaus glauben machen, daß der Antrag Dippe, bei dem das Zentrum bereits in der zweiten Lesung „ungekippt“ ist, in der dritten Lesung tief einschneidend verändert worden sei, so hätte er nicht vergessen sollen, daß die Beschüsse der dritten Lesung infolge der zweiten noch verschlechtert, als wir wiederholt betont haben, die Einführung des Verwaltungsstreitverfahrens eine starke neue Schutzwurde des Unternehmertums gegen sozialpolitische Anwandlungen der Bürokratie bedeutet. Es ist ja auch, und das entlarvt den ganzen Brust-Schwindel, die Tatsache durch tausend Artikel nicht aus der Welt zu schaffen, daß das Zentrum mit den Parteien die Vorlage zustande gebracht hat, welche in höherem Maße noch als die Konservativen ausschließlich die Interessen des Grundkapitals und der politischen Schutzmächte vertreten. Die Konservativen haben die Vergesetz-Novelle aus prinzipiellen Auffassungen abgelehnt. Die Nationalliberalen aber und die Freikonservativen, die eigentlichen Parteien der Großindustrie, haben die Vorlage zustande gebracht, einmal um der Regierung zu helfen und zweitens, weil sie genau wußten, daß die Vorlage in einer solchen Form den Unternehmern Vorteile bietet. Die Einführung des Verwaltungsstreitverfahrens ist ein außerordentlicher Fortschritt im Sinne des Unternehmertums gegenüber dem heutigen Zustand. Insofern ist die vom Zentrum durchgeführte Vorlage eine Liebesgabe an das Unternehmertum, während das, was die Arbeiter erhalten haben, Schein und Dohn ist; es ist weniger als nichts.

Die Verteidigungsaktion des Herrn Brust beweist an einem höchst lehrreichen Beispiel, welche Gefahr es für die christlichen Arbeiter ist, wenn Arbeiter in die Zentrumsfraktion gewälzt werden. Die Zentrumssaboteure sind schließlich noch unabhängiger und können mehr in sozialpolitischer Hinsicht durchsehen. Die Zentrumsarbeiter in der Fraktion aber werden lediglich vorgeschoben, wo es gilt, einen Verrat an den Arbeitern zu verhängen und, wie man sieht, wie die Zentrumsfraktion die in ihr tätigen Renommierarbeiter so charakterlos zu machen, daß sie sich zu diesem Handwerk auch bereitwillig hergeben.

Die Reaktionen dieser parlamentarischen Zentrumsarbeiter von der Brustfraktion selbst die evangelischen Arbeitervereine klagen, die sicherlich nicht des Radikalismus verdächtig sind. Die Delegiertensammlung des Verbandes der evangelischen Arbeitervereine, die in Breslau tagte, nahm dieser Tage folgende Resolution an:

„Die Versammlung bebauert aufs tiefste, daß die wohlwollenden und in der Sache durchaus begründeten Vorschläge der preussischen Regierung in der Vergesetz-Novelle durch das Abgeordnetenhaus eine Verkümmelung erfahren haben, welche den Interessen des Arbeiterstandes durchaus widerspricht.“

Die „Germania“ ist schamlos genug, der Mitteilung dieser Resolution hinzuzufügen, daß die Konservativen aus dieser Resolution eine Lehre und Warnung ziehen möchten. Die Konservativen trifft ja gar nicht diese Resolution der evangelischen Arbeitervereine, denn die haben gegen die Vorlage gestimmt. Die Resolution richtet sich vielmehr gegen das Zentrum, das die Interessen des Arbeiterstandes durchaus widersprechende Bestimmung durchgesetzt hat. Freilich, da wir jetzt aufmerksam wissen, daß die Zentrumsbüchler auf eine sozialpolitisch fortgeschrittene Haltung sofort verzichten, sobald die katholischen Unternehmer mit einem Inzeratenboykott antworten, so wundert man sich auch nicht mehr, daß das Zentrum bereit ist, um seines Regierungseinflusses willen und aus Rücksicht auf die in der Partei zahlreich vorhandenen Noblemagnaten im perfiden Arbeiterberrat den Triumph des Arbeiterschutzes zu verteidigen. —

Zum Prozeß Engel wünscht der Redakteur der „Münchener Neuesten Nachrichten“, Dr. Paul Dufking, die folgende Erklärung: „Ich habe in der Verhandlung zu Essen ausdrücklich erklärt, daß ich die fragliche Äußerung dem Herrn Bergmeister Engel gegenüber nicht getan habe; vielmehr scheint es mir ganz ausgeschlossen, daß ich Herrn Effert als Quelle genannt haben sollte.“

Tatsächlich habe ich mit Herrn Effert, wie ich mich deutlich erinnere, über den Brief des Bergbauischen Vereins an die Siebener-Kommission niemals gesprochen. Ferner ist es unrichtig, daß ich mit Herrn Bergmeister Engel jemals „konferiert“ hätte. Ich habe ihn ebenso um Aufklärung ersucht, wie ich das, meiner journalistischen Pflicht entsprechend, bei den Führern und Pressevertretern der Bergarbeiter getan habe. Daß ich dabei niemals eine irgendwie „vertrauliche“ Äußerung vertretet habe, ist doch selbstverständlich.“ —

### Evangelisch-sozialer Kongreß.

Hannover, 15. Juni. (Eig. Ber.)

Die Beratungen des Kongresses wurden am Mittwoch zu Ende geführt.

Professor Dr. Siebeking-Warburg sprach über: „Die Bedeutung der Arbeiterorganisationen für Wirtschaft und Kultur“. Der Redner trat mit Objektivität für die Gewerkschaftsbewegung und den Bergarbeiterstreik ein. Nach einigen Ausführungen des Herrn Tiedendorfer erörterte Herr W. Zimmermann, vom Verein für Sozialreform, die Rechtslosigkeit der Arbeiter. Das heutige Streikrecht ist ein Messer ohne Klinge. Der unorganisierte arbeitende Arbeiter wird höher gewürdigt als der organisierte, das war auch das Motto der Zuchthausvorlage. Wie anders behandelte man die freilebenden Ärzte, die die Arbeitswilligen mit schlimmen Überlegungen schmutzigster Art belasteten, wofür Arbeiter jahrelang im Gefängnis kommen würden. (Schlußruf!) Die rücksichtsvolle Behandlung der Studenten bei Ausschreitungen gegen die Polizei, die gelinde Bestrafung der Unternehmer bei Uebertretung der Arbeiterschutzworschriften, die Erpressungstaktik der Unternehmerorganisationen müssen den Arbeiter an der göttlichen Rechtsordnung des Staates verzweifeln lassen. Den Juristen fehle das Verständnis für die Arbeiterorganisationen. Das Unrecht gegen die Arbeiter schreit zum Himmel.

Landgerichtsrat K u h l e m a n n - Braunschweig hegt die tiefste Hoffnung, daß sich die Sozialdemokratie zu einer „reinen Arbeiterpartei“ entwidelt und das sozialdemokratische ausschließt. Dann liege keine Ursache mehr vor, die politische Betätigung der Gewerkschaften zu hindern.

Prof. W. Wagner stellt die Gefahr in dem Ausdruck: Ich kann mit meinem Eigentum machen, was ich will. Er unternimmt eine Ehrenrettung des Berg-Engel, dessen Äußerungen das Gericht maßvoll (11) und berechtigt (11) bezeichnet haben. Man sollte so klug und weise handeln, wie die Katholiken des Zentrums.

Zwei katholische Vorstandsmitglieder hiesiger christlicher Gewerkschaften, Bindolph und Zimmermann forderten auf zur Unterstützung der christlichen Gewerkschaften. In den freien Gewerkschaften könne ein christlicher Arbeiter nicht sein, weil sie sozialdemokratisch und antireligiös seien. Aber die Bestrafungen der freien Gewerkschaftler könne man verschiedener Meinung sein. Anders sei der Terrorismus dieser Gewerkschaftler nicht zu befechtigen, unter dem auch die Christlichen zu leiden hätten!

Pastor Clahen-Hamburg erklärt, daß die besten Familienväter die organisierten Arbeiter seien. Pastor Traup-Dortmund sieht nicht die Christenpflicht darin, sich als Christ zu organisieren, sondern an bestehenden Organisationen mitzuwirken. Gegen die christlichen Gewerkschaften spricht sehr entschieden Pastor Schmaist u. g. - Stedderdorf. Sie seien die Schuttruppe des Zentrums, dessen Presse ihn selbst denunziert habe, weil er nur die Frage aufgeworfen habe, ob die konfessionelle und patriotische Arbeiterorganisation im Hinblick auf die interkonfessionelle Organisation der Unternehmer berechtigt sei!

In seinem Schlusswort sagte der Referent, daß man auf dem Kongreß einig sei, aber draußen arbeiteten dem Kongreß nahestehende Elemente gegenteilig, wie die Eingabe des hannoverschen Fabrikantenvereins beweise.

Den letzten Vortrag hielt Prof. Otto Baumgarten. Aiel über „Kirchliche Einrichtungen, die antisozial wirken.“ Er führte aus, daß die Kirche viele Einrichtungen habe, die auf plutokratischer Grundlage beruhen und den Charakter einer Klassenkirche haben. Antisozial wirkt das Staatskirchentum an sich, besonders aber, wenn das unüberwindliche Mißtrauen durch die sehr wenig wählereiche Weise, wie Kirchbischöfe die Klassen der Kirchen füllen durch Inanspruchnahme von Orden und Titeln gesteigert wird. Ich will nicht gegen Domkirche und Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche reden. Ich habe selbst der Grundsteinlegung einer solcher Kirche in Berlin mit beigewohnt. Ich sah die Spitzenreiter, die Schwadronen und hörte die Gebete und sprach dann mit Arbeitern und hatte den Eindruck: Hier wird dem Volke etwas geboten, das ihm fremd ist! Wir können nicht durch den Hof- und Prunkstil, der auch zu Prunkbauten der Pfarrhäuser auf dem Lande führt, die evangelische Kirche auf die Höhe der katholischen Dome heben. Dazu komme die Bureaucratie, die einen Geistlichen, der einmal etwas sage, das einem Arbeitervereinsmitglied nicht passe, mit Aussagen aufwartet, in denen es heißt: Sie wollen — — Sie wollen — —! Es habe sich da eine Sprache herausgebildet, die man in der königlichen Residenzstadt, nicht aber in der Provinz verstehe. Die Bevormundung des Volkes in kirchlichen Dingen sei eine Verleugnung des Protestantismus.

Man beschloß diese Resolution: „Der evangelisch-sozialer Kongress erklärt, daß unter den kirchlichen Einrichtungen die antisozial wirken, jenes Filtrierystem besonders schädlich ist, welches die Provinzial- und Generalsynoden ganz wesentlich zu Versammlungen staatlicher und kirchlicher Würdenträger bzw. der Geburts- und Geldaristokratie macht. Der Kongress erkennt an, daß die Vertretung der Kirche nicht von den Mächten ihrer geschichtlichen Entwicklung getrennt werden darf, aber er verlangt, daß sich in dieser Vertretung auch der soziale Aufbau der Kirche widerspiegelt.“

Mit einem Schlußwort des Professors Sarnak wurde die Tagung geschlossen. —

Bei der Unzufriedenheit der im evangelisch-sozialen Kongress wirkenden Elemente vermögen auch die Einsichtigeren und Liberaleren keinen größeren Einfluß zu gewinnen. Eine Rede hebt die andere auf.

Zunehmend ist es bemerkenswert, daß die politische Reaktion und kirchliche Orthodoxie den Kongress recht übelwollend betrachtet und ihn nach Möglichkeit zu verkleinern ver sucht. Die „Kreuz-Ztg.“, die jede orthodoxe Kirchenkonferenz in ausführlichen Berichten würdigt, geht überaus kurz über die Beratungen des Kongresses fort und erklärt: „Diese Streiflichter werden genügen, um dem Leser ein Bild zu geben von dem Geiste, der im evangelisch-sozialen Kongress herrscht. Im übrigen zeigt ein Blick in die ausführlichen Berichte über die diesjährigen Verhandlungen, daß diese sich hinsichtlich der Gediegenheit nicht entfernt mit denjenigen messen können, durch die der Kongress in der ersten Zeit die allgemeine Teilnahme auf sich zu ziehen wußte. Jedenfalls bildet er heute keinen bedeutsamen Faktor mehr in unserem kirchlichen Leben, und man ist im allgemeinen wenig geneigt, seinen Beratungen besondere Aufmerksamkeit zu schenken.“

**Verfassungsrevision in Württemberg.**  
Stuttgart, 15. Juni. Zu Beginn der heutigen Sitzung der Kammer der Abgeordneten brachte Ministerpräsident Dr. v. Weizsäcker den Entwurf einer Verfassungsänderung ein. Zur Einführung der Vorlage hielt der Ministerpräsident eine längere Ansprache, in der er erklärte: Die Grundlinien des Entwurfes bestehen in der Beibehaltung des Zweikammersystems, in der Umwandlung der Zweiten Kammer in eine ausschließlich aus Erwählten des allgemeinen Stimmrechts zusammengesetzte Volkskammer sowie in der zeitgemäßen Erneuerung und Verstärkung der Ersten Kammer. Das Festhalten an dem Zweikammersystem ist für die Regierung ein unerlässliches Erfordernis für das Zustandekommen der Reform. Ein Ersatz für die aus der Zweiten Kammer ausschließenden Privilegierten ist nur insofern vorgesehen, als die Zahl der Abgeordneten der Stadt Stuttgart auf sechs vermehrt wird, welche durch Proportionalwahl gewählt werden sollen. Damit wird die Abgeordnetenkammer künftig aus zusammen 75 Abgeordneten gegen bisher 93 bestehen. Was den Wahlmodus betrifft, so soll das bisherige System der Stichwahlen beseitigt und für den zweiten Wahlgang das System der verhältnismäßigen Mehrheit eingeführt werden. In die Erste Kammer sollen neu eintreten: 6 Mitglieder der Ritterschaft, 4 Vertreter der evangelischen Geistlichkeit, zwei Vertreter der katholischen Geistlichkeit, ferner je ein Vertreter der Universität Tübingen und der Technischen Hochschule Stuttgart und schließlich je zwei Vertreter des Handels- und Gewerbebestandes und der Landwirtschaft. Die letzteren vier sollen vom Könige ernannt werden. Die Vorlage soll in aller Beschleunigung in der Kammer zur Erledigung gebracht werden. —

**Südwestafrika.** Ein Telegramm aus Windhuk meldet: An Typhus sind gestorben: Reiter August Seidel, geboren 24. 7. 84 zu Koblitzdorf, am 8. Juni im Lazarett Kalkfontein; Reiter Gustav Lohde, geboren 17. 8. 83 zu Krullimmen, am 12. Juni im Lazarett Neetmannshoop. —

## Husland.

### Die Kongogreuel vor dem italienischen Parlament.

Rom, den 13. Juni. (Eig. Ver.)

Die gestrige Diskussion in der Kammer, die sich an die Interpellation Santini über die Zustände im Kongo-Freistaat angeschlossen, hat all die Schandthaten bestätigt, über die wir bereits vor einigen Tagen berichtet haben. Den mit Erlaubnis des italienischen Kriegsministers angeworbenen italienischen Offizieren im Kongo wurden in der Tat Funktionen zugewiesen, die nichts mit militärischen Einrichtungen zu tun haben und die überhaupt verwerflich sind, daß kein Mann von Rechtschaffenheit und Ehrgefühl sie übernehmen kann. Die Offiziere sollten einfach die Handlanger der brutalsten Ausbeutung der Eingeborenen sein, sie zu tätlichen Aufregungen anhalten und als Schergen und Aufseher eines durch und durch korrupten Kapitalistenystems dienen.

Aber außer diesen durch die unabhängige Presse bereits verbreiteten Tatsachen, sind noch andere schwere Anklagen gegen den Kongo-Freistaat erhoben worden. Die Verwaltung dieser großen Kolonialgesellschaft hat von vornherein eine ganz klare Vorstellung von dem Verbrecherischen in ihrem Gebiete, denn sie ließ alle italienischen Offiziere einen Kebers unterzeichnen, in dem sie sich verpflichteten, über ihre Erlebnisse im Kongo die allerstrengste Verschwiegenheit, besonders ihrer Regierung gegenüber zu bewahren. Ferner ist im Parlament gesagt worden, daß der Kongo-Freistaat in Italien eine ausgiebige Pressebeschäftigung trieb, wobei ihm die — internationale Schlafwagen-Gesellschaft als Vermittler diene. Ohne Versteckung ist in der Tat die Haltung einiger italienischer Blätter gegenüber dem Kongo — namentlich die Lohndabei einer römischen Abendzeitung ministerieller Färbung — unverständlich. Auch hat der Mailänder „Corriere della Sera“ erklärt, daß ihm für die Vertretung der Interessen des Kongo Geld angeboten worden ist.

Ferner hat Santini die allerhöchsten Anschuldigungen gegen den Generalkonsul des Kongo-Freistaates in Genua, einen gewissen Gila erhoben, der die Anwerbung italienischer Offiziere sehr eifrig betrieben hat und dafür, wie es scheint, 1000 Lire pro Kopf

erhielt, und dem außerdem eine große Täuschung zur Last gelegt wird, durch die er das Bekanntwerden der schmachvollen Zustände im Kongo zu verhindern gesucht hat.

Im Jahre 1903 hatte nämlich die Kongo-Regierung den Versuch gemacht, um die Auswanderung italienischer Landarbeiter in die sogenannte Kolonie anzubahnen. Das italienische Auswanderungsamt sandte darauf den Marine-Arzt Vaccari, den, wie wir bereits berichteten, die Regierung des Freistaates zu vergiften suchte. Das Mißling, und Vaccari schiffte sich nach Italien ein. Der Generalkonsul Gila mietete darauf ein Dampfboot und ließ sich, unweit der italienischen Küste, an Bord des Schiffes führen, in dem Vaccari zurückkehrte. Er gab sich für den italienischen Gesandten der belgischen Regierung aus und bot Vaccari eine bedeutende Summe, wenn er sich verpflichtete, über seine Erlebnisse am Kongo zu schweigen!

Wenn überhaupt die nationale Ehre ein Begriff und nicht eine hohle Phrase sein soll, so muß man sagen, daß die italienische Nationallehre schwer verletzt wird, solange das Ministerium italienische Offiziere im Dienst einer solchen Räuberbande läßt. Natürlich empfand das der Minister Tittoni, der dem Interpellanten antwortete, nicht im geringsten. Er faselte von genauen Enquêtes über die noch nicht hinreichend geklärte Sache und erklärte sich für stark genug, den Professionen derer zu widerstehen, die die Regierung zu extremen Maßnahmen treiben wollten. Um den läppischsten Konsult an den Grenzen, um ein schieß angelegenes italienisches Wapen macht die italienische Regierung große Worte: wo das Delorum des Staates wirklich bedroht ist, verhält sie sich mäusehüßlich.

Einstweilen haben die konservativen Abgeordneten Santini und Pinchia der Kammer folgende Tagesordnung unterbreitet, die dieser Tage diskutiert werden wird:

„Die Kammer fordert die Regierung auf, die in aktivem Dienst stehenden italienischen Offiziere sofort aus dem Kongo zurückzurufen und dem Vertreter der Kongogemeinschaft bei der italienischen Regierung das Exequatur zu entziehen.“

Hoffentlich fehlt bei der Abstimmung der konstitutionellen Opposition der Jüng der äußersten Linken nicht. —

## Oesterreich-Ungarn.

Der „gute Magen“ der Kirche. In Oesterreich wird zurzeit wieder einmal das Lied von den armen Landpfarrern und der armen Kirche gesungen. Das läuft auf eine weitere Schröpfung der Steuerzahler für die Bedürfnisse der Kirche hinaus, und da ist es nicht uninteressant, auch für andere Länder nicht, einmal festzustellen, über welches riesiges Vermögen die Kirche in dem armen Oesterreich verfügt. Die katholische Kirche in Oesterreich hat über ihr Vermögen dem Staate alljährlich Rechnung zu legen und ihre eigenen Angaben erbringen den Beweis ihres ungeheuren Reichthums. Aus diesen Ergebnissen der amtlichen Statistik seien in folgendem die wichtigsten Zahlen angeführt:

Im Jahre 1900 betrug das gesamte Vermögen bereits 813 Mill. Kronen; davon entfielen auf Grundstücke 301 Millionen Kronen, an Wertpapieren waren vorhanden 387 Millionen Kronen. Das letztere ist insofern interessant, als ja der Katholizismus das Hindernis für eine der größten Sünden erklärt, und es ist nach unzähligen Konzilsbeschlüssen und Päpsten-Bullen verboten, Geld gegen Zins zu verleihen. Der Reichthum der Kirche wächst von Jahr zu Jahr; betragen doch im Jahre 1900 die gesamten Einnahmen der Kirche 60 Millionen Kronen, die Ausgaben aber nur rund 35 Millionen. Es verbleibt mithin 25 Millionen Kronen Ueberschuß. Von 1890—1900 ist das Vermögen um 110 Millionen Kronen gestiegen. Selbst die Stifte und Klöster, deren Mitglieder außer dem Gelobde der Keuschheit, auch das der Armut abgelegt haben, sammeln von Jahr zu Jahr mehr Schätze an. Von 1890—1900 ist ihr Vermögen um 20 Millionen gestiegen. Bei allen diesen Berechnungen muß aber beachtet werden, daß diese nicht die volle Wahrheit bringen, sondern nur einen Teil der Wahrheit, weil der Staat die Ausgaben der Kirche nicht nachprüft, sondern sie im wesentlichen gläubig hinnimmt, so oft er auch schon erfahren mußte, daß er hintergangen wurde. Die Kirchenorgane mußten früher den Staatsbehörden Duplikate der Jahresrechnungen einreichen. Das wurde infolge Widerspruchs der Bischöfe im Jahre 1863 abgelehnt und es wurde bestimmt, daß fortan Auszüge aus diesen Jahresrechnungen genügen sollten. Wie wenig die Angaben der Kirche mit der Wirklichkeit übereinstimmt, sei an einem Beispiel nachgewiesen. Das Erz-Bistum Olmütz nimmt 500 000 Kronen ein und gibt 416 304 Kronen aus. Es hat angeblich ein Vermögen von 14 183 834 Kronen. Davon 13 910 520 Kronen in Grundstücken. Nun ist durch Berichte der Domänen-direktion und der Bezirks-hauptmannschaften festgestellt, daß das Bistum Olmütz mit dem Domkapital und der Dompropstei zusammen 55 651 Dektar oder 2,5 Proz. des gesamten Flächeninhalts von Mähren umfasst; außerdem befinden sich in seinem Besitz: 1 Fabrik, 11 Bierbrauereien, 8 Spiritus- und Branntweinbrennereien, 10 Mühlen, 17 Brettsägen, 10 Regaleien, 1 Eisenwerk und 23 Schlösser. Und alles das zusammen soll nur ein Vermögen von 14 Millionen Kronen repräsentieren, und daraus sollen insgesamt nur 1/2 Million Kronen vereinnahmt werden. Das glaubt in ganz Oesterreich kein Mensch und außerhalb Oesterreichs wohl niemand.

Aus diesen Zahlen ergibt sich von neuem, daß die Forderung, die Kirche möge ihre Diener selbst bezahlen und überhaupt für ihre Erhaltung allein auskommen, durchaus gerechtfertigt ist. Wie kommt der Staat bezüglichlich die Steuerzahler dazu, für die religiösen Bedürfnisse anderer aufzukommen. —

Ein neues Ministerium in Ungarn. Endlich ist es gelungen, ein Ministerium mit Fejervary als Ministerpräsidenten zusammenzubringen. Die übrigen Minister sind unbedeutende Beamte, frühere Obergespanne, Ministerialbeamte u. dgl. Dieses Kabinett dürfte nur von kurzer Dauer sein, wahrscheinlich wird es durch die erste Sitzung des Parlaments, das zurzeit vertagt ist, gestürzt werden. —

## Italien.

Die zweijährige Dienstzeit. Bei der Beratung des Militäretats teilte der Kriegsminister Pedotti mit, daß eine Vorlage über die Einführung der zweijährigen Dienstzeit bereits ausgearbeitet sei und demnächst der Kammer zugehen werde. —

## Spanien.

Deputiertenkammer. Das vom Finanzminister vorgelegte Budget schlägt in Ausgabe mit 1 010 733 344, in Einnahme mit 1 031 691 806 Pesetas ab. Die Ausgabe weist eine Erhöhung von 51 882 062 Pesetas gegenüber dem Vorjahre auf, davon entfallen 13 321 212 Pesetas auf das Kriegsministerium, 10 209 122 auf das Marine-ministerium und 10 368 121 auf das Unterrichtsministerium. Die Mehrausgaben für das Kriegsministerium werden durch die Kosten für Umwidmung der Artillerie und für Befestigungsarbeiten begründet.

Romanones bringt eine Interpellation ein über die Meinungs-verschiedenheit der Regierung und der Opposition bezüglich der Beratung des Budgets für 1905, das vom Ministerium Maura eingebracht wurde und von dem drei Kapitel seit der Ministerkrise im Dezember bewilligt wurden. Ministerpräsident Villaverde nimmt die Interpellation an und erklärt, das Budget für 1905 müsse ohne Verzögerung beraten werden. Salmeron und andere Republikaner beantragten Vespredung des Briefes des Königs an den Bischof von Barcelona. Der Präsident erklärt sich einverstanden mit dem Vorbehalt, daß die Begründung des Antrages abgeändert werde, welche die zu nehmenden Rücksichten verlege. —

## Japan.

Die Sozialdemokraten von Tokio haben bei einer nötig gewordenen Ergänzungswahl einen Kandidaten aufgestellt. Bei dem herrschenden reaktionären Wahlrecht (in Tokio kommen auf 1 800 000 Einwohner nur 16 500 Wähler) haben unsere Genossen natürlich gar

keine Aussicht, ihren Kandidaten durchzubringen. Sie bemühen aber die Wahltagung, um eine intensive Propaganda für den Sozialismus zu entfalten. Der Genosse Kinoshita spricht jeden Abend in großen öffentlichen Versammlungen, wo er vor allem die Frage des allgemeinen Wahlrechts behandelt. —

## Die Friedensvorbereitung

rückt nur langsam vor. Noch steht die Antwort Japans auf die hochmüthige Note Russlands aus und noch ist der Ort der Verhandlungen nicht bekannt geworden.

Nach einer Petersburger „Lassan“-Meldung erklärte Witte in einer Unterredung mit einem Vertreter des Blattes „Stowo“: „Er lehne es ab, an den Besprechungen über den Frieden teilzunehmen. Er sehe nicht, daß die Hauptströmung in Russland auf den Frieden gerichtet sei, oder daß das Haupt der Regierung diese Strömung zu ändern wünsche. Die Ereignisse gestalteten sich nicht derartig, daß er selbst eine nützliche Tätigkeit entfalten könnte. Russland könnte den Krieg noch fünf Jahre fortsetzen, wenn die Lage im Innern nicht so wäre, wie sie jetzt ist, was die Regierung jedoch nicht sehen wolle, und unbeachtet lasse.“ Witte schloß seine Bemerkung mit den Worten: „Darin liegen alle Schreden der augenblicklichen Lage Russlands. Jede Stunde bringt das Land mehr und mehr herunter.“

## Ein Schlachtbericht Logos.

Tokio, 15. Juni. In dem heute vom Marineministerium veröffentlichten Bericht Logos über die Seeschlacht bei Zischima heißt es: Der japanische Schlachtbefehl wurde am 27. Mai um 1 Uhr 55 Minuten nachmittags gegeben. Nachdem die japanischen Schiffsdivisionen ihre Manöver begonnen hatten, eröffneten die Russen um 2 Uhr 3 Minuten das Feuer. Die Japaner erwiderten es erst, als sie auf 5000 Yards an die russische Flotte herangekommen waren; dann konzentrierten sie ihr Feuer auf die beiden führenden russischen Schiffe mit solchem Erfolge, daß die Schlacht um 2 Uhr 45 Minuten nachmittags entschieden war. In der Schilderung der Ereignisse vom 28. Mai sagt Logos, seine Schlachtschiffe, Kamururas Panzerkreuzer und Arius Schiffsdivision sowie diejenige des jüngeren Zogo hätten Rebogatos Geschwader völlig umzingelt und jeden Widerstand nutzlos gemacht. Er, Zogo, habe dann, nachdem sich Rebogatos ergeben, diesem und seinen Offizieren gestattet, ihre Säbel zu behalten.

## Russische Geldentaten.

Nach einem bei der Jlenburger Dampfschiffahrts-Gesellschaft von 1899 eingegangenen Telegramm ist der eiserne Schraubendampfer „Retartos“, 1812 Registrertons groß, am 30. Mai von dem russischen Hilfskreuzer „Don“ auf der Reise von Japan nach Tientsin in der nordchinesischen See in Grund geholt worden. Die Mannschaft ist gerettet und in Labadia gelandet worden. Das Schiff hatte, wie die Gesellschaft dazu erklärt, keine Kriegskontingente an Bord, sondern war mit Holz und Schwellen beladen und nach einem neutralen chinesischen Hafen bestimmt.

Die Reichsregierung wird die erforderlichen Vorstellungen in Petersburg erheben müssen.

Der englische Minister des Aeußeren, Lord Lansdowne, wurde von der Admiralität über die Vernichtung des englischen Schiffes „St.ilda“ informiert. Lansdowne erhob sofort beim russischen Vorkonsul Einspruch und forderte nähere Aufklärung.

## Die Judenmordtaten des Zaren.

Wir erhalten aus guter Quelle die folgenden Mitteilungen: Die letzten Blutthaten in Pinsk und Warschau, wo in der Rolle der Kravallhelden die Soldaten der örtlichen Regimenter herorgetreten sind, bilden die allernennenswerte Taktik der selbstherrschenden Elite. Die Vanditen des Judentums, mit Trepon an der Spitze, bereiten allem Anschein nach eine neue Reihe von Judenkravallen mit Hilfe der Soldaten und Reservisten vor. Der dazu organisierte städtische Mob und die „schwarze Bande“ haben, wie es scheint, die auf sie gesetzten Hoffnungen nicht erfüllt. Tatsachen, die wir aus Lodz erfahren, verbreiten über die letzten Mordthaten in Pinsk und Warschau ein neues Licht.

Nach unseren Informationen hat am Mittwoch, den 31./18. Mai, um 10 Uhr abends, beim Friedensrichter des neunten Bezirkes in seiner Wohnung (Konstantinowskaja 31) eine Versammlung der bürgerlichen und militärischen Beamten stattgefunden, auf der beschlossen wurde, den Versuch zu machen, mit Hilfe der örtlichen Reservisten einen Judenkravall zu veranstalten.

Pinsk und Warschau sind wohl die ersten Schritte in dieser Richtung.

## Streikbewegung in Russisch-Polen.

In Sosnowice traten die Arbeiter der Hultschinsky-Werke, der Katharina-Hütte und von Richter u. Camper wieder in den Ausstand. Kojalen durchziehen die Straßen, da weitere Unruhen befürchtet werden. Heute sind die drei großen Werke geschlossen. („Tag“.)

## Der zitternde Zar.

Petersburg, 14. Juni. (Lassan-Meldung.) Im Bezirk von Peterhof finden zahlreiche Hausdurchsuchungen statt, das Vorleben und die Pässe der Einwohner werden geprüft, und alle Bettler werden von den Straßen entfernt, die von dort nach Jaroslaw Selo führen. Auf dem Fluß wurden alle Fahrzeuge von der Front des Palastes weggejagt, und es liegen dort nur noch Regierungswachtboote. Diese Maßnahmen sind die Einleitung zur Ueberriedelung des Zaren von Jaroslaw Selo nach Peterhof während des Sommers. Der Tag der Abreise wird geheim gehalten.

## Aus der Partei.

Die sozialdemokratische Partei Nordbayerns hat mitten im Landtags-Wahlkampf einen schweren Verlust erlitten. Am 14. Juni, abends 1/2 Uhr, ist Genosse Anton Raskl, Gauvorstand der Partei für Nordbayern und Parteisekretär für den Sozialdemokratischen Verein Nürnberg, nach mehrmonatigem Leiden gestorben. Raskl war von Beruf Ladierer und arbeitete früher an verschiedenen Orten Südbayerns, wie Tölz, München, Landshut, Straubing usw. Ueberall trat er unter den schwierigsten Verhältnissen mit der größten Opferwilligkeit für Partei und Gewerkschaft ein, weshalb ihm auch Maßregelungen und Anfeindungen nicht erspart blieben. 1897 siedelte er von Straubing nach Nürnberg über, wo seiner eifrigen Tätigkeit für die Arbeiterfrage weniger Schranken gesetzt wurden. Hier betrauten ihn seine Berufskollegen bald mit dem Amte des Vorsitzenden ihrer Zahlstelle der Vereinigung der Maler. Auch für die Partei entfaltete er eine rege Tätigkeit und im März 1902 wurde er auf dem Gauzuge zu Bayreuth als Vorsitzender der Partei-Organisation für Nordbayern gewählt. In diesem Amte war er erst so recht in seinem Element. Seine agitatorische und organisatorische Tätigkeit in den Landbezirken der drei fränkischen Kreise und der Oberpfalz trug reiche Früchte.

Wenn heute über die ländlichen Bezirke Frankens ein Netz von sozialdemokratischen Organisationen ausgebreitet ist und die Partei in

manchen entleeren, ganz schwarzen Bezirken angefangen hat, Wurzel zu fassen, so hat Raack darum ein nicht geringes Verdienst. Im Februar 1903, als der damalige Parteisekretär Genosse Leist verunglückte, wurde Raack auch dieses Amt übertragen, das er mit der ihm eigenen Gewissenhaftigkeit und großem Eifer ausfüllte. Im vergangenen Winter ergriff ihn ein tödliches Halsleiden, das in Kehlkopfverkrüftung ausartete und schließlich zum Tode führte.

Ein alter tapferer Kämpfer ist in Stötterich bei Leipzig in der Person des Zigarrenmachers Hermann Berner gestorben. Seine wertvollste Tätigkeit entfaltete er als Schriftensvertreiter für den Leipziger Agitationsbezirk unter dem Sozialistengesetz. Er nahm 1881 an dem Kongress in Wpden als Vertreter der Leipziger Genossen teil.

## Ob Königreich oder Republik,

das ist noch immer eine der ungelösten Zukunftsfragen des neuen unabhängigen Norwegens. Wird sich ein Bernadotte bereit finden, für einen mäßigen Königslohn die überflüssige Dekorationsfigur auf dem norwegischen Thron vorzustellen? Der norwegische Staatsminister Löbland hat sich darüber einem Korrespondenten des Kopenhagener Blattes „Vort Land“ gegenüber wie folgt geäußert:

„Es ist mir unmöglich zu sagen, ob der König unser Angebot, einen jüngeren Bernadotte auf Norwegens Thron zu setzen, annehmen wird. Wenn König Oskar unser Angebot abschlägt, gibt es nur zwei Möglichkeiten: entweder muß der Storting einen anderen Prinzen suchen oder Anstalten zu einer Verfassungsänderung treffen. In diesem Fall müssen wir eine konstituierende Nationalversammlung einberufen. Ob die neue Verfassung dann auf eine Republik oder Monarchie hinauslaufen wird, kann nicht vorausgesagt werden. Die Stimmung hierüber ist nämlich sehr geteilt. Man nimmt an, daß die ausländischen Mächte der Frage, ob Monarchie oder Republik indifferent gegenüberstehen. Wir erwarten überhaupt keine Schwierigkeiten von Seiten des Auslandes. Der Vorschlag, daß man die Sache dem Schiedsgericht in Haag überweisen sollte, ist ganz unverständlich und wohl auch nicht gut durchdacht. Ich bin von einer friedlichen Lösung der ganzen Sache durchaus überzeugt.“

Ueber die neue Gestaltung der Verwaltung der äußeren Angelegenheiten bemerkte der Staatsminister:

„Wir haben bisher ein Departement gehabt, das sogenannte Handelsdepartement, das alle ausländischen Angelegenheiten verwaltete, auch die diplomatischen mit Ausnahme derjenigen, die nach Norwegens Grundgesetz geheim gehalten werden sollen. Unser Gedanke ist nun, daß dieses Departement ausgedehnt und ein vollständiges norwegisches Ministerium des Äußeren werden soll, das aus zwei Departements bestehen würde, nämlich: eins für Industrie und Seeschifffahrt und ein anderes für die diplomatischen, konsulären und kommerziellen Angelegenheiten. — Am Donnerstag nächster Woche wird das neue Departement des Äußeren eröffnet und wir werden versuchen, so schnell wie möglich in regelmäßige Verbindung mit dem Auslande zu kommen, doch kann ich nichts Näheres über den Zeitpunkt hierfür sagen.“

### Nichts für ungut!

Die Norweger fahren fort zu beweisen, daß sie ihrem gewesenen König nicht das mindeste nachtragen, daß sie ihm alles Gute wünschen, seitdem sie ihm den Dienst aufgesagt haben.

So hat man Oskar jetzt mit folgendem Telegramm erfreut:

„Das norwegische Volk sendet Eurer Majestät durch uns herzlichste Glückwünsche aus Anlaß des für das Haus Eurer Majestät so freudigen und bedeutsamen Hochzeitsfestes, das heute gefeiert wird. Carl Berner, Stortingpräsident, Michelsen, Staatsminister.“

Dieser Glückwunsch an einen entfernten König stammt sicher aus ehrlichem Herzen.

### Norwegens 40 Millionen-Anleihe.

Entgegen den Gerüchten, daß dem norwegischen Staat die kürzlich aufgenommene Anleihe von 40 Millionen Kronen noch nicht voll zur Verfügung stehen sollte, hat „Politikens“ Korrespondent von dem Manne, der die Anleihe abgeschlossen hat, folgende Mitteilung erhalten: Schon vor Ende Mai war die Anleihe, die im April durch „Credit Lyonnais“ in Paris abgeschlossen wurde, in vollem Umfange an den norwegischen Staat anbezahlt und von diesem in englischen, französischen und deutschen Staatspapieren angelegt worden, die im Ausland verbleiben, bis man in Norwegen das bare Geld braucht. Von den früher aufgenommenen Anleihen soll außerdem eine bedeutende Summe in der Staatskasse sein.

### Ein Telegramm Wilhelms II.

Kristiania, 15. Juni. Auf das Glückwunschtelegramm des kommandierenden Admirals Sparre zur Hochzeit des deutschen Kronprinzen hat Kaiser Wilhelm folgendes Antworttelegramm gesandt:

„Ich habe Ihre Glückwünsche zur Hochzeitsfeier des Kronprinzen mit Freude entgegengenommen und spreche Ihnen und dem Offizierkorps der königlich norwegischen Marine meinen besten Dank dafür aus.“

Das Telegramm ist insofern antiquiert, als es eine königlich norwegische Marine gegenwärtig nicht gibt.

### Keine Mobilmachung.

Kristiania, 15. Juni. Das Verteidigungsdepartement teilt mit, daß alle Gerüchte über eine Mobilisierung des Heeres und der Flotte Norwegens jeder Begründung entbehren.

## Gewerkchaftliches.

### Berlin und Umgegend.

#### An die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands!

Der Verband der Tabakarbeiter ist durch rücksichtsloses Vorgehen der Zigarrenfabrikanten in Dresden in einen Kampf gedrängt worden, der ihn veranlaßt, die Hilfe der gesamten organisierten Arbeiterschaft in Anspruch zu nehmen. Die Lohnbewegung der Zigarrenarbeiterinnen in Dresden schien anfänglich einen ruhigen Verlauf zu nehmen. Plötzlich brachen die Fabrikanten die Unterhandlungen ab, vereinigten sich zu gemeinsamem Vorgehen gegen die Arbeiterinnen und forderten von diesen die schriftliche Erklärung, daß sie aus dem Tabakarbeiterverband ausgetreten seien. Als die Arbeiterinnen eine solche Zusage zurückwiesen, wurden sie am 27. Mai in einer Anzahl von rund 4000 ausgesperrt.

Es handelt sich hier um einen regelrechten Angriff der Unternehmer gegen das Koalitionsrecht der Arbeiterinnen, der von der gesamten organisierten Arbeiterschaft einmütig zurückgewiesen werden muß. Auf Antrag des Vorstandes des Tabakarbeiterverbandes nahm die Generalkommission deshalb Veranlassung, gemäß den auf dem Gewerkschaftskongress in Köln a. Rh. bezüglich der Streikunterstützung gefaßten Beschlüssen die Vorstände der Verbände zu befragen, ob zur Unterstützung der ausgesperrten eine allgemeine Sammlung veranstaltet werden solle. Die Vorstände stimmten dem

Vorschlag zu, und wir richten nunmehr an die organisierte Arbeiterschaft die Bitte, Beiträge zur Unterstützung der ausgesperrten Zigarrenarbeiterinnen in Dresden zu leisten. Die Unterstützungsbeiträge sind gemäß den in Köln getroffenen Bestimmungen nicht an die im Kampfe befindliche Organisation, sondern an die Generalkommission zu senden, und wir bitten, für die Sendung folgende Adresse zu benutzen:

H. Rube, Engel-Ufer 15, Berlin SO. 18.

Ueber die eingehenden Beträge wird im „Korrespondenzblatt“ quittiert. Besondere Quittungen werden den Einsendern nicht zugestellt.

### Mit Gruß

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

G. Legien.

### Die Aussperrung der Zigarrenarbeiterinnen in Dresden und die Berliner Tabakarbeiter.

Am Mittwoch tagte in Dräsel's Festhallen eine zahlreich besuchte Zigarren- und Zigarrenarbeiter-Versammlung, in der Karl Reichmann, der Vorsitzende des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, über das Thema: „Der Raub des Koalitionsrechts an den Dresdener Zigarrenarbeiterinnen und die Antwort des Klassenbewußten Proletariats“ sprach. In treffenden Worten geißelte der Redner das Verhalten der Dresdener Zigarrenfabrikanten, die, selbst gut organisiert, sich nicht scheuen, von ihren Arbeiterinnen und Arbeitern Ausbeute aus dem Tabakarbeiter-Verbande zu fordern. Als Ersatz dafür soll wohl die Reichhaltigkeit gelten, die die Herren als eine „Vohlhabtsbeurteilung“ den Arbeitern anpreisen. Erst wurde der Dessenlichkeit wehgemacht, die Fabrikanten hätten in ihrer edlen Großmut bereits 60.000 Mark für die Kasse gestiftet. Nun aber haben sie dieser Tage vor den Fabeln Palaste anbringen lassen, auf denen, neben der Aufforderung zum Beitritt zu der Kasse, in mehr bescheidener Weise bemerkt wird, daß von Fabrikanten für die Kasse „große Summen in Aussicht gestellt sind“. Die Gründungsgeschichte dieser Kasse schließt sich würdevoll der „Aufklärung für die Einwohnererschaft Dresdens“ an, die von dem Redner wie auch in einer als Flugblatt herausgegebenen „Aufklärung und Antwort“ als unwahr und als Lug und Trug bezeichnet wird. Der Arbeitgeberverband der Zigarrenindustrie „karrt auf“, daß in den Fabriken des Verbandes verdient werden: von ausgeleiteten Sortierern bis 18 M. wöchentlich, von Tabakarbeitern bis 30 M., Packerinnen bis 20 M. und mehr, Zigarrenarbeiterinnen bis 22 M. und mehr. Der Redner stellte dagegen unter anderem fest, wie auch im Flugblatt der Lohnkommission ausgeführt wird: Die Firma „G. A. Jasmagi“ zahlt den an den Hülsen- und Zigarettenmaschinen beschäftigten Arbeiterinnen einen Stundenlohn von 14 bis 20 M. Die Firma „Jofetti“ zahlt den an den Hülsenmaschinen beschäftigten Arbeiterinnen Wochenlöhne von 7 bis 10 M., den Zigarettenpackerinnen Wochenlöhne im Betrage von 8 bis 11,50 M. Die Firma „Arabia“ zahlt den Zigarettenpackerinnen Wochenlöhne von 8,50 bis 10 M. Die Firma „Werner Alexander Müller“ zahlt ihren Arbeiterinnen Wochenlöhne von 6 bis 11 M. Die Firma „D. Weller“ zahlt den Arbeiterinnen Wochenlöhne von 7 bis 11 M. Die Firma „Persia“ zahlt den Arbeiterinnen Wochenlöhne von 7,50 bis 8 M. Viele Arbeiter, darunter Familienväter, erhalten Wochenlöhne von 13 bis 18 M. — Ebenfalls widerlegte der Redner die Behauptung, die Aussperrten hätten durch die Forderung, Inorganisierte sollten entlassen werden, die Fabrikanten zu ihrem Vorgehen genötigt. Tatsache sei vielmehr, daß die Verbandsmitglieder durch die Inorganisierten provoziert und in größlicher Weise beschimpft wurden und dann verlangten, daß das aufhören sollte. Uebrigens scheinen die Fabrikantenfrauen und ihre Söhne auch nicht die feinsten Leute zu sein. Hat doch, wie der Redner bemerkte, eine Fabrikantenfrau von ihrem Fenster aus streikpostenstehenden Arbeiterinnen auf den Kopf gespuckt, während sich ihr Junge mit Schimpfereien wie „Streikluders“, „Streikdienen“ und dergleichen mehr amüsierte, wovon aber die Polizei, die in den Wanderungen einer streikenden Arbeiterin auf menschenleerer Straße Bekehrungsstörungen entdeckt und deswegen Verhaftung über Verhaftung vornimmt, nichts bemerkte. Sonderbar ist es, wie die Fabrikanten, die sich kürzlich noch gegenseitig als amerikanische Truffler und als Antitruffler bekämpften, plötzlich ein Herz und eine Seele geworden sind, wo es gilt, das Koalitionsrecht der Arbeiter zu vernichten. Hat doch bis vor kurzem der Truff-Abwehrausschuß einen vom Deutschen Tabakarbeiter-Verband, dem Verband der Zigarrenfabriken, dem Verein Bremer Koltsabhandler und dem Zentralverband der Zigarren- und Tabakfabrikanten unterzeichneten Jettel den Zigarren beigelegt, der bestimmt ist, die Raucher vor den Truff-fabrikanten grüßlich zu machen und ihnen einzureden, daß Publikum, Arbeitgeberchaft wie Arbeiter ein gleich hohes Interesse an der Bekämpfung des Truffs hätten. Aber Antitruffler und Truffler zahlten gleich schlechte Löhne und kämpften nun gemeinsam mit den gleichen verwerflichen Mitteln gegen die Arbeiter. Der Redner wies auch die in reaktionären Blättern aufgestellte Behauptung zurück, der Tabakarbeiter-Verband habe die Nachricht verbreitet, es wären 8000 bis 10.000 Personen im Auslande. Von Anfang an hat der Verband die Zahl auf circa 2400 angegeben; nun beträgt sie samt den bei der Firma Jofetti in Berlin Streikenden 3443.

Am Schluß seines Vortrages, der stürmischen Beifall fand, forderte der Redner zu eifriger moralischer und finanzieller Unterstützung der Aussperrten auf. Dann gab der Vertrauensmann der Streikenden von Jofetti einen kurzen Bericht über den Stand dieses Streiks, der lediglich aus Sympathie für die Dresdener Aussperrten der Firma geführt wird. 115 Arbeiterinnen und Arbeiter sind daran beteiligt, und sie halten alle einmütig im Kampfe aus. In der weiteren Diskussion wurde noch auf den Schwindel hingewiesen, der in den „Restriktionen“ getrieben wird, wo man innerhalb 14 Tagen im Zigarettenmachen ausgebildet oder vielmehr angebeutet werden kann. Wie mitgeteilt wurde, beschränkt sich dieser Unterricht sogar auf nur zwei Stunden täglich. Daß dies nur auf Gimpelung berechnet ist, versteht sich von selbst. Der Vorsitzende Börner teilte noch mit, daß der Vorklott, der über die Fabrikate der Aussperrungsfirmen verhängt ist, bereits sehr gut gewirkt hat. Die Versammlung nahm einstimmig folgende Resolution an:

„Die verarmtesten Tabakarbeiter und Arbeiterinnen nehmen Kenntnis von dem Bericht über die ausgesperrten, um ihr Koalitionsrecht in Anspruch zu nehmen und die ausgesperrten und Arbeiterinnen und Arbeiterinnen gegen das schamlose Vorgehen der Dresdener Zigarrenfabrikanten. Sie bringen den kämpfenden Kollegen und Kolleginnen ihre vollste Sympathie entgegen und verpflichten sich, solange der Kampf auch dauern mag, sie nicht allein moralisch, sondern auch finanziell, soweit es in ihren Kräften steht, zu unterstützen.“

„Ferner wurde ein Beschluß gefaßt, der die Tabakarbeiter Berlins verpflichtet, wöchentlich mindestens eine Mark für die Unterstützung der Dresdener Aussperrten und der Streikenden in Berlin zu opfern.“

Der Gewerbeverein der Maschinenbauer (G. D.) hat die gestern mitgeteilte Resolution mit der Anerkennung angenommen, daß verlangt wird, der Gewerbeverein soll von vornherein von anderen Organisationen zu Verhandlungen hinzugezogen werden.

### Deutsches Reich.

#### Kämpfe der Bauarbeiter.

Zur Bauarbeiter-Aussperrung in Rheinland-Westfalen beschloß eine Bauarbeiter-Versammlung in U n n a folgende Resolution:

Die Versammlung beschloß:

1. Den Kampf, den der Arbeitgeber-Verband für das Baugewerbe im rheinisch-westfälischen Industriebezirk den Bauarbeitern (Zimmerer, Maurer, Hilfsarbeiter) aufgedrungen hat, mit allen gefeg-

lich erlaubten Mitteln so lange zu führen, bis die Aussperrung aufgehoben und eine Einigung über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeigeführt ist.

2. Um den Kampf wirksamer zu gestalten, haben bei allen an der Aussperrung beteiligten Unternehmern auch diejenigen die Arbeit nach erfolgter Kündigung einzustellen, welche bisher nicht gekündigt oder entlassen sind.

Die örtlichen Vorstände der Organisationen werden beauftragt, sofort die erforderlichen Maßnahmen zur Durchführung der Kündigung zu ergreifen.

3. Die Versammlung begrüßt mit Freuden, daß die Zentralvorstände der Verbände der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter und des Verbandes christlicher Bauarbeiter vereinbart haben:

- a) den Kampf gemeinsam zu führen und
- b) bei allen Fragen, welche den gemeinsamen Kampf betreffen, besonders bei Einleitung und Führung von Unterhandlungen, Abschließung von Verträgen u. nur nach gegenseitigem Uebereinkommen zu handeln.

Indem die Versammlung sich diesem Abkommen anschließt, erklärt sie sich auch damit einverstanden, daß mit der Leitung der Bewegung die Bauvorwärtigen der vier beteiligten Organisationen beauftragt werden.

4. Orte, für welche ein Tarifvertrag besteht, sind von der Bewegung vollständig ausgeschlossen.

Sollten die Unternehmer in Tarifgebieten sich Verstöße gegen die Vertragsbestimmungen zuschulden kommen lassen, dann sind Gegenmaßnahmen nur nach vorgängiger Vereinbarung mit den Zentralvorständen zulässig.

Aus München meldet uns ein Privattelegramm: Die Scharfmacher im Baugewerbe beschloßen, sämtliche Maurer (Hoch- und Tiefbau), Zimmerer und Hilfsarbeiter Freitag, den 16. Juni, auszusperrten. Weiter beschäftigt sollen solche werden, die sich unter schriftlich verpflichten, aus ihrer Organisation auszutreten und Streikende nicht zu unterstützen.

Solche „Stützen der Gesellschaft“ werden die Unternehmer hoffentlich nicht finden.

Die Bauarbeiter in Dessau haben den allgemeinen Ausstand für den ganzen Ort beschlossen.

Ueber den Kampf der Metallarbeiter in Bayern um das Koalitionsrecht wird uns aus München telegraphiert: Die Industriellen sind mit dem Metallarbeiter-Verband in Unterhandlung getreten, eine Einigung ist aber noch nicht erzielt. Es wurde vereinbart, die geplante Aussperrung in Nürnberg und Augsburg bis Mittwoch zu verschieben.

### Ungarn.

Der Kampf der ungarischen Metallarbeiter. Seit zwei Wochen stehen in Budapest 25.000 Eisen- und Metallarbeiter im Kampfe mit einer Anzahl von organisierten Schmiedemännern. Der Streik begann, wie wir seinerzeit mitgeteilt haben, mit dem Ausstand der Metallarbeiter in der Oelischen Maschinenfabrik. Dort verlangten die Arbeiter die Entlassung eines brutalen Vorgesetzten. Der Fabrikant lehnte ab und steckte sich hinter den Fabrikantenverband, der seinerseits jede Unterhandlung mit den Arbeitern ablehnte. Es ist das der Landesverband der ungarischen Fabrikindustriellen, derselbe Verband, der vor einem Jahre die Anwendung von Gewaltmaßnahmen gegen die Arbeiterorganisationen verlangte. Die Organisation der Eisen- und Metallarbeiter, die jetzt mehr als 10.000 Mitglieder zählt, beschloß, zur Unterstützung der Streikenden einen allgemeinen Ausstand der Eisen- und Metallarbeiter zu proklamieren. Und so beträgt die gegenwärtige Zahl der am Kampfe beteiligten Arbeiter 25.000. Es sind jetzt folgende Forderungen aufgestellt worden: Neunständige Arbeitszeit, Festlegung von Minimallöhnen, Arbeitsvermittlung durch den Verband der Metallarbeiter, Anerkennung des 1. Mai als Ruhetag, wegen Angehörigkeit zum Verbands darf niemand gemahregelt werden. Die dem Unternehmerverbände fernstehenden Firmen haben bewilligt. Außerdem auch eine Anzahl Verbandsfirmen.

## Soziales.

Das alte Lied! Der Zentralverein zur Hebung der deutschen Fluh- und Kanalschifffahrt hat in einer in Dramenburg stattgefundenen Versammlung zu der Frage der Sonntagsruhe in der Binnen- und Küstenschifffahrt Stellung genommen. Die anwesenden großen Reedereibesitzer äußerten die Ansicht, daß die Einführung der obligatorischen Sonntagsruhe das Schiffergewerbe vollständig zugrunde richten würde. Die Versammlung beschloß eine ausführliche Resolution, in der gegen die Einführung der obligatorischen Sonntagsruhe Einspruch erhoben und eine eingehende Nachweisung der tatsächlichen Verhältnisse in der Fracht- und Binnen-schifffahrt in Aussicht gestellt wird.

## Kommunales.

Der neue holländische Hafen. Der Stadtverordneten-Ausschuß zur Vorbereitung der Magistratsvorlage über die Errichtung von Hafenanlagen und Speicherräumen am Stralauer Anger hat am Donnerstag seine Beratungen beendet. Der Antrag des Magistrats wurde mit folgender Aenderung angenommen: 1. Die Versammlung nimmt die Vorlage mit der Modifikation an, daß die Genehmigung des Abschlusses des der Vorlage beigefügten Vertragsentwurfs mit der Korporation der Kaufmannschaft von Berlin und der Handelskammer zu Berlin vorbehalten bleibt. 2. Die Versammlung ersucht den Magistrat, mit der Korporation der Kaufmannschaft von Berlin und der Handelskammer zu Berlin dahin in Verhandlungen zu treten, daß in dem abzuschließenden Vertrage a) die Verzinsung des Wertes der seitens der Stadtgemeinde einzubringenden Grundstücke bei der Gewinnerrechnung berücksichtigt wird, b) daß bei Rückzahlung der für die Dedung der Fehlbeträge von den Kontrahenten erforderlich gewordenen Zuschüsse die von der Stadtgemeinde geleisteten in gleichen Verhältnis zu den von den Gegenkontrahenten gewährten zu tilgen sind, c) daß die Garantieverpflichtung mit dem ersten Tage des Kalenderquartals beginnt, welches auf die Eröffnung des Betriebes der zurzeit geplanten Speicherräume folgt. 3. Die Versammlung ersucht den Magistrat ferner, mit den Staatsbehörden über Herabsetzung des Preises für die von dem Fiskus zur Herstellung der Hafenanlage der Stadtgemeinde zu übereignenden Wasserflächen in Verhandlung zu treten.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Die Friedensfrage.

Washington, 15. Juni. (Reidung des Reuterschen Bureau's.) Ähnlich wird erklärt, daß Washington als Ort für die Friedenskonferenz gewählt sei.

### Die Semstwo-Delegation.

Petersburg, 15. Juni. (R. T. B.) In einer heute stattgefundenen Beratung sämtlicher von der Moskauer Semstwo-Versammlung gewählten Deputierten wurde im Hinblick darauf, daß nur einige Mitglieder der Deputation durch den Kaiser empfangen werden sollen, folgende Resolution gefaßt:

„Die Deputation ersucht die Erfüllung der ihr von der Semstwo-Versammlung übertragenen Pflichten nur dann für möglich, wenn in der Zahl der vorgelassenen Deputierten sich Mitglieder aller Fraktionen der Moskauer Semstwo-Versammlung befinden.“

16. Generalversammlung des Verbandes deutscher Bergarbeiter.

Berlin, 15. Juni.

Schöner Verhandlungstag.

Kurz nach 9 1/2 Uhr eröffnet der Vorsitzende Sachse die Sitzung. Er teilt mit, daß am 13. d. M. in Harple bei Helmstedt fünf Kameraden erschossen und nur als Leichen geborgen worden sind. Die Delegierten erheben sich zu Ehren der verunglückten Kameraden von ihren Plätzen.

Dann wird in die Debatte über

Die internationale Arbeiterbewegung

eingetreten.

Vorsitzender Schröder bekämpft den Schlusspassus der vorliegenden Resolution, die für den Fall, daß bei dem nächsten internationalen Kongress kein internationales Sekretariat eingerichtet wird, die internationalen Kongresse nicht mehr beschickt sehen will. Die Mitgliedschaft in der internationalen Arbeiterbewegung seien meist nur Mißverständnisse und Deutschland hätte vor allem Grund, den Engländern für manche Unterstützung dankbar zu sein.

Que schlägt sich diesen Ausführungen an und beantragt, es dem Vorstand zu überlassen, ob er, falls auf dem nächsten internationalen Kongress das Sekretariat nicht geschaffen wird, die weiteren Kongresse beschicken will oder nicht.

Ober-Dösterreich erklärt, daß die Dösterreicher die alljährlichen internationalen Kongresse wegen der Kosten nicht mehr beschicken. Sie würden sich aber gern beteiligen, wenn ein Beamter zur Erledigung der internationalen Korrespondenz eingesetzt würde.

Dösterreich hat die Hoffnung auf eine Verständigung mit den Engländern aufgegeben, da diese stets ihre besonderen Interessen über die der Allgemeinheit stellen. Sie fürchteten offenbar, daß bei einer Stärkung der internationalen Organisation die Leitung auf die Deutschen übergehe und würden ihr deshalb nie zustimmen.

Peter Meis-Gelsenkirchen und Schalthoff-Weitzen protestieren gegen die Verletzung des Majoritätsprinzips, das in der Zurückziehung von den internationalen Kongressen liegen würde.

In der Abstimmung wird der Antrag Que mit großer Mehrheit angenommen.

Rasi einstimmig beschließt die Generalversammlung, auch den internationalen Arbeiterkongress zu Stuttgart zu beschicken und zwar durch drei Delegierte. Zum internationalen Bergarbeiterkongress werden 10 Delegierte gesandt.

Hierauf hält Sachse sein Referat über

den Stand der deutschen Berggesetzgebung.

Er geht auf die von der Regierung eingebrachte Vorlage zur Regelung der Bergarbeiterverhältnisse und den Verlauf der ganzen Gesetzgebungsaktion in preussischen Landtage ein, und greift dabei das Doppelspiel der Regierung und des Zentrums, die beide die den Arbeitern gemachten Versprechungen nicht gehalten haben. Er fährt dann fort: Wir haben von Anfang an den Standpunkt eingenommen, daß die Gesetzgebungsmaßnahme im Reich in Bewegung zu setzen sei, daß wir vom Landtage nichts zu erwarten haben. Am liebsten hätte die Majorität des Abgeordnetenhauses aus der Vorlage ein Einzelgesetz gemacht, eines Jagdhauvorlage zum Schutze der Arbeitswilligen. Dabei hat die Regierung selbst zugegeben, daß in der Vorlage nichts enthalten sei, was nicht schon im Jahre 1889, also vor 16 Jahren, sogar von Männern, wie dem nationalliberalen Abgeordneten Dr. Hammacher als Berechtigter Forderungen der Bergarbeiter anerkannt worden sei. Die Landtagsmajorität hat die Regierungsvorlage derart verstümmelt, daß die Bergherren jetzt selbst den Kampf gegen das Gesetz aufgegeben haben, weil sie wissen, daß es ihnen nichts mehr schaden kann. (Sehr richtig!)

In der Tat ist eine Belastung des Bergbaues in keiner Weise erfolgt, obwohl die Bergwerksbesitzer eine Belastung ganz gut übertragen könnten, ohne daß sie auf die Konsumenten abgedrückt zu werden braucht. Die Dividenden sind in den letzten Jahren sehr hohe gewesen; das Solowort in Vornburg hat z. B. in den letzten Jahren 67 bis 68 Proz. Dividende verteilt und dabei es noch fertiggebracht, einen Reservefonds von 34 000 000 M. anzusammeln. Das Aktienkapital betrug 10 Millionen, der gesetzliche Reservefonds 1 Million. Jetzt ist das Aktienkapital auf 40 Millionen erhöht worden und der Reservefonds auf 5 Millionen. Die armen Aktionäre brauchen keinen Pfennig zuzuschlagen. Aus dem Reservefonds wurden 30 Millionen für die Erhöhung des Aktienkapitals und 4 Millionen für die Erhöhung des Reservefonds entnommen. (Hört! hört!) Unter den Besitzern sind nicht nur Deutsche, sondern auch Belgier und Engländer. Man sieht, das Kapital ist internationaler, als wir uns beim vorigen Punkte ausgesprochen haben. (Sehr richtig!)

In bezug auf unsere Forderungen, denen sich ja die christlichen Bergarbeiter voll angeschlossen haben, indem sie einen Schritt vorwärts taten, war die Stellung der Zentrumspreste zuerst nicht einseitlich. Erst nach einer am 15. Januar abgehaltenen Konferenz trat auch die Zentrumspreste für unsere Forderungen ein. Zuerst schien es auch so, als ob die Zentrumspreste gewillt sei, diesen Forderungen zum Siege zu verhelfen. Dann haben sie den Kuhhandel mitgemacht und kaum opponiert, als die Reaktion den Schutze der Arbeitswilligen in das Gesetz hineinbringen wollte, der Arbeitswilligen, die ihre Kameraden verraten, wie der Vaterlandsverräter im Kriege das Vaterland verrät. (Zustimmung.) Wenn man Arbeitswillige schätzen will, so gibt es andere Arbeitswillige, die dieses Schutzes würdig sind. Das sind die Kameraden von uns, die jetzt gern arbeiten wollen, von den Jechen aber immer noch ausgepöbelt sind. (Sehr richtige Zustimmung.) In den Verhandlungen des Landtages ist vielfach der Streik geradezu für ein Verbrechen erklärt worden. Und als der christliche Gewerksverein einen arbeitswilligen Anknüpfungspunkt aus der Organisation ausschließen wollte, da ist der Zentrumsabgeordnete Brust als Beschützer dieses Arbeitswilligen aufgetreten. Er kann sich also nicht beklagen, wenn man ihn mit Herrn v. Hendebrand in einen Topf wirft oder, um ein Bild des Herrn v. Hendebrand zu gebrauchen, ihn „an denselben Laternenspaß aufknüpft“. (Sehr richtig.)

Die Bestimmungen über die Arbeiterausschüsse sind so gestaltet worden, daß die Arbeiter rechtlos geworden sind. Da ein Ausschussmitglied sein Amt niederlegen muß, wenn es entlassen wird, ist damit der Wahregelung Tür und Tor geöffnet. Wir haben die Einführung der Proportionalwahl stets befürwortet. Herr Hise vom Zentrum will sie aber offenbar bloß da gelten lassen, wo wir Sozialdemokraten in der Mehrheit sind, nicht da, wo wir in der Minderheit sind. Der elende Bruderkampf soll also weiter geführt werden. Die geheime Wahl ist ja glücklicherweise gerichtet worden. Aber Herr Trimborn hat die geheime Wahl mit einer sehr eigenartigen Begründung verteidigt, mit einem Hinweis auf den Terrorismus von unten. Das Zentrum ist also auch hier nicht stichfest, speziell Herrn Brust kennen wir Bergleute als einen Anhänger der öffentlichen Wahl bei den Knappschafswahlen. Die Arbeiterausschüsse stellen in der Form der Landtagsbeschlüsse eine solche Mißgeburt dar, daß wir es uns noch überlegen werden, ob wir von ihnen überhaupt Gebrauch machen werden. Heute wollen wir uns aber noch nicht festlegen. Die parlamentarischen Untersuchungskommissionen sind sehr geschickt von den Unternehmern herangezogen worden und haben natürlich keine Mißstände entdecken können. Auf einer Reihe waren eine Menge Strafzetteln am schwarzen Brett angeschlagen. Als die Kommission aber erschien, waren sie verschwunden, und erst als die Abgeordneten wieder fort waren, waren auch die Strafzetteln wieder da. (Sehr richtig.) Der Dortmunder Bürgermeister Lichtenberg hat im Dortmunder Bierkeller gesagt: Hier im Bierkeller werden viele Ueberführungen gemacht, ohne daß

besondere Bezahlung verlangt wird, hier wird nicht gemulkt, wenn auch einmal ein Glas nicht ganz voll ist, auch hier ist es manchmal sehr heiß. (Große Heiterkeit.) Offenbar haben die Herren der Untersuchungskommission dann die Jechen mit dem Bierkeller vertauscht und nirgends Mißstände entdeckt. Daß solche bestehen, das hat erst kürzlich der am 30. Mai erfolgte Unfall auf der Zeche „Geinrich Gustav“ gezeigt, wo ein Schacht zusammengefallen ist und viele Arbeiter lebendig begraben worden sind. Am Tage vorher hat eine fremde Kommission den Schacht besichtigt. Wäre das Unglück an diesem Tage passiert, man hätte die Schuld den armen Arbeitern zugeschoben und von einem Attentat gemunkelt. (Lebhafte Sehr richtig!)

Das Zentrum sagt jetzt seinen Getreuen, es sei nicht mehr zu erreichen gewesen, und die Herren Hise und Brust schreiben einen Beschönigungsartikel nach dem anderen. Sie halten offenbar die christlichen Arbeiter für sehr dumm, daß sie glauben, sie könnten ihnen so Honig um den Mund schmieren, hat doch der Kaplan Müller in einem Buche geschrieben, Gleichgültigkeit gegenüber ihren Berufsinteressen sei nicht selten gerade bei den christlichen Bergarbeitern zu finden, und an einer anderen Stelle: die niederchristliche Bevölkerung sei ein zu geistiger Selbstbildigkeit wenig hieniegender Volkscharakter.

Die Gesetzgebung kann für uns nicht als abgeschlossenen gelten und wir werden nicht ruhen, bis unsere Forderungen bewilligt sind. Der Abg. v. Gerlach hat neulich in der „Hülse“ geschrieben, daß bei ihm der Glaube an die sozialpolitische Ehrlichkeit des Zentrums geschwunden ist. Soffentlich ist dieser Glaube auch bei den christlichen Arbeitern geschwunden und sie erkennen die Notwendigkeit einer einheitlichen Organisation an. Nehmen Sie meine Resolution (die wir schon vor einigen Tagen veröffentlicht haben) an, in der wir eine reichsgesetzliche Regelung der Bergarbeiterverhältnisse verlangen und das Scheinmandat der Regierung und der herrschenden Parteien brandmarken. Erheben wir unsere warnende Stimme, damit die herrschenden Gewalten endlich einsehen, daß sich das arbeitende Volk nicht länger spotten läßt. (Stürmischer Beifall.)

Auf eine Diskussion wird verzichtet. Es wird beschlossen, das Referat Sachses zusammen mit dem Quos über die „Taktik“ als Broschüre herauszugeben.

Hierauf wird die Vorstandswahl vorgenommen. Die bisherigen Vorstandsmitglieder Sachse, Schröder, Horn, Böhm, Hufensamm werden wiedergewählt. An Stelle von Hufensamm, der eine Wiederwahl abgelehnt hat, wird Waldecker gewählt.

Que wird mit allen gegen 7 Stimmen zum Redakteur wiedergewählt.

Dann schreitet der Verbandstag zur Feststellung einer Gehaltskala für die Angestellten. Die Kommission macht folgenden Vorschlag:

Das Gehalt der Verbandsangestellten richtet sich nach Dienstjahren. Es beträgt:

I. Für die Angestellten in der Zentralverwaltung, Redaktion und Arbeitersekretariate: Im ersten Jahre 1920 M. pro Jahr, steigend in den ersten fünf Jahren um jährlich 100 M., in den folgenden jährlich 50 M. bis zum Höchstgehalt von 2640 M. pro Jahr.

II. Für die Gauleiter: Im ersten Jahre 1680 M., steigend um 100 M. jährlich in den ersten fünf Jahren, in den folgenden um 50 M. bis zum Höchstgehalt von 2300 M. pro Jahr.

III. Für die Hilfs-Expeditions- und eventuell Sozialangestellten: Im ersten Jahre 1680 M., steigend in den ersten drei Jahren um 100 M. jährlich, in den folgenden um 50 M. bis zum Höchstgehalt von 2100 M. pro Jahr.

Den Bezirksleitern steht pro Monat bis zu 30 M. als Auslösung zu.

Die Dienstzeit, welche ein Angestellter in unserem Verbands oder in anderen Verbänden oder Sekretariaten bisher zugebracht hat, wird mit angerechnet.

Solche Angestellte, die jetzt nach ihren Dienstjahren weniger erhalten als obige Skala ergibt, erhalten ihr Gehalt entsprechend erhöht. Hingegen solche, deren Gehalt jetzt höher ist, erhalten erst dann wieder Zulage, wenn sie nach obiger Skala solche zu erhalten haben.

Angestellten, welche große Raubhaftigkeit zeigen oder sich verschiedene Verstöße zuschulden kommen lassen, kann durch Vorstandsbeschluss die Gehaltssteigerung verweigert werden. Dieselben können sich event. beim Kontrollausschuss beschweren, welcher dann einer Sitzung der Gesamtwahl die Sache zur nochmaligen Beschlußfassung unterbreiten kann.

Unfallrenten, Pensionen und sonstige feste Einnahmen werden in den ersten drei Jahren bis zur Hälfte und dann voll auf obige Gehaltshöhe angerechnet.

Dieser Vorschlag wird unbeeinträchtigt gegen 8 Stimmen angenommen. (Die Verbandsangestellten enthalten sich der Abstimmung.)

Schulte-Buer beantragt die Wiederholung des energischen Protestes, den bereits die preussische Bergarbeiterkonferenz gegen die Polizeipraxis erhoben hat, den ausländischen Kameraden durch Androhung und Ausführung der Ausweisung das Koalitionsrecht zu nehmen. In Neudlinghausen siehe diese Praxis jetzt wieder besonders in Flor. So sei wackeren österreichischen Kameraden gesagt worden, die Mitglieder des Bergarbeiterverbandes waren: inländische Sozialdemokraten haben wir genug, so daß wir keine ausländischen noch dazu brauchen können.

Der Protest wird einstimmig angenommen.

Auf Antrag Hufensamm wird beschlossen, die Generalversammlungen des Verbandes künftig immer in der Himmelfahrtswoch abzuhalten.

Als Ort der nächsten Generalversammlung 1907 wird Bochum bestimmt.

Bolowys Referat über Bedingungen und Minimallohn wird wegen der vorgeschrittenen Zeit von der Tagesordnung abgesetzt. Bolowys erklärt sich bereit, in Bezirksversammlungen die nötige Klarheit über diese Fragen zu verbreiten.

Damit sind die Arbeiten der Generalversammlung erledigt.

In seinem Schlusswort dankt Schröder den Delegierten für den Eifer, mit dem sie „unter Ueberführungen“ gearbeitet hätten. Möge diese Arbeit dem Verbands zum Segen gereichen. Sie wird es, wenn wir noch eifriger und freudiger als bisher in die Agitation hineingehen, wenn die Jungen sich die Ältern zum Vorbilde nehmen, wenn die persönlichen Streitigkeiten zurückgedrängt werden und wenn der Grundsatz in uns lebendig bleibt: Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selber sein. Doch der Deutsche Bergarbeiter-Verband!

Die Delegierten stimmen begeistert in das Hoch ein und singen das Bergarbeiter-Lied: „Wohlauf, Kameraden, durch Nacht zum Licht, seid bräuberlich alle umschlungen!“

Schluss 11 1/2 Uhr.

Siebente Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Dritter Verhandlungstag.

Leipzig, Mittwoch, 14. Juni.

In der heutigen Vormittags-Sitzung tritt zunächst Sandler-Söllingen für einen Antrag der dortigen Mitgliedschaft ein, nach welchem überall da, wo Mädchen und Frauen in der Metallindustrie erwerbstätig sind, gleichviel ob in Fabriken oder in der Heimarbeit, vom Vorstände veranlaßt werden soll, eine weibliche Vertrauensperson zu ernennen, die Beschwerden aus dem Arbeitsverhältnis entgegennimmt. Zur Abstellung der Mißstände, die dadurch festgestellt werden, sollen dann die einzelnen Ortsverbände

die notwendige Initiative ergreifen. Trotz aller platonischen Freundlichkeit gegenüber unseren weiblichen Kollegen ist das tatsächliche Eintreten für die Verbesserung ihrer Lage im Verbands noch sehr mangelhaft entwickelt. Die Annahme des betreffenden Antrages sei daher eine selbstverständliche Notwendigkeit. Bezüglich der Beamtenversicherung erinnert Redner daran, daß eine Anzahl von Beamten bereits in der Unterstützungsgehilfen-Vereinigung „Arbeiterpreste“ versichert sind und daß, wenn der Verband an die Regelung dieser Angelegenheit herantritt, auch dafür gesorgt werden muß, daß diese nicht benachteiligt werden. Die Gehaltsverhältnisse sind jetzt zu kompliziert und die Staffelung derselben kann bedeutend vereinfacht werden. Die Erhöhung einzelner Gehaltsklassen ist sehr notwendig, doch muß dabei Vorsicht walten, um bei den Mitgliedern nicht anzuklopfen.

Leber-Jena verwirft die Anschauung des Vorsitzenden bezüglich der Forderung des Armenrechts, wünscht dringend die Reorganisation des Zentralarbeitsnachweises der Feilenhauer und kritisiert gleichfalls die Mangelhaftigkeit des Statutabreglements, welches in seiner jetzigen Form und Handhabung die Rechte der Mitglieder beschränkt. Von Repräsentationskosten siehe nichts im Statut und deshalb dürften auch nicht 10 M. Diäten für Vorstandskreisen bewilligt werden. Es mache ihm den Eindruck, als ob man sich in Stuttgart denke: beschließt Ihr was Ihr wollt, wir tun doch was wir wollen. Ebenso liegt der Fall mit den 5000 M. Die Verschmelzung der einzelnen Verbands-Sektionen ist in bestimmter Frist notwendig. Sodann geht Redner darauf ein, daß sein Beschwerdefall in Ausführicht nicht richtig wiedergegeben sei. Er habe sich auf Andringen der Kollegen in Jena zu dem ausgeschriebenen Posten eines zweiten Bezirksleiters gemeldet und wurde einstimmig dem Vorstande empfohlen. Diese Tatsache wurde bekannt, und würde er nicht gerade im Zeiwerk arbeiten, so wäre er seiner Arbeit verlustig gegangen. Er verliest einen Brief des Vorstandes, in welchem dieser anfragt, wie es in seinem Engagement mit seiner politischen Tätigkeit werden solle, für deren Ausübung es dann an Zeit mangeln dürfte. Er meine nun, ein Gewerkschafter muß auch Politik treiben (Sehr richtig!) und es sei nur zum Nutzen des Verbandes, wenn der über 300 000 Mitglieder zählende Metallarbeiter-Verband auch durch mehrere Beamte im Parlament vertreten sein würde! (Sehr richtig!) Nur wenn Politik und Gewerkschaftsbewegung verbunden bleibt, werden wir unser Ziel erreichen! (Bravo!)

König-Dortmund empfiehlt die Trennung des dortigen Agitationsbezirks zwecks besserer Agitation, und danach wird Schluss der Debatte beschlossen.

In seinem Schlusswort konstatiert Schilde, daß Sektionen zwischen den einzelnen Verbandsfunktionären bei der Größe der Organisation unaussprechlich sind, weil jeder seine Meinung für die richtige hält. Von den 41 Beschwerden, die dem Ausschuss vorlagen, wurden nur 20 als berechtigt anerkannt, darunter 4 wegen verweigerter Unterfertigung, und die meisten anderen betrafen Ausführichtfälle. Hier besteht noch eine Lücke im Statut, die auch den Fall Probst verschuldete. Auch das Wahlreglement und die Wahlkreis-einteilung können eine Abänderung erfahren. Bezüglich der vom Vorstand beschlossenen 10 M. Diäten für Reisen der Vorstandsmitglieder liegt die Sache so, daß der Satz von den unbeforderten Mitgliedern beantragt wurde, und wenn man die Notwendigkeit dieses Satzes anerkennt und nur die fehlende Mitwirkung des Ausschusses bemängelt hat, so meine er, daß der Vorstand sich doch nicht unter Kuratel befindet und seiner Verantwortlichkeit sich vollumfänglich bewusst ist. Eine gewisse Bewegungsfreiheit ist aber notwendig, wie auch der Fall der Ueberweisung der 5000 M. an die Pensionskasse dar-tut. Von allen Seiten wird die moralische Pflicht des Verbandes anerkannt, für seine Beamten und deren Hinterbliebenen zu sorgen — wenn daher der Vorstand nun aber im eingetretenen Falle auch demgemäß handelt, darf man ihm daraus doch auch keinen Vorwurf machen! In Bezug auf die Bezirksleiter soll man sich in den Mitgliederkreisen doch einmal darüber klar werden, daß sie dadurch nicht minderwertig werden, wenn sie für ihre Arbeit bezahlt werden. Es ist notwendig, sie vor der Raune irgend einer Zufalls-majorität zu schützen. Was den Zentralarbeitsnachweis der Feilenhauer anbelangt, der nicht leben und nicht sterben kann, so sei es wohl das Beste, ihn aufzulösen. Wegen der von ihm in bestimmten Fällen vorgeschlagenen Forderung des Armenrechts handle es sich ja lediglich um einen einfachen Vorschlag, den man nicht annehmen brauche, wenn anderweitige Erfahrungen vorliegen. Aus der für die Verbandsbeamten errichteten Pensionskasse sollen auch unbeanternte Verbandsfunktionäre in Notfällen unterstützt werden, was beim Verein „Arbeiterpreste“ nicht möglich ist. Gegen Leber stelle er ausdrücklich fest, daß seine politische Tätigkeit keinen Hinderungsgrund der Anstellung gebildet habe. Auf die Tatsache an sich mußte der Vorstand aber aufmerksam machen. Leber sollte mit seiner Nichtbestätigung keine Kränkung erfahren. Im übrigen sei der Vorstand sehr glimpflich weggekommen.

Leibsig-Frankfurt als Vorsitzender des Ausschusses konstatiert kurz, daß der Ausschuss nicht als Gendarm des Vorstandes sich fühle, aber auf Jumehaltung der Beschüsse sehe. Eine Versicherung der Verbandsbeamten beim Verein „Arbeiterpreste“ empfehle sich schon wegen der Einheitslichkeit mit allen anderen Gewerkschaften.

Es wird nunmehr dem Kassierer der Hauptkasse, Werner, einstimmig Decharge erteilt. — Reichstags-Abgeordneter Geyer-Leipzig wohnt den Verhandlungen als Gast bei. — Bei der Abstimmung über die Anträge werden jene, welche die Anstellung weiterer Bezirksleiter wünschen, dem Vorstande zur Erledigung überwiesen. Einstimmige Annahme findet ein Antrag München, wonach eine Statistik über die Entwicklung der Tarifverträge aufgenommen und zum Selbstkostenpreise an die Mitglieder abgegeben werden soll. Der bereits signierte Solinger Antrag bezüglich der weiblichen Mitglieder wird in der Weise erledigt, daß überall dort, wo ein Bedürfnis wirklich vorliegt, der Vorstand selbstverständlich im Sinne des dortigen Antrages handeln wird, die schematische Erledigung aber wird vom Vorsitzenden des Verbandes für unzulässig erklärt. In der Verschmelzungsfrage der Sektionen wird dem Vorstande der passende Zeitpunkt überlassen.

Dann tritt die Mittagspause ein.

In der Nachmittags-sitzung wird die Beschlußfassung über die Anträge zum Vorstandsbericht fortgesetzt. Eine Reihe von Anträgen werden den Kommissionen überwiesen und zu anderen Tagesordnungspunkten zurückgestellt, werden daher nochmals den Verbandstag beschäftigen. Andere werden dem Vorstande zur Erledigung überwiesen, darunter ein solcher, der sich mit der Wahlkreis-einteilung befaßt. In bezug auf das Verhältnis des Metallarbeiter-Verbandes zu anderen Verbänden wird dem Vorstande empfohlen, mit den in der Metallindustrie in Frage kommenden Zentralvorständen zwecks der Mittelberst bei Streiks und Lohnbewegungen in Verbindung zu treten, um Einheitslichkeit in dieser Angelegenheit zu schaffen. Betreffs der Verschmelzungsfrage mit anderen Verbänden wird darauf hingewiesen, daß beispielweise der Verband der Werftarbeiter mit seinen etwa 3000 Mitgliedern dem Metallarbeiter-Verband wie ein Fleigewicht an den Füßen hänge. So hat man bei dem vorjährigen großen Werftarbeiterstreik mit 21 verschiedenen Organisationen zu rechnen gehabt. Eine derartige Zersplitterung kann der Arbeiterschaft unmöglich zum Segen gereichen. Dem Vorstande wird daher anheimgegeben, mit dem Vorstande der Schmiede, Werftarbeiter etc. zwecks Verschmelzung der Verbände in Verbindung zu treten. Das Generalversammlungs-Protokoll wird unter Ablehnung eines Antrages auf Verbilligung nach wie vor entsprechend dem Vorschlage des Vorsitzenden zum Selbstkostenpreise herausgegeben. Da es sich herausgestellt hat, daß der Zentralarbeitsnachweis der Feilenhauer seine Aufgabe als Organisationswaffe nicht erfüllt hat, wird derselbe eingezogen.

Die Anträge, das Verbandsorgan betreffend, welche vorher von der Beratung getrennt wurden, zeitigte nunmehr eine lebhaftere Diskussion. Redakteur Schermer-Stuttgart verbreitet sich in eingehender Weise über die Aufgaben des Fachorgans und die Schwierigkeit, den in den Anträgen niedergelegten verschiedenen Wünschen in gleicher Weise gerecht zu werden. In der Diskussion wird allgemein der hohe geistige Stand des Fachorgans anerkannt, doch wünscht man eine Verringerung der Diskussion mit den Hirsch-Dunderschen, welche sich dadurch nur sehr wichtig vornehmen. Ebenso möge man private Inserate einschränken oder gar nicht mehr aufnehmen, dafür aber wissenschaftliche oder fachtechnische Artikel bringen. Andere Anträge bezugl. Disziplinardredner verlangen die Herausgabe fachtechnischer Monatsbeilagen. Sämtliche zu diesem Teil des zweiten Punktes der Tagesordnung vorliegenden Anträge werden einer zu diesem Zwecke gewählten fünfgliederigen Kommission überwiesen. Damit ist der zweite Punkt der Tagesordnung erledigt.

Der dritte Punkt betrifft die Revision des Verbandsstatuts, wobei die Frage des Ausbaus des Unterstützungswezens, vor allem die geplante Einführung der Erwerbslosen-Unterstützung an Stelle der bisherigen Arbeitslosen-Unterstützung die Hauptrolle spielt. Da der hierzu vorgelegene Referent, das Vorstandsmitglied G. Reichel-Stuttgart, telegraphisch von der Generalversammlung abberufen wurde, übernimmt das Referat das Vorstandsmitglied R. Massatisch-Stuttgart, welcher in ausführlichen Darlegungen die Vorlage des Vorstandes dem Verbandstage zur Annahme empfiehlt, nachdem er kurz die Geschichte der Entwicklung des Verbands-Unterstützungswezens skizziert und gegenwärtig vorhandene Ungleichheiten des Unterstützungswezens zwischen Verheirateten und Ledigen erwiesen. Die alte War, daß durch den Ausbau des Unterstützungswezens der Kampfscharakter der Organisation verloren ginge, ist längst als unzutreffend erkannt. Die Vorlage des Vorstandes basiert auf einer Wahrscheinlichkeitsberechnung, wie sie auch zu anderen Zwecken aufgestellt und sich gut bewährt habe und empfiehlt:

1. Trennung des Reisegeldes von der Arbeitslosen-Unterstützung und Vereinigung desselben mit der Umzugs-Unterstützung, so daß beide Unterstützungen gegen einander aufgerechnet werden können. Festsetzung der Jahressumme für Reisegeld und Umzugsunterstützung auf 30 M. nach einjähriger, 35 M. nach zwei-, 40 M. nach drei-, 45 M. nach vier- und 50 M. nach fünfjähriger Mitgliedschaftsdauer. Festsetzung der Mindestentfernung bei Reisegeld und Umzugsunterstützung auf 25 Kilometer. Gewährung von Reisegeld in gleicher Weise wie die Umzugskosten in den Fällen, in denen ein nicht ortsnahes Mitglied außerhalb Arbeit angenommen hat, ihm aber die Mittel zur Reise fehlen, um die Arbeit rechtzeitig annehmen zu können.

2. Erweiterung der Arbeitslosenunterstützung zur Unterstützung bei vorübergehender Erwerbslosigkeit und Verlängerung der Bezugszeit derselben von zehn auf zwanzig Wochen im Jahre unter Beibehaltung der bisherigen Höhe.

3. Einführung eines Sterbegeldes an die Hinterbliebenen eines Mitgliedes.

4. Zur Durchführung dieser Erweiterung eine Erhöhung der Beiträge um 10 Pfennig für männliche und 5 Pfennig für weibliche Mitglieder.

Der Korreferent Otto Handke-Berlin beleuchtet die Frage von einer anderen Seite an der Hand eines reichhaltigen Materials, welches nach seiner Ansicht gegen die Einführung der Erwerbslosen-Unterstützung spricht. Er empfiehlt in Anbetracht der Tatsache, daß die Frage noch nicht spruchreif erscheint, die glatte Ablehnung der Vorstandsvorlage.

Der Andrang zur Wortmeldung ist bei der nunmehr erfolgenden Eröffnung der Diskussion in außerordentlich starker, und wird die Debatte so geführt, daß sie ein befriedigendes und dann ein Bekämpfer der Vorlage zum Worte gelangt. Wir werden morgen die leitenden Gesichtspunkte der Gegner und Freunde der Erwerbslosen-Unterstützung in gleicher Weise summarisch zur Kenntnis bringen. Schluß der Nachmittags-Sitzung 6 Uhr abends.

Leipzig, 15. Juni. (Privatdepesche.) Die Einführung der Erwerbslosen-Unterstützung wurde am Donnerstag nach lebhafter Debatte laut Vorstandsantrag in namentlicher Abstimmung mit 121 gegen 41 Stimmen beschlossen. Von den Berliner Delegierten stimmten 10 für, 27 gegen den Antrag. Die beantragte Urabstimmung wurde mit 114 gegen 46 Stimmen abgelehnt.

## Generalversammlung des Deutschen Werftarbeiter-Verbandes.

Dritte und vierte Sitzung.

Miel, den 11. Juni.

Als Gäste nahmen an den Verhandlungen die Genossen Schumann, als Vertreter der Generalkommission, und Paul Müller, Vorsitzender des Seemanns-Verbandes, teil.

### Rassenbericht.

Der Kassierer des Verbandes, Genosse Heinrichsen, erläuterte den gedruckt vorliegenden Rassenbericht, den wir am Eingange unseres Berichtes über diese Generalversammlung auszugsweise mitteilten. Von seiten des Vorstandes wird lebhaft Klage geführt, daß einzelne Verwaltungsstellen in statutenwidriger Weise Verbandsgelder verwenden. Die Generalversammlung kommt einstimmig zu der Ueberzeugung, daß diesem in Zukunft vorgebeugt werden muß. Betont wird im Verlauf der Debatte, daß der Verband im Vorderrunde, speziell im Elbgebiet, in der Berichtperiode erfreuliche Fortschritte gemacht hat.

### Bericht über die Presse

wird allgemein gewünscht, daß das Organ des Verbandes, „Der Werftarbeiter“, einen etwas frischeren Ton anschlagen möge. Getrennt war die Meinung darüber, ob im „Werftarbeiter“ mehr der berufliche oder der wirtschaftspolitische Stoff hervortreten soll. Allgemein gab man aber zu, daß bei dem geringen Umfange und der 14 tägigen Erscheinungsweise die Erwartungen nicht allzu hoch gespannt werden dürfen. Beschlüsse wurden hierüber nicht gefaßt. Damit war der Bericht des Vorstandes erledigt.

### Taktik bei Streiks.

Der Referent Genosse Dellerrich, Vorsitzender des Verbandes, äßt noch einmal alles, was wir schon gestern über die „wilden Bewegungen“, hervorgerufen durch das statutenwidrige Verhalten einiger Zahlstellen, berichtet haben, Revue passieren. Er verlangt kategorisch, daß man bei beabsichtigten Lohnbewegungen sich zunächst an den Vorstand wendet, diesen mit Material versieht, damit er in der Lage ist, die Forderungen zu präzisieren. Redner verurteilt es auf das schärfste, daß man dies bisher so oft unterließ. Man glaube genug getan zu haben, wenn man mit den auf der Werft in Frage kommenden anderen Gewerkschaften die Sache beraten hatte und nachträglich dem Vorstand Mitteilung machte und zwar so spät, daß ein erfolgreiches Vorgehen geradezu unmöglich gemacht worden war. Kartellvorsitzende, Berichterstatter der Presse und Gewerkschaftsvorstände laßt man zu Besprechungen ein, der Vorstand erfährt von der Sache erst, wenn es zu spät ist.

In der Debatte wird betont, daß nicht in allen Fällen so, wie es der Referent gewünscht hat, gehandelt werden kann. Die Kartelle, das müsse zugegeben werden, hätten bei Lohnbewegungen nichts dreinzubringen. Aber der Erfolg sei noch nicht gesichert, wenn der Zeitpunkt vom Vorstand für gekommen erachtet werde. Eine rechtzeitige Verständigung mit den in Betracht kommenden Gewerkschaften sei in den meisten Fällen unumgänglich notwendig. Die Debatte endet mit der Annahme einer Resolution, in der das Verhalten der betreffenden Zahlstellen aufs schärfste verurteilt und die Erwartung ausgesprochen wird, daß an maßgebender Stelle in Zukunft aus solchem Verhalten die Konsequenzen gezogen

werden. Im übrigen wird das Verhalten des Vorstandes als korrekt bezeichnet.

### Schutzkongreß der Werft-, Hafen- und seemannischen Arbeiter.

Infolge Heiserkeit des zu diesem Punkte bestimmten Referenten Genossen Dellerrich hatte Genosse Paul Müller, Vorsitzender des Seemannsverbandes, das Referat übernommen. Er betonte mit Nachdruck die Notwendigkeit solcher Kongresse. In einem Klassenstaate, wie es das „verrußte“ Preußen-Deutschland ist, haben die Behörden, die zur Anwendung der sozialen Gesetze eingesetzt sind, ihre vornehmste Aufgabe in der Wahrung der Interessen der Unternehmer erblickt. Die Arbeiter haben die Pflicht und Schuldigkeit, Einspruch auf die Anwendung der sozialen Gesetze zu gewinnen und zu protestieren. Es muß alles daran gesetzt werden, die elenden Verhältnisse, unter denen die in der Schiffsahrt sowie beim Schiffbau beschäftigten Arbeiter leiden, der breitesten Öffentlichkeit bekannt zu geben. Regierung und Gesetzgebung können nicht umhin, solchen Demonstrationen Beachtung zu zollen. — Zweckmäßig sei, einen solchen Kongreß nicht von einem einzelnen, sondern von allen in Schiffsahrt und im Schiffbau beschäftigten Berufsgruppen einzuberufen. Hierzu gehören die Werftarbeiter, Hafnarbeiter, Seeleute und zum nicht geringen Teil auch die Metallarbeiter. Es sei in Aussicht genommen, diesen Kongreß schon im Monat Dezember nach Berlin einzuberufen.

Die Generalversammlung beschließt nach etwa einstündiger Beratung, den Vorstand mit den nötigen Vollmachten zur Einberufung eines solchen Schutzkongresses auszustatten.

Im Anschluß hieran wird ein Antrag des Verbandskassierers, Genossen Heinrichsen angenommen, dahingehend, die auf der nächsten Generalversammlung eingeführte Unfallstatistik wieder aufzuheben, da sie brauchbares Material bislang nicht geliefert habe und der Vorstand gleichzeitig zu beauftragen, periodische Erhebungen zu veranstalten.

### Gewerkschaftskongreß.

Für diesen Bericht war ebenfalls der Genosse Dellerrich bestimmt. Unter den mitgeteilten Umständen hatte sich Genosse Schumann, Vertreter der Generalkommission, bereit erklärt, den Bericht zu erstatten. Der Referent stellt sich in allen Punkten auf den Boden der gefaßten Beschlüsse. Der Kongreß habe auch wohl die berechtigterweise an ihn zu stellenden Erwartungen erfüllt.

## Verband der Porzellan-Arbeiter.

Der größte Teil der Donnerstag-Sitzung wurde mit der Debatte über die Frage der Anstellung von besoldeten Bauleitern ausgefüllt. — Beschlossen wurde, daß für Thüringen ein Bauleiter probeweise anzustellen ist.

Zum Punkt „Agitation“ wurde ferner beschlossen: Die Generalversammlung beauftragt den Vorstand, die gewerkschaftlichen Institutionen: Sekretariate, Kartelle usw. für die Agitation in unserem Berufe in Anspruch zu nehmen. Die dadurch entstehenden Kosten sind dem Vorstand von vornherein bewilligt.

Der Vorstand wird ermächtigt, etwa innerhalb Jahresfrist eine weibliche Hilfskraft im Bureau anzustellen, sofern eine solche unter den Berufsgenossinnen gefunden wird, welche die nötigen Fähigkeiten besitzt oder erwerben kann, um später agitatorisch zu wirken. — Die sonst noch zu diesem Punkte angenommenen Anträge beziehen sich auf innere Verwaltungsangelegenheiten.

Nachdem dieser Punkt der Tagesordnung erledigt war, legte die Kommission, welche die Anträge zur obligatorischen Krankenunterstützung beraten hat, einen neuen Antrag vor. Derselbe setzt für die Unterstützungen sechs Beitragsstufen fest, zu 5, 10, 15, 20, 30, 40 Pfennig und gewährt dafür an Krankenzulassung pro Woche: 1,25, 2,50, 3,75, 5,00, 7,50, 10,00 M. Der Zuschuß wird gewährt nach einer Beitragsleistung von 52 Wochen bis zu 6 Wochen, nach 104 Wochen bis zu 10 Wochen, nach 156 Wochen bis zu 15 Wochen, nach 208 Wochen bis zu 20 Wochen, nach 260 Wochen bis zu 26 Wochen. Der Zuschuß wird vom vierten Krankentage an gezahlt. Die Wahl der Beitragsstufe ist allen Mitgliedern freigestellt. — An Sterbeunterstützung wird in den sechs Klassen gewährt: Nach einer Mitgliedschaft von 52 Wochen 5, 10, 15, 20, 30, 40 M.; nach einer Mitgliedschaft von 260 Wochen 7,50, 15, 22,50, 30, 45, 60 M. — Wöchnerinnenunterstützung wird gezahlt: In den ersten drei Beitragsklassen 10 M., in den drei höheren Beitragsklassen 15 M. —

Dieser Antrag der Kommission wurde in namentlicher Abstimmung mit 31 gegen 12 Stimmen angenommen und der Vorstand ermächtigt, den Zeitpunkt zu bestimmen, an dem die Unterstützungs-einrichtung in Kraft treten soll.

## Aus der Frauenbewegung.

In Teltow wurde am 13. Juni nach einem Referat der Frau Bäumer-Schöneberg ein Bildungsberein für Frauen und Mädchen gegründet und der provisorische Vorstand mit der Ausarbeitung der Statuten beauftragt.

## Aus Industrie und Handel.

### Der Zentralverband deutscher Konsumvereine im Jahre 1904.

Der nach dem bekannten Sach auf dem Genossenschaftstag in Kreuznach im Jahre 1903 in Dresden gegründete Zentralverband deutscher Konsumvereine hat sich während der kurzen Zeit seines Bestehens rapid entwickelt. Er repräsentiert in Deutschland die eigentliche systematische Konsumvereinebewegung. Das Sekretariat des Zentralverbandes hat soeben einen Rechenschaftsbericht auf das verlossene Jahr herausgegeben. Demnach gehörten Ende 1904 dem Zentralverband 760 einzelne Vereine an (die Zahl ist unterdessen auf 800 gestiegen), die insgesamt 649 588 Mitglieder hatten. Das ist eine Steigerung der Mitgliederzahl des Zentralverbandes um 74 139 gegen das Vorjahr. Die Zahl der beschäftigten Personen ist von 7021 auf 8281 gestiegen. Der Gesamtumsatz erhöhte sich von 176 456 540 auf 202 646 189 M. In eigener Produktion wurden für 17 092 086 M. Waren hergestellt. Das eigene Kapital erfuhr einen Zuwachs von 17 1/2 Millionen auf 19 1/2 Millionen Mark. Der Reingewinn betrug 16 1/2 Millionen Mark, wovon 14 914 000 M. an die Mitglieder zurückvergütet wurden. — Interessant ist eine Statistik über die Berufe der Mitglieder, die sich auf rund hunderttausend Personen erstreckt. Danach entfallen auf: Selbständige Gewerbetreibende 44 263, selbständige Landwirte 10 289, freie Berufe, Staats- und Gemeindebeamte 30 122, ohne bestimmten Beruf 36 376, Lohnarbeiter aller Art rund 374 000, weibliche Mitglieder 67 285. Bemerkenswert ist, daß die Zahl der letzteren um weit über das Doppelte stieg, während die Zahl der männlichen Mitglieder in der Gruppe der gegen Lohn und Gehalt beschäftigten sich entsprechend verringert. Diese Tatsache erklärt sich daraus, daß vielfach in Staats- und Gemeindebetrieben den Angestellten die Mitgliedschaft in einem Konsumverein verweigert wird und an ihrer Stelle die Frauen Mitglieder werden. So zeigt sich auch diese Gewaltmaßregel gegen die Konsumvereine im wesentlichen als ein Schlag ins Wasser. Das Rückgrat der Konsumvereinebewegung bilden die Lohnarbeiter, in dem einen Bezirk mehr, in dem anderen weniger.

Der Zentralverband teilt sich in sieben sogenannte Unterverbände, von denen der sächsische der weitaus stärkste ist. Er umfaßt nahezu ein Drittel aller Mitglieder des Zentralverbandes allein und der Umsatz seiner Vereine beträgt noch mehr als ein Drittel. Außerdem ist auch die Großeinkaufsgesellschaft in Hamburg Mitglied des Zentralverbandes. Produktivgenossenschaften gehören ihm 14 mit 3418 Mitgliedern an.

Der Mitgliederzahl nach umfaßt der Zentralverband deutscher Konsumvereine mehr als dreiviertel aller Mitglieder der eingetragenen Konsumvereine überhaupt. Die nächst größte Gruppe gehört dem Dr. Erigerens Allgemeinen Verbands an, und zwar 272 Vereine mit 248 000 Mitgliedern. Den größten Teil und auch den besten, hat der Allgemeine Verband seit Kreuznach verloren und an den neuen Zentralverband abgeben müssen. — Im Durchschnitt entfiel auf jedes Mitglied im letzten Jahre 25,85 M. Reingewinn, neben guten, preiswerten Waren der direkte materielle Vorteil der Mitglieder. Um der vielfach verbreiteten irrthümlichen Auffassung zu begegnen, daß die Konsumvereine keine Steuern zu zahlen brauchen, sei erwähnt, daß die Vereine des Zentralverbandes 1904 nicht weniger wie 1 330 000 M. Steuern an Staat und Gemeinde zu zahlen hatten. In Umsatz- oder anderen Sondersteuern liegt also wirklich kein Anlaß vor. Bemerkenswert ist auch, daß von dem erzielten Reingewinn 300 457 Mark zu gemeinnützigen und wohltätigen Zwecken gegeben wurden; das dritte Material für den Konsumvereinsübenden Professor S u s s l a n d in Halle sein.

Im übrigen gibt der Bericht bis ins Kleinste zahlenmäßige und andere Auskunft über die Entwicklung und den Stand der Konsumvereine des Zentralverbandes. Zahlreiche Tabellen geben besonders wertvolle geschäftliche Ueberblicke.

Schließlich sei noch erwähnt, daß der Zentralverband deutscher Konsumvereine eine eigene Verlagsanstalt betreibt. Dort erscheint das Fach- und Publikationsorgan, die „Konsumgen. Rundschau“ in einer Auflage von circa 6400. Das Blatt wird hauptsächlich von den Verwaltungen gelesen, teilweise auch den Angestellten geliefert. Außerdem erscheint ein Frauen-genossenschaftsblatt von Zeit zu Zeit in circa 146 000 Auflage. Das Blatt soll in Zukunft einen mehr genossenschaftlichen Charakter annehmen. Das erscheint allerdings sehr wünschenswert. Außerdem erscheint das Jahrbuch des Zentralverbandes in diesem Verlage, und von Zeit zu Zeit werden Propagandaschriften in Form sogenannter genossenschaftlicher Volksbücher herausgegeben; bisher erschienen deren sieben. Im übrigen ist dieser Verlag eine Zentralstelle für alle möglichen Drucksachen der Konsumvereine.

Der Bericht zeigt, daß in der Konsumvereinsbewegung reges Leben herrscht, und wenn sie sich in den gegebenen Grenzen hält, kann sie sicher noch recht Ersprießliches für die deutsche Arbeiterschaft neben der politischen und gewerkschaftlichen Organisation leisten.

Der schweizerische Außenhandel betrug im 1. Quartal 1905 299,06 gegen 297,41 Millionen Frank in der gleichen Zeit des Vorjahres in der Einfuhr und 229,29 bezw. 222,10 Millionen Frank in der Ausfuhr. Es sind demnach Einfuhr und Ausfuhr gestiegen.

## Eingegangene Druckschriften.

Zur Geschichte der deutschen Fabrikgesetzgebung. Der erste sozialpolitische Versuch in einem deutschen Parlament. Von J. B. Buh, badischer Landtags-Abgeordneter. 1837. Kammerverhandlung zu seiner Motion betreffend die Fabrikgesetzgebung. Vorwort von Ad. Ged., Beileitwort von A. Bedel. 41 Seiten. Preis 40 Pf. Verlag A. Ged. in Offenbach (Baden).

Preis Reininghaus. Gerechtigkeit und wirksamen Rechtsschutz schaffen das schweizerische Zivilgesetz für die außereheliche Mutter und ihr Kind. Zürich. Kommissionsverlag Orell Böhli.

Zibonice Grünwald-Verfasser. Wie verheiratet man mittellose Mädchen? Wien. R. A. Universitäts-Buchhandlung Georg Szelinski.

G. J. L. Touristen-Wademecum. Wien. R. A. Universitäts-Buchhandlung Georg Szelinski.

Großhandelsdokumente. Albert Weidner: Aus den Tiefen der Berliner Arbeiterbewegung. Berlin und Leipzig. Fern. Seemann Nachf., G. m. b. H.

H. D. Die gelbe und die staatliche Gefahr. 34 Seiten. Preis 1 M. Verlag Gole u. Tscholl, Berlin, Belle-Alliancestr. 1.

Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit der Verbandsorgane nebst Rechnung pro 1904 der schweizerischen Konsumvereine. 38 Seiten. Buchdrucker G. Krebs, Basel, Bismarckstr. 1.

Was muß der Arzt von der Naturheilermethode wissen? Von Dr. med. Siegelroth. Berlin S. 59. Verlag des Naturarzte. 50 Pf.

Die Neue Gesellschaft. Heft 11. Verlag der Neuen Gesellschaft, Berlin W. 35. Einzelheft 10 Pf. Vierteljährlich 1,20 M.

H. Waack. Fachwissenschaftliches aus der Zeitschrift. 40 Seiten. Preis 50 Pf. Verlag H. Waack, Kolberg, Wänderstr. 19.

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine im Jahre 1904. 136 Seiten. Preis 1 M. Verlag Zentralverband deutscher Konsumvereine, Heinrich Kaufmann u. Co., Hamburg.

Monatschrift des Deutsch-Brasilianischen Vereins. Heft 5. Geschäftsstelle Bismarckstr. Berlin, Kaiser-Allee 150.

Dr. G. Liebe. „Werde gesund!“ Zeitschrift für Volksgesundheitspflege und Krankenverbesserung. Heft 6. Monatlich ein Heft. Preis vierteljährlich 75 Pf. Verlag Th. Krefische, Universitäts-Buchhandlung, Erlangen.

Lösung der sozialen Frage. Auf an der Arbeiter. Von J. B. Leipzig-Berlin. Modernes Verlagsbureau C. W. G. G.

„Mutterkorn“, Zeitschrift zur Reform der jetzigen Welt. Herausgegeben von Dr. phil. Helene Eißler. Sauerländer Verlag, Frankfurt a. Main.

Hermann Gumbner. Ferdinand Lassalle. Leipzig. D. A. Ludwig Degener.

J. J. Ritter v. Buh. Zur Geschichte der deutschen Fabrikgesetzgebung. Erste sozialpolitische Heft in einem deutschen Parlament im Jahre 1837. 47 Seiten. Preis 40 Pf. Verlag Adolf Ged. Offenbach.

H. Petrowic. Der russische Umsturz und die Sozialdemokratie. 84 Seiten. Preis 2 M. Verlag Hermann Bolther, G. m. b. H., Berlin, Kommandantenstr. 14.

Ernst Hädel. Der Kampf um den Entwicklungsgedanken. Drei Vorträge. 112 Seiten. Preis 2 M., gebunden 2,50 M. Verlag Georg Reimer, Berlin, Lühnowstr. 107/108.

Friedrich Ransen. Norwegen und die Union mit Schweden. 71 Seiten. Verlag J. A. Brodhaus, Leipzig.

Vierter Jahresbericht der Kartellkommission der Gewerkschaften in Köln a. Rh. über das Jahr 1904 nebst Bericht des Arbeitsekretariats in Köln 1904. 96 Seiten. Preis 20 Pf. Verlag „Rheinische Zeitung“, Köln.

Mazedonien. Eine militärpolitische Studie. 29 Seiten. Preis 1 M. Verlag L. B. Seidel u. Sohn, Wien 1905.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.  
Zweigverein Berlin.  
Sektion d. Gips- u. Zementbranche.  
**Nachruf.**  
Den Kollegen zur Nachrich, daß unser Mitglied, der Rahlspammer  
**Karl Brackrack**  
am 9. Juni am Herzschlag verstorben ist und am 12. Juni cr. zur letzten Ruhe gebettet wurde.  
Ehre seinem Andenken!  
Der Sektionsvorstand.

Für die so überaus zahlreiche Beteiligung und die schönen Blumen-spenden bei der Beerdigung unseres guten Sohnes, Bruders und Schwagers  
**Franz Gale**  
sage ich allen lieben Freunden und Bekannten meinen tiefgefühltesten Dank.  
Herzlichen Dank auch seinen Kollegen vom Bau, dem Verband deutscher Zimmerer, dem Sparverein „Vorwärts“, den Komiliten des „Paradieses“, sowie auch dem Gesangsverein „Bodesta“ für seinen erhabenen Gesang.  
2412b  
**Paul Gale**  
im Namen der trauernden Hinterbliebenen.

**Dauflagung.**  
Allen lieben Freunden und Bekannten, insbesondere der Vereinigung der Maler etc. und dem 708. Bezirk des Wahlkreises des 6. Kreises für die roge Beteiligung und den zahlreichen Straußenspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes meinen herzlichsten Dank.  
35032  
Die trauernde Witwe **Schulz**,  
Gropiusstr. 4.

**Kranz- u. Blumenbinderei**  
von H. Eckert,  
98. Rottbuser Damm 98. •  
Koh-Tabak  
Tempelstr. 3,  
**E. Nauen**, a. d. Schwedterstraße

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

**Freitag, den 16. Juni.**  
Anfang 7 1/2 Uhr:  
**Opernhaus.** Romeo und Julia.  
**Neues Opernhaus.** Jung-Heidelberg.  
**Berliner. All.** Deutsches. Der Vielgeprüfte.  
Anfang 8 Uhr:  
**Westen.** Der Strohhalber.  
**Neues.** Der Familientag.  
**Thalia.** Die Hahnen.  
**Reidens.** Die Frau im Fenster.  
**Schiller O.** (Wallner-Theater.) Die Logenbrüder.  
**Schiller N.** (Friedrich Wilhelm-Häufiges Theater.) Das Heiratsnest.  
**Central.** Mt-Heidelberg.  
**Kleines.** Salome.  
**National.** Frigo.  
**Zustspielhaus.** Biederleute.  
**Carl Weich.** Wahre Liebe.  
**Welle-Alliance.** Madame Tip-Top.  
**Reichshallen.** Stettiner Sängere-Spezialitäten.  
**Herrfeld-Theater.** Winter-Tymian-Sänger.  
**Apollo.** Am Hochzeitsabend. - Spezialitäten.  
**Wintergarten.** Harry Allister. - Spezialitäten.  
**Passage-Theater.** General-Konful.  
**Jean Paul.** - Spezialitäten.  
**Metropol.** Die Herren von Maxim.  
**Urania.** Taubenstr. 48/49.  
**Der Simphon und sein Gebiet.**  
**Jubiläumstr. 57/62.** Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

**Neues Theater.**  
Ensemble-Gastspiel d. Lustspielhauses.  
Sommerpreise.  
Täglich:  
**Der Familientag.**  
Anfang 8 Uhr:

**Kleines Theater**  
Anfang 8 Uhr.  
**Salome.**  
Sonnabend: Nachtsyl.  
Sonntag: Des Pastors Rieks.  
Montag: Salome.

**Neues kgl. Opern-Theater**  
(Kroll).  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Jung-Heidelberg.**  
Sonnabend u. folgende Tage:  
**Jung-Heidelberg.**  
Im Garten täglich:  
**Großes Militär-Konzert.**

**Apollo-Theater.**  
10 bis 10 1/2 Uhr:  
Ununterbrochenes, stürmisch. Lachen über:  
**Ein Abend in einem amerik. Cingel-Cangel.**  
Dazu: Hochzeitsabend v. Paul Linde und die Juni-Spezialitäten.  
Ab 7 1/2 Uhr: Garten-Konzert.

**Metropol-Theater**  
Der größte Erfolg der Saison!  
Zum 222. Male:  
**Die Herren von Maxim.**  
Große Ausstattungssosse mit Gesang und Ballett in 5 Bildern.  
Anf. 8 Uhr. Rauchen gestattet.

**Residenz-Theater.**  
Lehtes  
Gastspiel von Frau Albertino Zehmo.  
Anfang 8 Uhr.  
**Laboremus.**  
Drama in 3 Akten von D. Björnson.  
Vorher:  
**Die Frau im Fenster.**  
Dramatisches Gedicht von Hugo v. Hoffmannsthal.

**Lustspielhaus.**  
Abends 8 Uhr:  
**Biederleute.**  
Sonnabend zum erstenmal: Kyritz-Pyritz. Sonntag u. Montag: Kyritz-Pyritz. Sommerpreise.

**Bernhard Rose-Theater**  
Gesundbrunnen, Badstraße 56.  
Täglich  
**Die Loreley.**  
Sensations-Kunststück in Ges. und Tanz in 5 Akten.  
Außerdem:  
**Paul Coradini. || Marka Freya.**  
Seiffmann u. Puch x Ormay Duett-Johnke Compagnie.  
Anf. 4 1/2 Uhr. Entree 30, Opern. 50 Pf.  
Saisonkarten haben Gültigkeit.

**Urania, Taubenstr. 48/49.**  
8 Uhr:  
**Der Simphon und sein Gebiet.**

**Sternwarte** Invalidenstr. 57/62.  
**P. CASTAN'S PANOPTICUM.**  
Friedrichstr. 165.  
Kronprinz Wilhelm  
Kronprinzessin Ceclie.  
Neu! **Roschdjestwensky,**  
der russische Admiral.  
**Mlle. Vallée,** d. 16-jährige  
armlose Fußkünstlerin.

**POMPEJI**  
täglich  
Concert 7, Vorstell. 8 1/2 Uhr  
**KURFÜRSTENDAMM**  
Preise der Plätze von 50 Pf. bis 5 Mk.

**ZOOLOGISCHER GARTEN**  
Täglich nachm. 5 Uhr:  
**Militär-Doppel-Konzert.**  
Eintritt 1 Mk., ab 6 Uhr 50 Pf.  
Kinder unt. 10 Jahren d. Hälfte.

**Carl Weiß-Theater.**  
Gr. Frankfurterstr. 132.  
**Wahre Liebe.**  
Schauspiel in 5 Akten u. einem Vorspiel (2 Bilder) von Marg. S. a. h. r.  
Anfang 8 Uhr.  
Morgen: Dieselbe Vorstellung.  
Im Sommergarten: Gr. neues Juni-Programm. U. a.: Internationales Damen-Adrecom und Eugen Milardo, der Hühner d. Ostens. Theater u. Konzert. Anfang 8 Uhr.

**W. Noacks Theater.**  
Direktion: Rob. Dill. Baumstr. 16.  
**Schönrröschchen**  
aus dem Scheunenviertel.  
Bilder aus dem Berliner Volksleben.  
Karl Groth! Opernduet Komaromy!  
Annie Schrader. Fischer. Franconi.  
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.

**Prater-Theater**  
Kastanien-Allee 7-9.  
Täglich:  
Zwischen Himmel und Erde.  
Gr. romantisch. Kunstausstellung.  
Neue Dekorationen und Kostüme.  
Eine schreckliche Nacht.  
Große Pantomime der Guitano Pholtes Troupe.  
Im Saale: **Großer Ball.**  
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.  
Numerierter Platz 50 Pf.

**Diez' Spezialitäten-Theater.**  
Landsberger Allee 76/79.  
direkt an der Ringbahnstation, bequeme  
Zugbelegenheit n. all. Stadtrichtungen.  
Ob schön! Ob Regen!  
Täglich  
im herrlichen Garten oder Saal:  
**Konzert u. Vorstellung.**  
Das größte und beste Programm  
Berlins.  
40 erstklassige Nummern.  
Clown Steffi mit seinem kostbaren,  
losen Ueber-Richas: Bonanz, Gel,  
Schwein und Dogge. Atlantic Pauli-  
Trio mit ihren untopfbarbaren Orig-  
Triad. - The Biston, Pantomime:  
Das überfüllte Hotel.  
Syff Syff  
Die Entstehung zweier Damen aus  
dem Nichts sowie neu die mysteriöse  
Döngematte.  
Original Molly Verch, Lilly Duran.  
Original Robert u. Bertram. Original  
Kessert-Stange  
und viele Kunstkapazitäten.  
Volksbelustigungen aller Art.  
Entree 30 Pf. Jeder Erwachsene hat  
das Recht, ein Kind unter 10 Jahren  
frei einzuführen, ältere Kinder zahlen  
halben Eintrittspreis.

**Diez' Seeterrasse Lichtenberg,**  
Röderstr. 6.  
Jeden Sonntag, Dienstag u. Freitag:  
**Großes Militär-Konzert.**  
Turmschützen. Land-  
und Wasser-Feuwerk.  
Erstl. Spezialitäten-Vorstellung.  
Aegidius Diez.

**Wintergarten**  
Harry Allister, Mimiker.  
Damm Bros., komische Akrobaten.  
Lucy Nanan, französische Sängerin.  
Alexandrov, russische Tanz- und  
Gesangsgruppe.  
Mason u. Forbes, kom. Excentrics.  
La belle Olerita, spanische Tänzerin.  
A. W. Asra, Billard-Jongleur.  
Philadelphia, Elefant und Affen.  
Keno Weich Montross, Akrobaten.  
Mlle. Lo, lebende Bilder.  
Die 4 Waisons, Turner.  
Bogdan-Truppe, militärische Exer-  
zitionen mit Gesang.  
Biograph.

**Schiller-Theater** Friedrich-Wilhelm-  
Häufiges Theater.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Die Logenbrüder.**  
Schwan in 3 Akten von Carl Laufs  
und Curt Kraack.  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
Eröffnung der Moritz-Dyer.  
Sam 10. Male: Der polnische Jude.  
Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
**Oberon, König der Elfen.**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
Der Trompeter von Säckingen.  
Freitag abends 8 Uhr:  
**Das Heiratsnest.**  
Lustspiel in 3 Akten v. Gustav Davis.  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
Zum erstenmal: **Hofgunst.**  
Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
**Die Haubenlerche.**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Hofgunst.**  
Im Garten tägl.: Gr. Militär-Konzert.

**Passage-Theater.**  
Anfang nachm. 5, abends 8 Uhr.  
**Die 4 1/2 jährige**  
Schauspielerin und Sängerin  
Angelika Walter  
und das glänzende Juni-Programm.

**Passage-Panopticum.**  
Der Mensch mit dem Vogelkopf.  
Der Muskelmensch.  
Aga  
die schwebende Jungfrau.

**Max Kliens Sommer-Theater**  
Hasenheide 13-15. Künstliche Leitung: Paul Milbitz.  
Täglich: Gr. Konzert, Theater und  
Spezialitäten-Vorstellung.  
Jeden Donnerstag: **Stille-Tag.**  
Fernsprecher IV. 8891. Max Kliem.

**Reederei Nobiling.**  
Am Sonnabend, den 17. Juni 1905:  
**Gr. Mondscheinfahrt mit Musik.**  
nach dem romantischen „Wirtshaus Loreley“.  
Nach der Ankunft Garten-Konzert und Ball.  
Abfahrt u. 9 Uhr abends Restaur. z. Schultheiß (Jannowitz-  
Brücke).  
Hin und zurück nur 50 Pf. Rückfahrt ev. 1 Uhr nachts.

Am Sonntag, den 18. Juni cr.: **Gr. Promenadenfahrt**  
auf dem Müggelsee mit Kaffeepause im Seeschlößchen.  
Abfahrt um 2 1/2 Uhr mittags, hin und zurück 75 Pf.  
Tägliche billige Sonderfahrten nach verschiedenen Orten der  
Obersee. Abfahrt 2 1/2 Uhr. Preis 50 Pf., Kinder 25 Pf. 24068

**Fröbels Allerlei-Theater**  
(früher Kublmann)  
Schönhauser Allee Nr. 148.  
Täglich  
**Großes Garten-Konzert.**  
Theater, Spezialitäten.  
20 erstklassige Nummern 20.  
Arbeit schändet nicht,  
Vollständigt in 3 Akten.  
Anfang 4 1/2 Uhr.

**Schweizer-Garten.**  
Am Königstor. Am Friedrichshain.  
Täglich  
**Theater-Vorstellung**  
◆ Neue Spezialitäten. ◆  
Volksbelustigungen.  
Zum Schluss:  
**Der Ballett-Dufl.**  
Große Vokale mit Gesang in 2 Ab-  
teilungen von D. Busse.

**Reichshallen.**  
Stettiner Sängere.  
Unsere süßen  
Dienstmädel.  
Bestenfalls von Weisel.  
Anf. 8 Uhr.  
Sonntags  
7 Uhr.

**Victoria-Brauerei**  
Lützowstr. 111/112.  
Täglich:  
**Horst's Sängere.**  
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

**Die weltbekannte Bettfedern-fabrik**  
Gustav Busse, Berlin...  
Kaufstr. 46, vertritt gegen Rücknahme  
garant. neue Bettfedern d. Bld. 50 Pf.,  
diesjährige halbdunen d. Bld. 22.125,  
bessere halbdunen d. Bld. 22.175,  
vorigjährige Dunen d. Bld. 22.225.  
Den diesen Dunen genügen  
3 bis 4 Pfund zum großen Überdill.  
Verpackung frei. Preis u. Beden  
gratis. Jede Anrechnungsfähig.

**Ostbahn-Park.**  
Am Küstrinorplatz, Rüdersdorferstr. 71.  
**Hermann Imbs.**  
Täglich:  
**Gr. Konzert, Theater**  
und **Spezialitäten-**  
**Vorstellung.**  
Entree 15 Pf., wofür ein Glas Bier  
verabreicht wird, also kein Entree.

**Abnormitäten-Ausstellung**  
Königsstr. 16.  
Täglich: Das neue Riesen-  
Der 18-jährige Muskelkönig Fred  
Roller. Das größte Wunder der  
Anatomie, zum erstenmal in  
Berlin. Mit Anita, total taubblinde  
Schönheit. Mister Kaplano, der  
berühmte taubstumme Schnell-  
zeichner. Erich v. Danzer, der  
amüsanste Jambertänstler m. neuest.  
Tulds. Klein Hans, 485 Pfund  
schwer, schwerste Dame, die je gelebt.  
Entree 20 Pf.

**Victoria-Brauerei**  
Lützowstr. 111/112.  
Täglich:  
**Horst's Sängere.**  
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

**Reichshallen.**  
Stettiner Sängere.  
Unsere süßen  
Dienstmädel.  
Bestenfalls von Weisel.  
Anf. 8 Uhr.  
Sonntags  
7 Uhr.

**Ostbahn-Park.**  
Am Küstrinorplatz, Rüdersdorferstr. 71.  
**Hermann Imbs.**  
Täglich:  
**Gr. Konzert, Theater**  
und **Spezialitäten-**  
**Vorstellung.**  
Entree 15 Pf., wofür ein Glas Bier  
verabreicht wird, also kein Entree.

**Victoria-Brauerei**  
Lützowstr. 111/112.  
Täglich:  
**Horst's Sängere.**  
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

**Reichshallen.**  
Stettiner Sängere.  
Unsere süßen  
Dienstmädel.  
Bestenfalls von Weisel.  
Anf. 8 Uhr.  
Sonntags  
7 Uhr.

**Ostbahn-Park.**  
Am Küstrinorplatz, Rüdersdorferstr. 71.  
**Hermann Imbs.**  
Täglich:  
**Gr. Konzert, Theater**  
und **Spezialitäten-**  
**Vorstellung.**  
Entree 15 Pf., wofür ein Glas Bier  
verabreicht wird, also kein Entree.

**Victoria-Brauerei**  
Lützowstr. 111/112.  
Täglich:  
**Horst's Sängere.**  
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

**Reichshallen.**  
Stettiner Sängere.  
Unsere süßen  
Dienstmädel.  
Bestenfalls von Weisel.  
Anf. 8 Uhr.  
Sonntags  
7 Uhr.

**Ostbahn-Park.**  
Am Küstrinorplatz, Rüdersdorferstr. 71.  
**Hermann Imbs.**  
Täglich:  
**Gr. Konzert, Theater**  
und **Spezialitäten-**  
**Vorstellung.**  
Entree 15 Pf., wofür ein Glas Bier  
verabreicht wird, also kein Entree.

**Victoria-Brauerei**  
Lützowstr. 111/112.  
Täglich:  
**Horst's Sängere.**  
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

**Reichshallen.**  
Stettiner Sängere.  
Unsere süßen  
Dienstmädel.  
Bestenfalls von Weisel.  
Anf. 8 Uhr.  
Sonntags  
7 Uhr.

**Ostbahn-Park.**  
Am Küstrinorplatz, Rüdersdorferstr. 71.  
**Hermann Imbs.**  
Täglich:  
**Gr. Konzert, Theater**  
und **Spezialitäten-**  
**Vorstellung.**  
Entree 15 Pf., wofür ein Glas Bier  
verabreicht wird, also kein Entree.

**Victoria-Brauerei**  
Lützowstr. 111/112.  
Täglich:  
**Horst's Sängere.**  
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

**Reichshallen.**  
Stettiner Sängere.  
Unsere süßen  
Dienstmädel.  
Bestenfalls von Weisel.  
Anf. 8 Uhr.  
Sonntags  
7 Uhr.

**Ostbahn-Park.**  
Am Küstrinorplatz, Rüdersdorferstr. 71.  
**Hermann Imbs.**  
Täglich:  
**Gr. Konzert, Theater**  
und **Spezialitäten-**  
**Vorstellung.**  
Entree 15 Pf., wofür ein Glas Bier  
verabreicht wird, also kein Entree.

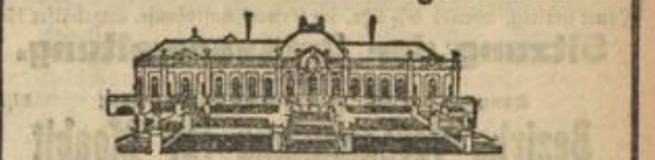
**Victoria-Brauerei**  
Lützowstr. 111/112.  
Täglich:  
**Horst's Sängere.**  
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

**Reichshallen.**  
Stettiner Sängere.  
Unsere süßen  
Dienstmädel.  
Bestenfalls von Weisel.  
Anf. 8 Uhr.  
Sonntags  
7 Uhr.

**Ostbahn-Park.**  
Am Küstrinorplatz, Rüdersdorferstr. 71.  
**Hermann Imbs.**  
Täglich:  
**Gr. Konzert, Theater**  
und **Spezialitäten-**  
**Vorstellung.**  
Entree 15 Pf., wofür ein Glas Bier  
verabreicht wird, also kein Entree.

**Victoria-Brauerei**  
Lützowstr. 111/112.  
Täglich:  
**Horst's Sängere.**  
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

**Landes-Ausstellungs-Park.**



**Täglich: Doppel-Konzert**  
Dejeuners von Mk. 2,50 an bis 2 Uhr nachm.  
Diners von 3 Mk., Soupers von 4 Mk. an.  
Neuerbaute Festhalle, Café u. Konditorei,  
gedeckte Gartenhallen, Fontaine lumineuse.

**Beelitzhof.**  
Die Lokale „Wilhelmshöhe“ und „Kastanienwäldchen“  
Inhaber: Fritz Katzorke  
sind jetzt für die Arbeiterkassette frei! und sind zu Aus-  
flügen bestens empfohlen. 33842\*

**Blitz-Schnell**  
kommt man mit der Hochbahn bei Weingarten, Gitschinerstr. 72,  
Station im Hause. Empfiehlt:  
1 Posten Monats-Anzüge, 1 Posten Monats-Paletots,  
1 Posten Monats-Beinkleider zu staunend billigen Preisen,  
auch für torpulenten Herren passend.  
Dieselben sind von seinen Kavaliere und Reisenden, die nur einen  
Monat ihre Garderobe tragen. 29412\*  
Fahrgeld wird vergütet. \* Bitte auf Hausnummer zu achten.

**Prosit! Böhmisches Brauhaus.**  
BERLIN



Empfehlen unser helles u. dunkles  
**Tafelbier:**  
Gambrinusbräu (Münchener)  
Nepomukbräu (Pilsener)  
**Böhmisches Brauhaus NO.**  
Fass-Abteilung: Landsberger Allee 11/13. T. VII. 5008.  
Flaschen- " Frieden-Strasse 93. T. VII. 1670.  
Unsere Original-Abzug-Flaschenbiere in fast allen  
Kolonialwaren-Handlungen. 1732L\*

**1 Los nur 1/2 M.**  
Ziehung am 27. Juni 1905  
**Stettiner**  
**Pferde-**  
**Lotterie**  
4304 Gewinne, W. Mark:  
**135 000**  
Hauptgewinne:  
7 kompl. bespannte Equipagen,  
110 Reit- und Wagenpferde, Wert:  
**113 000**  
4200 stib. Gewinne, W. M.:  
**22 000**  
Lose à 50 Pf., Paris und Lise 20 Pf.,  
11 Lose einschließlich Porto a. Liste  
nur 5 Mk., empfiehlt das General-Debit  
**Carl Heintze,**  
Berlin W., Unter den Linden 3.

**Diese Woche**  
täglich bis 9 Uhr abends,  
Sonntag 8-10 und 12-2 Uhr  
relangen wieder zum Verkauf  
Tausende elegante enorm  
**billige**  
aus feinsten Manstoffem  
gefertigte, moderne, letzte  
Saison zurückgesetzte  
nur hochvernehmliche Herren-  
**Anzüge**  
deren sonstiger Massepreis  
40-70 M. ist, jetzt 18-30 M.  
Gebrockenheit jetzt 21-40 M.  
Herren-Hosen jetzt 7-12 M.  
**Deutsches Versandhaus**  
Jägerstr. 63, 1 Trepp.  
Firma und Nummer achten

**Mottenfraß**  
ist vollkommen unmöglich bei  
Verwendung von Reichels Spezial-  
Mottenpulver à 50 und 100,  
Pfund 3.00 u. Reichels Motten-  
tinktur à 75, 1.50 u. 2.50. Diese  
seit Jahren durch ihre sichere Wirkung  
bekanntesten Mittel treiben jede Motte  
aus und töten die Waben.  
Otto Reichel, Berlin 43, Eichenstr. 4.  
Lieferant für Krone u. Marine.  
Hier frei Haus. Versand nach auswärts.  
Tel. N. IV. 640, 3190, 4562.

**J. Baer**  
Ecke  
Badstr. 26, Prinz-Allee  
Herren- und Knaben-  
Moden-Berufskleidung.  
Elegante Einsegnungs-  
Anzüge.  
Großes Lager in- und  
ausländischer Stoffe  
zur Anfertigung nach Maß.  
Allerbilligste, streng feste Preise.  
Elektromotor-Anlagen. Ingenieur  
J. Freund Jr., Gitschinerstr. 106a.

**Kinderwagen-Bazar „Baby“.**  
Größtes Spezialhaus  
für 32742\*

**Kinderwagen u. Sportwagen.**  
Metallbettstellen  
auch für Erwachsene.

Allerbilligste Kassapreise, auch bei größeren  
Ratenzahlungen.

1. Lager: Invalidenstr. 160, an der Brunnenstraße.  
2. " Brunnenstr. 92, an der Rügenstraße.  
3. " Reinickendorferstr. 20 Nummer achten.  
4. " Bunsenstr. 18, an der Turmstraße.  
5. " Belle-Alliancestr. 107, am Halleisch. Tor.  
6. " Tauenzienstr. 7a, an der Rittenbergerstraße.  
7. " Oranienstr. 31, an der Waldbergstraße.  
8. " Frankfurterstr. 115, a. d. Andreestraße.  
9. " Spandau, Havelstr. 20.

12.00, 15.00, 18.00, 22.50-30.00.



Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Das Lokal von Schulz, Birkenwerder, steht der Arbeiterschaft jetzt zu Versammlungen zc. zur Verfügung. Die Lokalkommission.

Berliner Nachrichten.

Vom deutschen Arbeiter-Abstinenztag

In der Sitzung vom Dienstag, die früh um 8 Uhr begann, wurden zunächst ein paar Resolutionen der Ortsgruppe Wiesbaden vorgelegt. Debattelos wurde angenommen:

In Anbetracht, daß der Alkoholgenuss während der Arbeit als Mißbrauch aufzufassen ist (s. „Correspondenzbl.“ S. 733, Jahrgang 1904) und als solcher entgegenwärtigen diese Unfälle im Gefolge hat, fordert die diesjährige Generalversammlung des D. A. A. B. alle Arbeiter-Abstinenzten dringend auf, in ihren Gewerkschaften dahin zu wirken, daß der Alkoholgenuss während der Arbeit mit der Zeit gänzlich beseitigt wird; desgleichen sollte ein diesbezüglicher Passus in den Vorschriften zur Verhütung von Krankheiten ebenso wenig fehlen wie in den berufsgenossenschaftlichen Vorschriften zur Verhütung der Unfälle.

Angenommen wurde ferner:

Im Hinblick, daß die heute herrschenden Trinksitten eine ernste Gefahr der immer weiteren Ausbreitung des Alkoholismus in sich bergen, empfiehlt die diesjährige Generalversammlung des D. A. A. B. allen Arbeiter-Abstinenzten, mit aller Energie in den Sitzungen und Versammlungen ihrer Organisationen sowie auf den Arbeiterfesten und bei Streiks dahin zu wirken, daß mit der Zeit die alkoholischen Getränke durch alkoholfreie ersetzt werden, wie dies auf dem diesjährigen Verbandstage der Maurer rühmlichst gehandhabt worden ist. Des Weiteren ist seitens unserer Mitglieder nachdrücklich dahin zu wirken, daß die Kinder und Lehrlinge seitens älterer Personen niemals zum Trunk verleitet werden.

In der Debatte war darauf hingewiesen worden, daß im letzten Bergarbeiterstreik die Alkoholenthaltung wohlthätig gewirkt habe, so wie darauf, daß der Widerwille vieler Frauen gegen den Besuchsbesuch der Männer schwinden werde, wenn man alkoholfreie Getränke einführe.

Dem Bericht des Genossen Störmer-Wiesbaden über die Stellung der Parteipresse zur Alkoholfrage wurde mit Spannung entgegengelesen. Störmer ist der Senior der Delegierten, ein ehemaliger Seemann, trotz seiner grauen Haare ein leidenschaftlicher Draufgänger — erregbar wie Draufselimonade. Er geriet die Parteipresse so schonungslos, daß die Versammlung beschloß, sein Reserat als Broschüre zu verbreiten. Drostisch war seine Widerlegung der Ansicht, daß der Arbeiter oft nur den Kerger trinken wolle, den er in seiner Arbeit gehabt habe. Die Frau habe wohl keinen Kerger? Die habe obendrein noch den Kerger über den vor Kerger trinkenden Mann, und sie trinke dennoch nicht! Angenommen wurde schließlich folgende Resolution der Wiesbadener:

In Erwägung, daß der D. A. A. B. bei seiner Gründung in Bremen es sich zur Aufgabe gemacht hat, das auf die Alkoholfrage bezügliche Material der gesamten Arbeiterschaft Deutschlands zugänglich zu machen, und in weiterer Erwägung, daß der vorjährige Parteitag in Bremen alle Parteigenossen und insbesondere alle Parteizeitungen aufforderte, mehr als bisher die Arbeiter auf die Gefahren des Alkoholgenusses aufmerksam zu machen, fordert die diesjährige Generalversammlung des D. A. A. B. alle Arbeiter-Abstinenzten auf das nachdrücklichste auf, nunmehr ihrerseits durch Wort und Schrift in den Versammlungen und Zeitungen auch dafür zu sorgen, daß diese Beschlüsse noch mehr als bisher in die Tat umgesetzt werden. (Hat doch auch das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission auf S. 678 Jahrg. 1904 der Meinung Ausdruck gegeben, daß der Alkoholismus ein ernstes Hindernis für die Hebung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter bildet.)

Über das neue Statut, dessen Entwurf in der Nachtigung vom Montag nach einer ersten Lesung an eine Kommission überwiesen worden war, berichtete Genosse Reumann, Gauleiter in Hamburg. Nach nochmaliger gründlichster Debatte wurde es fast einstimmig angenommen. Dagegen stimmte nur ein Delegierter, und zwar deshalb, weil seine Anregung, den Arbeitern zunächst noch das „Braunbier“ freizugeben, keinen Beifall gefunden hatte. Ausgeschlossen sind übrigens auch Ölschweine. Nach landläufiger Ansicht gelten sie als harmlos, aber Kenner behaupten das Gegenteil.

In dem Statut ist die Organisation in Ortsgruppen beibehalten, aber strenger durchgeführt; das war nötig gegenüber der Agitation, die z. B. die Guttempler entfalten. Der Klassencharakter des D. A. A. B., dessen Mitglieder, soweit zugänglich, einer modernen Arbeiterorganisation angehören müssen, kommt überall zu deutlichem Ausdruck. Bemerkenswert in dieser Hinsicht ist die von verschiedenen Rednern zu den verschiedensten Beratungsgegenständen dieser Generalversammlung immer wieder abgegebene Versicherung, daß man sich zu allererst als Sozialdemokrat fühle. Es wurde rund heraus erklärt: „Uns ist ein sozialdemokratischer Trinker immer noch lieber als ein abstinenter Reaktionsär.“ Begründet wird das mit der nicht ganz bedenkenlosen Ansicht, daß eher ein sozialdemokratischer Trinker in einen Abstinenzten als ein abstinenter Reaktionsär in einen Sozialdemokraten umzuwandeln sei.

Der Sitz des Bundesvorstandes wird künftig nicht mehr Berlin, sondern Hamburg-Altona sein. Vorsitzender wird Genosse Reumann-Hamburg, Kassierer Genosse Rantzler-Altona. Die übrigen Komte wurden durch Wiederwahl besetzt wie bisher. Um 1/2 Uhr abends wurde die Generalversammlung des Deutschen Arbeiter-Abstinenztenbundes mit einem Hoch auf die Abstinenzbewegung der Arbeiter und mit dem Gesang der Arbeitermarschall geschlossen.

Über die Sterblichkeit der Waisenkinder Berlins

Bringen bürgerliche Blätter — merkwürdigerweise auch ein paar freisinnige — eine Notiz, in der auf Grund der Zahlen vom April dieses Jahres vorgerechnet wird, daß unter den Berliner Waisenkinder die Sterblichkeit nahezu 5/6 mal so groß wie in der Gesamtbewölkerung sei. Diese Notiz wird unserer Berliner Waisenverwaltung — sehr erwünscht sein. Sie verschafft ihr nämlich die seltene Gelegenheit, einmal wieder zu zeigen, wie sehr die Waisenpflege Berlins zu Unrecht verlästert werde.

Wenn der Vorwurf, der dort erhoben wird, ist tatsächlich eine Hebertreibung. Es ist von vornherein falsch, aus dem Ergebnis eines einzelnen Monats Schlüsse zu ziehen, die Allgemeingültigkeit haben sollen. Es ist ferner falsch, die Waisenkinder in Parallele zu stellen nicht etwa zu den gleichaltrigen anderen Kindern, sondern zu der Gesamtbevölkerung, die selbstverständlich eine ganz andere Sterblichkeitsziffer hat. Solche mißbräuchliche Verwendung von Zahlen ist mit daran schuld, daß das Wort „Zahlen betreiben“ so sehr in Verruf gekommen ist. Die Waisenverwaltung meint sogar, in Parallele stellen dürfe man die Waisenkinder nicht einmal zu allen anderen Kindern, sondern nur zu den vielfach von Anfang an sehr schwächlichen und stets kränklichen Kindern der ärmsten Bevölkerungsschichten, aus denen ja die Waisenkinder kommen.

Man wird nun fragen, warum der „Vorwärts“ hier wieder einmal zum Verleibiger des Magistrate wird. Darauf haben wir schon früher mehrfach erwidert, daß es uns in allem um die Ermittlung der Wahrheit zu tun ist. Irreführende Darstellungen sind geeignet, nur Anlaß zu geben zu noch weiterer Verdunkelung der Sachlage. Den im Rathaus regierenden Größen wird mit nichts so sehr gedient, wie mit einem ungerechtfertigten Angriff. Man

kann ihnen die standalösesten Dinge fort und fort unter die Nase reiben, ohne daß sie mit etwas anderem darauf antworten, als mit dem Schweigen des Schuldbeitrühers. Ist ihnen aber einmal Unrecht geschehen, so kommt alsbald die „Richtigstellung“, die dann manchmal noch ein überiges tut und die bemängelten Zustände als völlig einwandfrei und geradezu mustergültig schildert.

Wird die Waisenverwaltung auf die neueste Verlästörung antworten, so fordern wir im voraus von ihr, daß sie unabweisenden Aufschluß über die Sterbeziffern ihrer Waisenkinder gibt. Dazu gehört, daß sie für die Anstalten wie für die Kostpflege, und zwar getrennt für die hiesige und die auswärtige Kostpflege, die Durchschnittszahl der dort untergebrachten Waisenkinder nach Altersjahrklassen angibt und dieselbe Spezialisierung für die Zahl der Sterbefälle durchführt. Dann wird man sehen können, wie hoch in den verschiedenen Lebensaltern die Sterbeziffer der Waisenkinder Berlins ist, und es wird sich zeigen, daß sie überall höher als bei den gleichaltrigen übrigen Kindern ist.

Der „Vorwärts“ hat diese Frage schon vor einer langen Reihe von Jahren oft genug behandelt, aber aus dem standalösen dürftigen Material, das die Verichte der Waisenverwaltung bieten, war natürlich kein klares Bild zu gewinnen. Schon damals haben wir gefordert, daß diese Verwaltungsberichte ein durchsichtigeres Zahlenmaterial beibringen, aber anders ist es nicht geworden. Die Waisenverwaltung muß wohl Gründe dazu haben, ihren Verichten die altbewährte Dürftigkeit zu belassen.

Die Parität als Erziehin.

Ein Mitglied des Holzarbeiter-Verbandes schreibt uns: Da ist am Mittwoch der paritätische Arbeitsnachweis für unsere Berufe in der Gormanstraße eröffnet worden. Als Resultat der jahrelangen Kämpfe gewissermaßen, die sich in der Holzindustrie um die Arbeitsvermittlung abgepielt haben. Um 9 Uhr sollten die neu eingerichteten Räume eröffnet werden, und zahlreiche Arbeitslose hatten sich eingefunden. Eine ganze Reihe noch blieben die Türen verschlossen; verschiedene machten schon den Vorschlag, wieder nach dem Engel-Ufer zurückzukehren, während andere scherzhaft meinten, daß die Girlanden zum Empfang noch nicht bemilligt und die Ehrenjungfrauen zu gleichem Zweck noch nicht gewaschen wären. Endlich öffnet sich die Türen und man macht die Wahrnehmung, daß der große Saal mit einer Weltausstellung insoweit große Ähnlichkeit hat, als auch hier noch lange nicht alles fertig ist. Während man bei späterer Gelegenheit wartet, haben die Organisierten Gelegenheit, sich ihre nichtorganisierten Kollegen, die für den Staat besonders nützlichen Elemente, zu betrachten. Aus der Not wird eine Tugend gemacht und in der Hoffnung, daß auch ein Streikbrecher zum ausständigen Menschen werden kann, überwiegt das Gefühl des Mitleids im Publikum so mancher Wassermannschen Gestalt. Aber bei aller Nachsicht kommt doch bald der Augenblick, wo es nicht mehr angänglich ist, Mühe walten zu lassen. Den lieben Unorganisierten ist nämlich die Zeit lang geworden und einer nach dem anderen von ihnen greift in die Tasche, nicht um das Frühstück, sondern um die Schnaps-Flasche hervorzuholen. Da kennt die Empörung dann keine Schranken mehr: „Das wäre nun noch schöner; zum Aufenthalt für Pennbrüder soll denn der paritätische Arbeitsnachweis doch nicht werden. Kommt Ihr die Pulle nicht zu Hause lassen, dann müßt Ihr da wieder hingehen, wo Ihr her gekommen seid. Bei uns ist so was keine Mode!“ Die Inhaber der Schnapsflasche zogen sich in ziemlich gedrückter Stimmung in eine Ecke zurück. Die Organisierten gaben aber die Hoffnung nicht auf, ihre Kollegen zum Guten, zur Organisation und zur Abkehr von der Pulle heranzubilden. So hat der paritätische Arbeitsnachweis sehr wohl auch seinen Wert als Erziehungsmitel.

Der Sommerurlaub, der in unserer Druckerlei schon seit Jahren den Angestellten und Arbeitern gewährt wird, scheint sich, wenn auch nur langsam, weiter in Berliner Unternehmungen einzubürgern. Das böhmische Brauhaus gewährt diesen Sommer zum erstenmale den Angestellten, die drei Jahre dort in Dienst stehen, drei Tage Urlaub, den übrigen Angestellten einen Tag Urlaub ohne Lohnabzug. — Die Langenscheidtsche Verlags-Buchhandlung und Buchdruckerei in Schöneberg bringt folgendes zur Kenntnis des Personals: „Allen Mitarbeitern der Scherei und des Maschinenraumes, welche mindestens ein Jahr im Hause loubitionieren, bewilligen wir von jetzt ab einen Erholungsurlaub von einer Woche unter Vergütung des Wochenlohnes. Die in Verechnung (Klford) stehenden Herren erhalten für diese Urlaubswoche den Durchschnitts-verdienst, höchstens aber den Maximaltag des festen Geldes.“

Rahenjammern in der Kirche. Ueber die Scheripresse bei der Kronprinzinnenhochzeit ist die „Evangelisch-lutherische Kirchenzeitung“ empört:

Die Oberflächlichkeit feiert Drogen. Die Presse begnügt sich damit, nur die Schauflust des Publikums zu regeln. „Der gestrige Sonntag Gaudium wird in der Geschichte der Domgemeinde Berlin mit goldenen Lettern verzeichnet stehen, denn am Vormittag wohnten das Kaiserpaar, der Kronprinz und seine hohe Braut, die kaiserlichen Prinzen und Prinzessinnen, die fürstlichen Hochzeitsgäste und die fremden Missionen, ferner die Hofchargen, die hohen Würdenträger des Staates, der Armes und Marine dem Gottesdienste bei, der auf Befehl des Kaisers als kirchliche der hohen Verlobten feierlich begangen wurde.“ So schreibt das große Scherblatt, der „Berl. Lokal-Anzeiger“. Und doch weiß jeder schlichte Christ, daß die eigenliche Domgemeinde an solchen Tagen überhaupt keinen Platz in der Kirche findet, daß im Hauptbuch des Himmels die goldenen Lettern auch für ganz andere Tage aufgespart werden: wenn eine verirrte arme Menschenseele ohne Brum und Pracht vor dem Altar niederkniet ist und ihren Weg zum Herrn jurldigefunden hat. Der Kaiser geht seinem Volke darin voran, daß er jederzeit betont: „Ich und mein Haus wollen dem Herrn dienen!“ Publikum und Presse aber machen ein Theater daraus; oft genug erlebt man es, daß die Leute in den Kirchenstühlen der Kanzel den Rücken zuwenden und nur in die Hofloge starren. Schließlich werden die Herrschaften eng vergitterte Konsulentenstellen in den Kirchen sich bauen lassen müssen, um ungestört am Gottesdienste teilnehmen zu können.

Wozu bemerkt werden muß, daß die „Evangelisch-lutherische Kirchenzeitung“, gelinde gesagt, sich in der Adresse geirrt hat. Wie bei allen höflichen Feierlichkeiten, so hat der Photograph des Herrn Scherl auch bei der Kronprinzinnen-Hochzeit freundlich schmeichelnd seines Amtes walten dürfen. Herr Scherl weiß ganz genau, was oben gemeint und nicht gemeint ist, und sicher würde er nicht, wie geschehen, seine Leute ihr Handwerk treiben lassen, wenn er auch nur den leisesten Wind erhielt, ein anderes Register spielen zu lassen. Wir sind auch der Meinung, daß der Dyzantismus der Scheripresse die wenigen, die vom Christentum und von der Monarchie noch ideale Anschauungen haben, aufs höchste empören muß; aber wenn man einmal solcher Empörung Ausdruck geben will, dann soll man auch die Courage haben, sich an die richtige Adresse zu wenden. Herr Scherl als bekannter „guter Patriot“ gehört doch nur geschäftsmäßig den offenen und geheimen Wünschen der am Dyzantismus interessierten Personen.

Kaufreizendes aus der Großbourgeoisie. Das „Berl. Tzgl.“ meldet: „Die Vorgänge im Klub 1900 werden vermutlich in friedlicher Auseinandersetzung beigelegt werden. Die entscheidende Sitzung zwischen dem Vorstande und dem Geschäftsführer M. findet heute statt. M. widerlegt sich seinem geforderten Austritt aus dem Klub, der ihn, wie wir erfahren, zur Entschädigung zum Ehrenmitgliede ernennen wollte. Die Verschuldigung, sogenanntes „Ships“ beiseite gebracht zu haben, dürfte ihm gegenüber kaum aufrecht erhalten werden. Wohl hat der Geschäftsführer „Ships“ bei der Kasse zur Einlösung gebracht, es hat sich aber herausgestellt, daß er hierzu berechtigt war. Er war bei den Bankhaltern mit einem gewissen Prozentsatz am Gewinn beteiligt. Er zog die Beteiligung am Spiel vor, statt wie es in anderen Klubs üblich ist, für geliehene Gelder hohes Agio zu nehmen. Ob der Geschäftsführer Provision von Lieferungen erhalten hat, soll durch die Vorladung von Lieferanten aufgeklärt werden. Diese Vorladung geschieht, laut „Konf.“, auf Veranlassung des Geschäftsführers. Die neue Einrichtung, die aus Klubmitteln gezahlt wurde, kostete 225 000 Mark, für Umbauten wurden 140 000 M. bezahlt. Das Klubhaus in der Bellevuestraße hat 800 000 M. gekostet. In diesem Klub, an dessen leitender Stelle u. a. ein Mitglied der Berliner Handelskammer steht, wird inzwischen nach wie vor mit enorm hohen Umsätzen weitergespielt. Allein am Freitagsonntag wurden, wie der „Konf.“ mitteilt, nicht weniger als 12 000 M. Kartengelder eingekommen. Der Monat Mai brachte, ebenso wie der Monat April, rund 80 000 M. Kartengelder, so daß der Klub in diesem Geschäftsjahr wohl auf die erstledige Summe von mehr als einer Million Mark „Kartengeldvermehrung“ rechnen kann, zumal in den Wintermonaten bekanntlich mehr als in der vorausgehenden Zeit gespielt wird.

Die Herrschaften, die ihr Kontingent zu dieser Verschwendungsgesellschaft stellen, müssen den Bestand der göttlichen Bestordnung doch nicht für so bedroht halten, als wie sie es in ihrem Beschei über die Sozialdemokratie und die von ihr zur Begehrlichkeit aufgestellten Arbeiter vorgeben. Andersfalls würden sie sich hüten, der Welt so offenkundig ein Bild vom Wesen dieses Teils der Großbourgeoisie zu geben und die arbeitende Bevölkerung förmlich aufzustacheln, daß sie Aufständen, die ein so verfaultes Proletariat ermöglichen, mit aller Macht ein Ende bereiten. Ihre eigene Moral schämen die Mitglieder des Klubs am Ende ganz richtig ein, wenn sie einen Mann, den sie des Betruges anklagen, zum Ehrenmitglied ernennen wollen. Vielleicht ist es dem „Konf.“, der so manches über die Mitglieder des Klubs weiß, auch möglich, die Summen zu nennen, die die Herren etwa opfern, damit die Religion dem Volke erhalten bleibe.

Neue Telegraphenordnung. Ueber die neue Telegraphenordnung wird am 1. Juli eine neue Dienstverweisung für Post und Telegraphie in Kraft gesetzt. Aus den zahlreichen Änderungen sind folgende von allgemeinem Interesse: Es werden nur noch Telegramme des inneren deutschen Verkehrs und ausländische (außer deutsche) Telegramme unterchieden. Bei der Annahme von Telegrammen in fremder Sprache sind die den deutschen oder lateinischen Schriftzeichen etwa hinzugefügten Unterscheidungszeichen, die gewöhnlichen Sprachen eigentümlich sind, nicht zu beanstanden. Jedoch sind die Unterscheidungszeichen für die es Morse- oder Hugsbeizeichen nicht gibt, bei der telegraphischen Beförderung wegzulassen. Post-, telegraphen- und bahnhofslogierende Telegramme mit Chiffreadresse sind zulässig. Doppelwörter, die ohne Apostroph zu einem Wort zusammengezogen sind, zum Beispiel „geht's“ statt „geht es“, werden als zwei Wörter gezählt. Der auf 50 Pf. festgesetzte Mindestbetrag für ein gewöhnliches Telegramm kommt im Verkehr mit dem Auslande stets auch für telegraphische Empfangsanzeigen und für Telegramme zur Erhebung, durch welche die bei der Bestimmungsaustalt entstandenen Weiterbeförderungskosten der Aufgabe-Ansicht mitgeteilt werden; im Verkehr mit Großbritannien und Irland werden mindestens 80 Pf. erhoben. Offen zu bestellende Telegramme müssen dem Empfänger oder den an seiner Statt zur Empfangnahme berechtigten Personen auseinandergelegt übergeben werden. Den Personen, die über den Eingang eines lagernden Telegramms bei einer Anstalt Nachfrage halten, ist eine Bescheinigung über die Nichtanhandlung eines Telegramms nicht mehr zu erteilen.

Die Ferienkarten, die im Vorortverkehr üblich sind, sollen verfuhtweise auch im Fernverkehr eingeführt werden. Der Eisenbahnminister hat angeordnet, daß für die Zeit der Schulferien auf allen Stationen, sofern ein Bedürfnis vorliegt, unter denselben Bedingungen, wie sie für die Monatskarten gelten, Ferien-Stamm- und Nebenkarten für die erste, zweite und dritte Wagenklasse ausgegeben werden. Zu dem tarifmäßigen Monatskartenpreise tritt auch hier, wie bei den Vorort-Ferienkarten, ein der längeren Geltungsdauer entsprechender Zuschlag für die Zeit, die den vollen Monat übersteigt. Mit der Ausgabe dieser Ferienkarten im Fernverkehr soll acht Tage vor Anfang der Ferien begonnen werden.

Der Auftrieb von lebendem Schlachtvieh auf dem städtischen Vieh- und Schlachthofe betrug nach dem Verwaltungsbericht des Magistrats im Jahre 1903/04: 210 000 Rinder, 1 144 428 Schweine, 188 022 Kälber und 539 377 Schafe (gegen 213 925 Rinder, 916 193 Schweine, 175 437 Kälber und 558 678 Schafe im Vorjahre). Es sind demnach im Berichtsjahre im Vergleich mit dem Vorjahre 228 295 Schweine und 12 885 Kälber mehr aufgetrieben worden, während der Auftrieb von Rindern und Schafen zurückgegangen ist. Von den eingeführten Schlachtviehen wurden lebend wieder ausgeführt: 56 499 Rinder, 188 622 Schweine, 20 060 Kälber und 108 708 Schafe (im Vorjahre 61 492 Rinder, 188 834 Schweine, 22 061 Kälber, 125 789 Schafe). Geschlachtet wurden 155 539 Rinder, 950 988 Schweine, 162 529 Kälber und 431 833 Schafe (im Vorjahre 153 748 Rinder, 778 598 Schweine, 153 670 Kälber, 434 155 Schafe). Die höchste Zahl der Schlachtungen an einem Tage betrug: 1558 Rinder, 7126 Schweine, 4026 Kälber und 2990 Schafe. Der zu allgemeinen Ausgaben der Gemeindeverwaltung verfügbare Ueberfluß der Einnahmen über die Ausgaben, der im Vorjahre beim Viehhof 279 464 M. und beim Schlachthof 250 828 M. betragen hatte, stieg im Berichtsjahre beim Viehhof auf 439 815 M., beim Schlachthof auf 808 426 M.

Die Erkrankungs-ziffern der Berliner Krankenkassen sind nach Beginn der wärmeren Jahreszeit wieder auf ihren regelrechten Stand heruntergegangen. Bei den Oris-, Fabrik- und Innungs-Krankenkassen hatte die Zahl der Erwerbsunfähigen zu Anfang Februar die gewaltige Höhe von 18 288 männlichen und 11 577 weiblichen Versicherten erreicht. Sie begann dann wieder zu sinken, und zu Anfang Mai stellte sie sich nur noch auf 12 812 männliche und 6760 weibliche Versicherte. Das ist ungefähr wieder derselbe Stand wie zu Anfang November, wo 12 416 männliche und 8861 weibliche Versicherte als erwerbsunfähig gezählt worden waren. In dem letzten Abschnitt des Winters war die Zahl der männlichen Erwerbsunfähigen um etwa 50 v. H. höher, als sie im Spätherbst gewesen war oder als sie jetzt wieder im Spätsommer ist. Derselbe Erscheinung pflegt sich beim Uebergang vom Herbst zum Winter und dann wieder zum Frühling auch in den Vororten zu zeigen, und auch das Zahlenverhältnis dieses Auf und Ab ist dort ziemlich dasselbe, wie in Berlin. In Berlin zusammen mit seinen nächsten Vororten stieg bezw. sank bei den in Betracht kommenden Krankenkassen von November bis Februar bis Mai die Zahl der männlichen Erwerbsunfähigen von 14 441 auf 21 560 auf 14 881, die der weiblichen von 8882 auf 12 810 auf 9635.

Der Strafprozeß gegen den Detektiv Mag. Wiedeke, Inhaber des Privatdetektivinstitutes „Fides“ wird am 17. d. M. und den folgenden Tagen am hiesigen Landgericht I zur Verhandlung kommen. Wie noch crinnerlich sein dürfte, war der im Juli v. J. stattgehabte

Termin verlagert worden, weil ein wichtiger Zeuge ein auf der Auslandsreise befindlicher Schiffskapitän, nicht ermittelt werden konnte. Wieners selbst wurde damals nach Hinterlegung einer Kaution von 5000 M. vorläufig aus der Untersuchungshaft entlassen. Die erneute Verhandlung, zu der etwa 100 Zeugen geladen sind, findet im kleinen Schwurgerichtssaale statt.

**Der Herr Rentier.** In der Wienerstraße wohnte seit einiger Zeit ein Mann, der sich als Rentier Düring angemeldet hatte. Er trat „bornheim“ auf und besah in der ganzen Nachbarhaft ein gewisses Ansehen. Der Rentier fuhr mit seiner „Gattin“ häufig in der Droschke aus, besuchte fleißig die Rennbahn und war in den Wirtschaften seines Viertels ein gern gesehener Gast. Fleißig nahm aber die ganze Herrlichkeit ein Ende mit Schrecken. Vor einigen Tagen wurde in der Jendorfstraße ein Einbrecher Rauben in der Wohnung eines Briefträgers überfallen und verhaftet. Der Ertrappede weigerte sich hartnäckig, seine Wohnung anzugeben. Jetzt aber hat die Kriminalpolizei ermittelt, daß Rauben niemand anders ist als der Rentier Düring. Er hatte sich mit der Frau eines Bekannten, die von ihrem Mann getrennt lebt, zusammengetan und unter falschem Namen eingemietet. Der vermeintliche Rentier betrieb den Einbruch im großen und ließ die Beute durch seine Frau und andere Vermittler unter der Hand verkaufen. Dieses Geschäft brachte soviel ein, daß beide flott davon leben konnten. Fünfzigtausend Einbrüche, die er nicht mehr leugnen konnte, hat der Rentier bereits eingeräumt. In allen Stadtvierteln, besonders in der Frankfurter Allee und am Viehhof, auch in der Kaiser Friedrich-, Münchener- und Berlinerstraße zu Nixdorf stahl er Kleidungsstücke, Kupferne Kessel, Weingläser, Krüge, Betten, Damen- und Steppdecken etc. Ein großer Teil der beschlagnahmten Beute ist noch herrenlos.

**Der Hundesänger.** Eine Anklage wegen Erpressung hat sich ein Jangbeamter des Deutschen Tierschutzvereins zugezogen, der unbedeutendweise in Wilmersdorf einen Hund aufgegriffen und nur gegen Zahlung von 3 M. freigegeben haben soll. Der Besitzer führte den Hund, der einen schadhaften Maulkorb trug, an der Leine, und der Jangbeamte erklärte das Tier für beschlagnahmt, weil der Maulkorb nicht vorschriftsmäßig sei. Der Besitzer löste den Hund sofort gegen Zahlung von 3 M. aus und erstattete gegen den Jangbeamten Anzeige wegen Nötigung und Erpressung, und die Staatsanwaltschaft hat auch die Anklage gegen den Beamten erhoben. Sollte das Gericht zu einer Verurteilung des Hundesängers gelangen, so würde der durch den Deutschen Tierschutzverein betriebene Hundesang in seinen jetzigen Ausführungsbestimmungen fast unmöglich werden.

**Ein Mordprozess.** Der Hauptverhandlungstermin gegen den der Ermordung der kleinen Margarete Kocjokol in der Pfandstraße beschuldigten Schuhmachermeister v. W. u. s. wird am 26. d. M. vor dem Schwurgerichte unter Vorsitz des Landgerichtsrats Mehnert stattfinden. Die Verhandlung wird voraussichtlich zwei Tage dauern und unter teilweisem Ausschluss der Öffentlichkeit sich abwickeln. Das eingeholte sachverständige Gutachten über den Geisteszustand des Angeklagten hat diesen zwar für schwachsinzig und minderwertig, aber nicht für geistesgestört im Sinne des § 51 St.-G.-B. erklärt. Rechtsanwalt Dr. Berthauer, der die Verteidigung führt, hat neuerdings noch den Kervenarzt Dr. Placzek und Dr. Sonnenberg als Sachverständige geladen. Zu bemerken ist übrigens, daß der Angeklagte vom Gerichtshof nach wie vor als „b. Wasse“ geführt wird, da der Einspruch des Heroldsamtes gegen die Verurteilung des Adels noch nicht abgeschlossen begründet vorliegt und dem Angeklagten gemäß einem Antrage des Verteidigers sechs Monate Frist zur Stellungnahme gegenüber dem Einspruche des Heroldsamtes gelassen werden muß.

**Straßensperrung.** Die Ködernerstraße von Hallescherstraße bis zum Halleschen Ufer wird behufs Asphaltierung vom 16. d. M. ab bis auf weiteres für Fußverke und Reiter gesperrt. Die Zufahrt für die Bahnhofsdroshen bleibt auch während der Zeit der Sperrung bestehen.

**Dänische Milch.** Die Erhöhung des Milchpreises in Berlin, welche — wie uns aus Milchhändlerkreisen mitgeteilt wird — von den märkischen Milchproduzenten für den nächsten Herbst geplant wurde, ist durch die in die Wege geleitete Waffeneinfuhr dänischer Milch für absehbare Zeit vereitelt worden. Die Verträge mit den dänischen Milchproduzenten sind so abgeschlossen, daß unter Berücksichtigung der Amortisation der Anlagen in Dänemark vom Herbst 1906 an angeblich eine weitere Herabsetzung des Milchpreises gesichert ist. Im übrigen wird Hamburg bereits seit anderthalb Jahren, Berlin seit dem 1. Oktober v. J. mit dänischer Milch versorgt, die namentlich in den heißen Tagen, als die märkische Milch zum großen Teile schon in fäulnisreichem Zustande in Berlin eintraf, dem Umlaufkreise der Milchnot wesentlich entgegengewirkt hat. Die dänische Milch, die fettreicher ist als die märkische, erfährt vor ihrer Verwendung nach einem besonderen Verfahren eine so starke Kühlung, daß beispielsweise Dampfer der Hamburger Palettfahrt-Gesellschaft Gefäße mit der nach dem Verfahren des dänischen Ingenieurs Casse tiefgekühlten frischen Milch auf die siebentägige Seefahrt nach New York mitnehmen und die Milch daselbst in tadellosem Zustande eingetroffen ist. Mit dem gleichen Erfolge wurde solche tiefgekühlte Milch von Hamburg nach Basel zu einer landwirtschaftlichen Ausstellung verschickt.

**Ein Doppelmord,** den die Berliner Kriminalpolizei aufgeföhrt hat, kommt am 20. d. M. vor dem Schwurgericht in Gaben zur Verhandlung. Die Anklage richtet sich gegen den Abbedereibesther Josef Schupp, dessen Anwesen in der Nähe von Schwebus liegt. Schupp, vermeintliche Frau wurde eines Tages mit einem Weib erschlagen in der Wohnung aufgefunden. Ihr Weib war verschunden. Der Verdacht, sie ermordet und beraubt zu haben, fiel auf die Geföhlin in in der Wirtschaft, die seit der Morbtat vermisst wurde. Man nahm an, daß sie mit der Beute entflohen sei, aber es ergab sich, daß sie selbst ebenfalls ermordet war und verscharrt in einer Grube lag. Nun gerieten andere Leute in Verdacht, bis Kriminalkommissar Raffe aus Berlin Schupp selbst festnahm und so schwer belohnte, daß das Hauptverfahren gegen ihn beschlossen wurde. Die Ermittlungen ergaben zunächst, daß die angelegliche Frau Schupp gar nicht die Ehefrau des Abbedereibesthers, sondern seine Geliebte war, die er stets für seine Frau ausgegeben und mit der er viele Jahre lang in wilder Ehe gelebt hatte. Das angeblich geraubte Geld fand sich in einem Versteck unter einem Spinde. Das Mordwerkzeug, ein Weib, war frisch geschliffen und geföhbert. Schupp behauptete, er habe es schon vor dem Morde geschliffen, es wurde ihm jedoch nachgewiesen, daß er es erst später getan hatte. Das Weib, das er sich durch eine Raubfahrt an mehreren Chauffeegeldbesitzern vorbei künstlich geschaffen hatte, brach zusammen, indem die Nachprüfung seine Zeitangaben wesentlich berücksichtigte.

**Der Jodel mit dem todssicheren Tip.** Ein Geschäftsmann in der Gontardstraße lernte einen jungen Mann kennen, der sich für einen vielbeschäftigten und staltkundigen Jodel ausgab. Am letzten Karlsruher Kennntage kam dieser Jodel freudig erregt zu ihm und bot ihm in seinem eigenen Interesse, auf einen bestimmten Gaul 50 M. zu setzen. Sein Tip sei todssicher, denn er habe ihn von einem Freunde in Karlsruhe, der selbst mitreite. Noch könne er das Geld telephonisch anlegen, aber es sei die höchste Zeit. Der Geschäftsmann ließ sich bereden und der dankbare Jodel versprach ihm, daß er ihm nach zwei Tagen seinen sicheren Gewinnanteil bringen werde. Zunächst müsse er nach Leipzig fahren, um dort zu reiten. Vergeblich wartete der Geschäftsmann auf den Gewinn, sein Gönner ließ sich nicht mehr blicken. Zufällig sah er ihn aber gestern in einem Laden wieder und merkte, daß er abermals für einen todssicheren Tip ein Opfer suchte. Er warnte den Ladeninhaber und sorgte dafür, daß ein Schymann den Jodel nach dem Alexanderplatz brachte. Hier entpuppte sich der staltkundige Mann als ein 23 Jahre alter Vergolder Albert Kreisner aus Leipzig, der sich mehr auf den Rennbahnen als in der Werkstatt aufhalten, in seinem Leben aber noch auf seinem Pferde gefessen hat. Der junge Mann, der sehr elegant auftrat, obwohl er nicht einmal eine Wohnung besitzt, lebt von seinem sicheren Tip nicht schlecht, weil ihm immer wieder Leute auf den Leim gingen. Er legte das Geld nie an, sondern verbrauchte es für sich. Jetzt wurde er nach Roabit in Untersuchungshaft gebracht.

Eine blutige Messerschere, welche wahrscheinlich einem Arbeiter das Leben kosten wird, hat sich gestern in der Mühlenstraße zugegetragen. Der 21jährige Arbeiter Pöplow war dort mit zwei anderen Männern in Streit geraten, welcher schließlich in Tätlichkeiten ausartete. Pöplow erhielt zwei Messerschläge in den Kopf, so daß er besinnungslos zusammenbrach. Der hinzugerufene Arzt, Dr. Mannheim, erklärte den Zustand des Verletzten als im höchsten Grade lebensgefährlich und veranlaßte die Ueberführung des Pöplow nach einem Krankenhaus. Der benachrichtigte Polizei gelang es in der Zwischenzeit die beiden Messerschläger, Gebrüder Kersten, aufzufinden und zu verhaften. — Auch im Krankenhaus wurde den Angehörigen des Verwundeten mitgeteilt, daß wenig Aussicht vorhanden ist, ihn am Leben zu erhalten.

**Theater.** Lustspielhaus. In der am Samstagabend stattfindenden Premiere von „Kriegs-Pyrrh“ sind in den Hauptrollen die Damen Weder, Euler, Mallinger, Marba, Trost, Wendt, und die Herren Burg, Höflich, Kühne, Kettinger, Spira, Walter besetzt. Die Besetzung sowie der Text zu allen Veldern sind von Jacques Burg. — Im Residenz-Theater beschließt Frau Albertine Rehme am Freitag ihr Gastspiel in Björnsons Schauspiel „Laboramus“ und Hoffmannsthal's dramatischem Gedicht „Die Frau im Fenster“. — Zum Besten des Beamten-Pensionsfonds findet im Zoologischen Garten am Samstagabend um 4 Uhr ein großes Winterkonzert statt. Abends ist großes Feuerwerk. Der Eintrittspreis ist 1 M., vom Mittag an sind Abonements aufgehoben. — Die Direktion der Wozzogen-Oper schreibt uns: Die Wozzogen-Oper als solche beschließt mit dem heutigen Tage ihre Sommerpielzeit. Ernst v. Wozzogen legt die Direktion vorläufig nieder, um sich völlig den Vorarbeiten für die Winterpielzeit widmen zu können. Das Unternehmen wird jedoch als vollständige Sommeroper zu billigen Preisen fortgeführt und der Spielplan durch Aufnahme älterer, beliebter, heiterer Opernwerke bereichert werden.

## Vorort-Nachrichten.

### Nixdorf.

**Das beleidigte Nixdorf.** Der Oberbürgermeister von Nixdorf hat im Verein mit dem Stadtverordnetenvorsitzer und dem Tiefbauamt bei der königlichen Staatsanwaltschaft in Dresden Klage wegen Verleumdung gegen die „Dresdener Mundschau“ erhoben. Das genannte Blatt stellte in seiner Nummer 17 vom 20. April d. J. in einem satirisch gehaltenen Artikel die Behauptung auf, die Nixdorfer „Stadtweissen“ hätten anlässlich der 100. Wiederkehr des Todestages Schillers anfänglich beschloffen, die dortige Verstraßung in Zellstrasse umzutauften, hierauf aber Abstand genommen und die bezeichnete Straße „Wildebrunnstrasse“ genannt, weil es sich für eine Stadtverwaltung nicht schicke, eine Straße nach einem, wenn auch sagenhaften Freiheitshelden zu benennen, der selbst vor einem Morde nicht zurückschreckte. In satirischer Weise wurde dann in dem Artikel der Vorschlag gemacht, Nixdorf in „Verleumdorf“ umzutauften. Die Antragsteller fühlten sich in ihrer Eigenschaft als Vertreter der Stadt beleidigt und legen Wert auf die Feststellung des Gerichts, daß in den betreffenden Verhandlungen der angeführte Passus überhaupt nicht vorgekommen sei.

Hi dem diese gleichgültige Sache wirklich einen Verleumdungsprozess wert?

### Tempelhof.

Die Bauarbeiten für den Zeltow-Kanal bei Tempelhof schreiten rüstig vorwärts und die Ausschachtungsarbeiten für das nördlich der Mariendorfer Chaussee belegene Kanalbett gehen bereits ihrer Vollendung entgegen. Weingleich die Grundwasserstände einige Schwierigkeiten verursachen, so werden die Erdarbeiten doch verhältnismäßig schnell gefördert, weil der Boden fest ist und ein Kachinken nicht erfolgt. Auch auf der Südseite der Chaussee sind die Ausschachtungsarbeiten in Angriff genommen, und gleichzeitig ist mit dem Bau der massiven Brücke im Zuge der Mariendorfer Chaussee begonnen worden. Gegenwärtig werden die Grundpfeiler für die eiserne Brückenkonstruktion hergestellt. Der Oberbau wird noch in diesem Jahre begonnen und voraussichtlich im April nächsten Jahres fertig werden. Gleichzeitig mit der Ausschachtung des letzten Teiles des Kanalbettes wird auch die Ausschabung des Erdbodens für den zukünftigen Rollbahn erfolgen, dessen ausgedehnte Wasserfläche sich bis zur Chaussee erstrecken wird. Im nächsten Frühjahr werden die Hochbauarbeiten für die Lagerschuppen und Güterabfertigungsstellen in Angriff genommen.

### Tege.

**Tod eines Lebendretters.** Großes Aufsehen verursacht in Tege und Umgebung der Selbstmord des Fährmanns Gustav Leonhard, welcher auf der Insel Valentinswerder seit vier Jahrzehnten ansässig war. Leonhard ist den Berliner Ausflüglern besonders dadurch bekannt geworden, daß er in der Zeit seiner Wirksamkeit als Fährmann mehr als hundert Menschen das Leben gerettet hat. Im Sommer sowohl wie im Winter war der Verstorbene unermüdlich auf dem Posten, um Personen, die mit dem Boot gekentert oder im Ufer eingedrungen waren, Hilfe zu bringen, was ihm häufig nur unter Enttanzung seines eigenen Lebens gelang. Ob die Wellen noch so hoch gingen, ob sich die Eisbede unter der Last des mutigen Mannes bog, unerschrocken drang er vor, wenn es galt, ein Menschenleben zu retten, und fast stets sind seine Bemühungen von Erfolg gekrönt gewesen. Gestern wurde 2, der ein Alter von 63 Jahren erreicht hat, in seiner Laube auf Valentinswerder erhängt aufgehunden. Was den Mann in den Tod getrieben hat, ist unbekannt. Leonhard hatte keine pekuniären Sorgen, lebte mit seiner Familie im besten Einkommen, und es ist nur anzunehmen, daß er den Selbstmord in einem Anfälle von Geistesstörung begangen hat.

### Brandenburg a. H.

**Nus ländlichen Gesinde.** Eine Muttat, bei welcher Revolver und Messer eine traurige Rolle spielten, ist wie jetzt erst in ihren Einzelheiten bekannt wird, am 2. Pfingstfeiertag in dem haveländischen Dorfe Roslow bei Brandenburg a. H. passiert. Schon am Nachmittag waren im Dorfe die Aechte einiger Mädchen wegen mit den Handwerksgehilfen in Streit geraten, wobei der Putzer Braune plötzlich einen Revolver zog und damit unherfuchtelte. Flöhlich ging ein Schuh los und eine Angel drang dem Arbeiter Droske in die Brust, so daß er schwer verletzt zur Erde sank und hoffnungslos im Regnier Krankenhaus jetzt daniederliegt. Die Gemüter hatten sich über diesen Vorfall noch nicht beruhigt, als abends auf der Dorfstraße ein neuer Streit entbrach. Es dauerte nicht lange, da war wieder die ärgste Prügelei zwischen den Parteien im Gange, wobei ein Anecht, über welchen seine Gegner herfielen, zu Boden stürzte. Er zog nun sein Messer und stach blindlings darauf los, wobei er dem siebzehnjährigen Anecht Gürges die Schlagader des Halses durchschneidte. Der Gestochene lief blutüberströmt in den Krug jurid und brach dort tot zusammen. Als der Wesserbeld sah, was er angerichtet hatte, ergrieff er die Flucht und konnte bisher noch nicht festgenommen werden. Die Potsdamer Staatsanwaltschaft hat die Leiche beschlagnahmen lassen.

## Vermischtes.

**Ueber ein Eisenbahnunglück** wird aus Mech amlich gemeldet: Donnerstag morgen 4 Uhr 36 Min. fuhr am Einfahrtsignal des Bahnhofes Groß-Görlingen der aus der Richtung von Zuremburg kommende Personenzug 972 mit geringer Geschwindigkeit gegen den Güterzug 6702, weil der letztere aus der Station über das Einfahrtsignal hinaus zurückgelegt worden war. Es scheint ein Versehen des Beamten, der die Rangierbewegung geleitet hat, vorzuliegen. Reisende wurden nicht verletzt. Einem Wagenwärter wurde die rechte Hand gequetscht. Der Materialschaden ist gering.

**Nus Konstantinopel** wird berichtet: Die Gesamtzahl der Opfer des Sturmes am Pfingstsonntag ist: 12 Personen getötet bezw. ertrunken, ungefähr 180 verletzt. Außerdem sind 80 Häuser eingestürzt, während etwa 100 Häuser größere und einige hundert

Gebäude kleinere Beschädigungen erlitten haben. Der durch das Unwetter sonst angerichtete Schaden ist ziemlich bedeutend, aber vorläufig noch nicht genau festgestellt. Der Hagelsturm am Pfingstmontag hat nur in Gärten und Feldern Schaden angerichtet. Außerdem wurden Tausende von Fensterheben zertrümmert. Das mehrtägige, hier ungewöhnliche, Regenwetter hat heute aufgehört.

Eine merkwürdige Lotteriegeschichte macht nach den Frankfurter Neuesten Nachrichten bei den Interessenten der Hessisch-Thüringischen Staatslotterie von sich reden. Bei der fünften Ziehung dieser Lotterie waren viele und große Gewinne noch nicht gezogen. Auf diese Tatsache bauend, machte ein Mann, der es dazu hatte und den das erwähnte Blatt der Einfachheit halber Müller nennt, sich auf den Weg nach Offenbach und kaufte Lose der Hessisch-Thüringischen Staatslotterie im Gesamtwert von etwa 2600 M. Und zwar kaufte er die Lose in Saiten von 10 bis 40 Nummern. Er erhielt für sein Geld zwölf solcher Saiten, die bestehend nicht alle fortlaufend waren, da zum Teil ja schon Losnummern, die in den vorausgegangenen Ziehungen mit Gewinnen gezogen wurden, in Befall gekommen waren. Das war ja weiter nicht verwunderlich. Eingemachten entäußert, sogar entrißelt war aber Herr Müller, als ihm der Kollektor mitteilte, daß er eine Reihe bestimmter Nummern, die zu den gelauteten Saiten gehörten, nicht liefern könne. Na, schließlich tröstete sich Herr Müller aber wieder eingemachten, als er 140 Stück funtelnagelneuer Lose erhielt. Und er hoffte bestimmt, daß Fortuna ihn diesmal beglücken werde. Eigentlich hatte er ja 28 Lose laufen wollen, also die vollständigen zwölf Saiten. Aber die 88 fehlenden Nummern konnte ja der Kollektor nicht liefern. Der Tag der Ziehung 17. u. Und die Ziehungsliste kam. Mit einem Herzen voller Hoffnungen überfliegt Herr Müller die langen Zahlenreihen. Vor ihm auf dem Tisch liegen die rechtmäßig erworbenen 140 Lose, die nun kein Glück gebracht haben werden. Aber, o Schreck! ... Auf keine einzige der 140 Nummern, die Müller sein Eigentum nennt, ist ein Gewinn entfallen. Nicht der kleinste Treffer. Herr Müller liest und vergleicht nochmals. Dasselbe Resultat. Verzweifelt will er die Ziehungsliste in tausend Stücke zerreißen und aus den schön-gedruckten Losen ein einziges Feuerwerk getäuschter Hoffnungen machen, da sieht sein Auge die ganze Größe seines namenlosen Peches: Die sämtlichen 88 Nummern seiner Saiten, die ihm der Kollektor nicht mehr liefern konnte, trotzdem sie zu den zwölf Saiten gehörten die Müller mit teurem Gelde erworb, sind mit Gewinnen gezogen! Teilweise sind sogar recht ansehnliche Beträge darunter. Nach Wahrscheinlichkeitsberechnungen steht ein solcher Zufall im Verhältnis von eins zu einer Trillion. Solche Zufälle sollen dem erwähnten Mann zufolge schon bei früheren Gelegenheiten vorgekommen sein. Die Angelegenheit ist der Kriminalpolizei übergeben worden. Die Hessisch-Thüringische Staatslotterie geht übrigens in nächster Zeit an Preußen über.

**Heinz Ewers,** der Berliner Lederbreit-Künstler, hat auf Capri ein sehr unangenehmes Abenteuer erlebt. Am 12. März des vorigen Jahres hatte der auch in Berlin als „Konferenzier“ von Wozzogens Lederbreit bekannte Schriftsteller Hans Heinz Ewers, wie Neapolitaner Blättern entnommen wird, vor dem Restaurant „Zum bunten Vogel“ in Capri ein Rencontre mit dem besten Architekten Anton Divoersti. Ewers, der in Begleitung von Damen war, ärgerte sich nämlich über die etwas ungenierte Art, wie der Ungar auf offener Straße dem Jwange einer Naturnotwendigkeit nachgab. Es kam zu heftigen Worten und später im Lokal zu einer furchterlichen Prügelei, bei der Ewers, wie gerichtlich festgestellt wurde, seinem Gegner einen Teil der Nase abhieb. Außer Ewers beteiligten sich an der Prügelei noch der Wiener Maler Albert Hubert und der Berliner Maler Paul Deuser. Der Ungar strengte Klage gegen Ewers und die beiden Maler an, aber der Prozess zog sich endlose Zeit hin. Am 8. d. Mts. nun wurde endlich vor der vierten Abteilung des Gerichts von Capri das Urteil gefällt, durch das Ewers zu dreizehn Monaten und sieben Tagen Gefängnis und tausend Lire Geldstrafe verurteilt wurde.

**Ein furchtbare Geschüßexplosion** wird aus Gibraltar berichtet: Während einer Schießübung explodierte an Bord des Linien Schiffes „Magnificent“ ein sechsfüßiges Geschöß im Rohre des Geschüßes. Hierbei wurden 18 Personen, unter ihnen ein Leutnant, verwundet. Elf Schwerverwundete wurden ans Land gebracht.

## Briefkasten der Redaktion.

**M. S. 72.** Fragen Sie einen Arzt. — **W. S. 100.** 1. Da ist es schwer zu empfehlen; noch dazu, wenn Sie uns nicht Ihren Beruf angeben. 2. Fragen Sie in einem Schokoladengeschäft. 3. Das Spielen in Lotterien fördern wir nicht; in der lüchlichen Lotterie zu spielen, ist in Preußen verboten. — **R. N., Lichtenberg.** Die letzte Aufnahme über Bevölkerung und Wohnungen Groß-Berlins datiert von 1900. Damals hatte Berlin meist 23 Vororten: 1. 52 736 bewohnte Wohngebäude; 2. 609 849 Haushaltungen mit anwesenden Personen; 3. eine Bevölkerung von 2 481 084 Ortsanwesenden.

**Z. 30.** Montag ist Umstichtag. In der anderen Sache müssen Sie sich an den Verlag des Adressbuchs, Nummer 41, wenden.

### Juristischer Teil.

**Die juristische Sprechstunde** findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7<sup>1/2</sup> bis 9<sup>1/2</sup> Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr.

**35 000. P. 1.** Sie müssen Ihren Anspruch auf Unfallrente schleunigst bei der Berufsgenossenschaft anmelden. Sind Sie — Ihre Anfrage läßt diese Möglichkeit zu — außerhalb des Betriebes, in dem Sie arbeiten, beim Bahnbetriebe verunglückt, so machen Sie Ihren Anspruch der Eisenbahndirektion gegenüber geltend. Nur in diesem Falle besteht ein Anspruch aus dem Hauptgesetz. 2. Wenden Sie sich an irgend einen Arzt, zu dem Sie Vertrauen haben. 3. Nein. — **S. 1895.** 1. und 2. Ja. — **G. 1890. Ra.**

**P. S. 29.** Die Verleumdungsfrage ist innerhalb 3 Monaten nach Kenntnis von der Verleumdung bei dem Amtsgericht anzustellen. Die Klage kann durch einen Anwalt oder zu Protokoll des Gerichtsschreibers (Anmeldestube, Grunertstraße) erhoben, sie kann auch schriftlich dem Gericht eingereicht werden. Beispiel und Anleitung für solche Klage finden Sie S. 606 bis in den öffentlichen Bibliotheken ausliegenden „Arbeiterrecht“. — **Stegels 275.** 1. Die Landesversicherung ist berechtigt, keineswegs aber verpflichtet, die Aufnahme in eine Hellanstalt zu bewirken. Der Antrag ist an die Versicherungsanstalt zu richten. 2. Eine geringfügige Unterzählung kann gezahlt werden. 3. Die Statuten der Anstalt entscheiden. 4. Wenden Sie sich an einen Arzt. — **R. P. 13.** Ihr Plan wäre verfehlt; Sie sehen zu schwarz. Aus strafrechtlichen Gründen müssen wir es grundsätzlich ablehnen. Auskunft darüber zu erteilen, ob wegen einer bestimmten Straftat Länder nicht ausreisen und Ihnen anheimstellen, die Ausreisungsverträge selbst einzusehen.

— **Emil u. Emilie.** Die von Ihnen geschilderten Mängel berechtigen Sie nicht zur vorzeitigen Aufhebung des Vertrages. Sie können Befreiung der Mängel vom Birt verlangen, drohen, daß Sie nach fruchtlosem Ablauf der Frist auf Kosten des Birts die Befreiung vornehmen lassen müßten, Ihre Drohung ausführen und dann die Kosten einlangen. Oder Sie klagen auf Befreiung der Mängel. Zuständig ist das Amtsgericht. — **G. 2a.** Der Anbruch aus Rückgabe der Verlobungsgegenstände verzährt in zwei Jahren nach Auslösung des Verlobnisses. — **S. P. 1000.** Sind Sie grobgründig, so sind Sie durch den Vertrag gebunden: eine Rücknahmepflicht besteht keineswegs. Ihr Mann hatet nicht für Ihre Schulden. — **P. 2. 100.** 1. Zur Bemüßigung von Nebenabzählungen ist der Gegner nicht verpflichtet. Wenn Sie sich an ihn wenden, so wird er voraussichtlich auf Ihren Vorschlag eingehen. 2. Der Gegner läßt die Kosten durch das Gericht festsetzen und dann erfulleren. Eine Frist gibt es nicht.

**Verliner Marktpreise.** (Ermitteit vom Vollze-Bräuhium.) Futtermittel, gute Sorte 1 Ds. 16,10 (15,20), mittel 15,10 (14,20), geringe 14,10 (13,20). Hafer, gute Sorte 16,50 (15,90), mittel 15,80 (15,20), geringe 15,10 (14,50). Feu Roggen und ab. Nixdort 1 Ds. 5,32 (4,66). Heu (alt) 9,40 (7,60), neu 7,30; Erbsen, gelbe, zum Kochen 45,00 (30,00). Speisebohnen, weiße 50,00 (30,00). Linsen 60,00 (30,00). Kartoffeln 9,00 (7,00). Rindfleisch, von der Rente, 1 Kg. 1,80 (1,30), Bauchfleisch 1,40 (1,00), Schweinefleisch 1,70 (1,30), Kalbfleisch 2,20 (1,80), Hammelfleisch 1,80 (1,30), Butter 2,80 (2,00), Eier, 60 Stück, 4,00 (2,80), Karssen, 1 Kg. 2,20 (1,30), Nale 3,00 (1,80), Jander 3,20 (1,20), Dohle 2,80 (1,40), Barische 2,00 (1,00), Schlei 3,00 (1,40), Mele 1,40 (0,80), Krebse 16,00 (3,00).

**Wasserstand** am 14. Juni. Höhe bei Müßig + 0,10 Meter, bei Dresden —, bei Wogeburg + 1,31 Meter. — **U n t e r t** bei Strausfurt + 1,18 Meter. — **O b e r** bei Nixdorf + 1,16 Meter, bei Dresden Ober-Regel + 4,08 Meter, bei Dresden Unter-Regel — 1,14 Meter, bei Rranfurt + 1,41 Meter. — **W e i ß e l** bei Braubrunnde + 2,72 Meter. — **W a r t e** bei Posen + 0,45 Meter. — **R e g e** bei Wß + 0,48 Meter.

**Wetter-Prognose für Freitag, den 16. Juni 1905.** Warm und schwül, vielfach heiter bei meist schwachen südlichen Winden und etwas Neigung zu Gewittern.